

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

204 · Oktober 2007

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	901
Essay	
REINHARD MOCEK An der Schwelle der »intellektuellen Neuzeit«	903
Defizite des Marxismus	
HELMUT SEIDEL Vom praktischen und theoretischen Verhältnis der Menschen zur Wirklichkeit. Zur Neuherausgabe des Kapitels I des I. Bandes der Deutschen Ideologie von K. Marx und F. Engels	908
DDR-Streit ohne Ende	
ELKE SCHERSTJANOI Erinnerung an die DDR	924
TILMANN VOGT »... gehen wir zu ihr!« Der Niedergang der DDR im Lichte des Staatskapitalismustheorems von Friedrich Pollock	936
JOHANNES SCHILLO Humba Humba DäDeRä Die politische Bildung bewältigt das Unrechtsregime mit drei Buchstaben	942
RENATE SCHUSTER Die Wende – ein »Mythensturz«?	951
Preußische Reformen	
HELMUT BOCK Von einem, der auszog, der Revolution zuvorzukommen. Zum Beginn der Preußischen Reformen vor 200 Jahren	961

## Konferenzen & Veranstaltungen

ANNEGRET KÜNZEL

Der Traum vom Aufbau Ost:

Ökonomie als Triebfeder der Einheit?

980

## Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

984

## Bücher & Zeitschriften

Philo, Greg; Berry Mike:

Bad News from Israel

(PETER ULLRICH)

986

Arno Polzin:

Der Wandel Robert Havemanns

vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten  
im Spiegel der MfS-Akten

(ANDREAS HEYER)

988

Stefan Bollinger:

Imperialismustheorien.

Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik.

(KARL-HEINZ GRÄFE)

989

Konrad Paul Liessmann:

Theorie der Unbildung – Die Irrtümer  
der Wissensgesellschaft

(KARL-HEINZ STRECH)

990

## Summaries

992

An unsere Autorinnen und Autoren

Impressum

994

# VorSatz

*Potsdam am 1. September. Die brandenburgische Landeshauptstadt feiert 100 Jahre elektrische Straßenbahn. Hunderte begeistern sich an dem feierlich zurechtgemachten historischen Triebwagen der Gründerzeit. Die freundlich grüßenden Honoratioren, die auf dem Perron Aufstellung genommen haben – der Oberbürgermeister, der Chef der Stadtwerke und der Chef der Verkehrsbetriebe – sind alle aus dem Westen. Längst haben sich alle dran gewöhnt, und es sind angenehme, verständnisvolle Leute, denen jeder abnimmt, dass sie ihr Herz und Engagement an diese Stadt gehängt haben. Aber man wird am »Tag der deutschen Einheit« doch mal fragen dürfen, ob der umgekehrte Vorgang in, sagen wir mal, Hannover denkbar wäre (von München oder Stuttgart ganz zu schweigen)? Also: drei Ossis als Chefs und auf dem geschmückten Perron?*

*Unvorstellbar. Genauso unvorstellbar wie, dass der Bundespräsident und andere offizielle Festredner zum 3. Oktober etwa die folgenden Sätze formulieren: Die Teilung Deutschlands war eine Folge des Krieges, den Deutschland über die Welt gebracht hat. In ihren Entscheidungen bestimmt durch die jeweiligen Besatzungsmächte und den Kalten Krieg, in dem sich diese schon bald befanden, haben Deutsche in Ost und West vierzig Jahre lang auf unterschiedliche Weise versucht, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und Staatswesen zu errichten, in denen eine Wiederholung des Grauens der Jahre 1933 bis 1945 ausgeschlossen sein würde. Dabei haben sie trotz ihrer Unterschiedlichkeit in so vielfacher Beziehung zueinander gestanden, dass die Geschichte der einen von der der anderen nicht zu trennen ist. 1989 ist der östliche der beiden Versuche, dessen Untauglichkeit, den Interessen der Bevölkerung zu entsprechen, sich immer stärker abgezeichnet hatte, in sich zusammengefallen; eine beispiellose Volksbewegung wurde zum Ausgangspunkt der Überwindung der Teilung. Nun, in der Einheit, besteht die große Chance, die Erfahrungen der einen wie der anderen fruchtbar zusammenzuführen für das Neue, das Künftige. Denn Willy Brandt hatte ja Recht: Es kann und soll nun zusammenwachsen, was zusammengehört.*

*Wer nun meint, derlei Vorschläge könnten nur dem Hirn eines unbelehrbaren DDR-Nostalgikers entsprungen sein, der sei an einige Sätze erinnert, die Bundeskanzler Helmut Kohl vor fast genau 20 Jahren, am 7. September 1987, gelegentlich eines Empfangs für den Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, bei dessen Staatsbesuch in Bonn – ja, in Bonn! – formuliert hat. »Die Erfah-*

«*...rung lehrt*», hatte Kohl da zum Beispiel gesagt, »*dass die gegensätzlichen Positionen in Grundsatzfragen die praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland nicht behindern müssen. So ist in den vergangenen Jahren vieles gut geregelt worden, manches wird verhandelt, anderes lässt noch auf sich warten. Doch die Tendenz ist insgesamt positiv, und soweit es an der Bundesrepublik Deutschland liegt, soll es dabei bleiben.*« Und auch die folgenden Einsichten waren zu vernehmen: »*Zu Werken des Friedens sind wir um so mehr verpflichtet, als in diesem Jahrhundert von deutschem Boden entsetzliches Unheil und Leid ausgegangen ist. Auch daher ist es Aufgabe beider Staaten in Deutschland, durch den Ausbau ihrer Zusammenarbeit zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den West-Ost-Beziehungen beizutragen. Dass unsere Regierungen Rüstungskontrolle und Abrüstung im Rahmen der übergreifenden Ost-West-Verhandlungen jeweils zu fördern haben, scheint mir selbstverständlich. Friedenssicherung und Gewaltverzicht sind zwingende Erfordernisse der Vernunft und der Moral. Dabei wissen wir sehr wohl, dass die Hauptverantwortung für einen ertragreichen Ost-West-Dialog auf diesem Gebiet bei den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion liegt.*«

*In Zusammenarbeit gut Geregelter, gemeinsame Verantwortung, gemeinsames Eingebettetsein in den Systemkonflikt – wieso gilt heute nur als hoffähig, wer das alles mindestens ignoriert, besser noch vergisst, am allerbesten leugnet? Wieso wird der Blick des Meinungshauptstroms auf die DDR mit den Jahren nicht gelassener, sondern immer aufgeregter?*

*Zum einen wohl, weil auch 17 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik die wirtschaftliche Kluft zwischen Ost und West nicht kleiner geworden ist, sondern im Gegenteil immer tiefer aufreißt.*

WOLFRAM ADOLPHI

REINHARD MOCEK

## An der Schwelle der »intellektuellen Neuzeit«

Es kommt wie eine Spruchsammlung daher: das in den Bibliotheken selten gewordene Buch von Francis Bacon »Über die Würde und die Förderung der Wissenschaften«, das in London 1605/1623 in die Öffentlichkeit kam, in deutscher Sprache seit rund 225 Jahren zu lesen und nun von Hermann Klenner neu herausgegeben worden ist. Doch alle Aphorismen und Spruchweisheiten, die hier neben dem Text auf rund 500 Seiten versammelt sind, verfolgen ein Ziel – die segensreiche menscheitsbefördernde Rolle der Wissenschaft in all ihren Facetten herauszuarbeiten und alle gesellschaftlichen Möglichkeiten ihrer Förderung darzulegen. Und das zu einer Zeit, die von einer solchen Funktion der Wissenschaft nur träumen konnte. Besonders den Herrscherpersönlichkeiten war anzuraten, »Liebe und Ehrfurcht gegenüber den Wissenschaften« in fördernde Taten umzusetzen; und die verbreitete feudale Manier der Herabsetzung des gelehrten Standes gehöre verurteilt. Aber auch den Unterwürfigen unter den Wissenschaftlern, die nur zu bereitwillig Erkenntnis und Wahrheit der Raison der obersten Gewalten von Staat und Kirche zu opfern bereit sind, gilt vehemente Kritik, wie der Autor auch denen unter seinen Kollegen die Leviten liest, die sich in die Studierstuben zurückziehen, anstatt sich der Erziehung der Jugend zu widmen, vertrete diese doch das hoffnungsvolle, also auch das »würdigere Alter«.

Die Rede ist von dem umfangreichen Werk des großen englischen Philosophen, Juristen und Staatsmannes Francis Bacon (1561-1626), eines der großen Erneuerer der europäischen Geisteskultur am Ausgange des Mittelalters, als Lordsiegelbewahrer der englischen Krone selbst unmittelbar in die Amtsgeschäfte seiner Potentaten Elisabeth I. und James I. einbezogen. Aber es ist natürlich viel mehr als Appell an das Königshaus, als Aufruf zu Besserem; und daß eine Neuherausgabe diese Schrift nach ihrer ersten Übertragung ins Deutsche durch Johann Hermann Pflingsten aus Halle im Jahre 1783 dem deutschen Leser wieder zugänglich macht, hat gute Gründe. Rein äußerlich werden sie deutlich, wenn man weiß, daß die Franklin Library in Pennsylvania in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts dieses Bacon-Buch in die Liste der einhundert bedeutendsten Bücher aller Zeiten eingereiht hat; und zwar in der Erstfassung aus dem Jahre 1605, damals überschrieben mit »Of the proficiencie and advancement of Learning«. Noch hieß es hier im Titel der Schrift »proficiencie«, Tüchtigkeit also, die den Aspekt des Nutzens hervorhob, ganz im Sinne der Baconschen Vereinigung von empirisch gegründeter Erkenntnis und wissensfolgender Handlung, womit die

Reinhard Mocek – Jg. 1936, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin; Mitglied des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung; zuletzt in UTOPIE kreativ: Auf dem Wege zu einer Neuvermessung des Gesellschaftlichen. Anmerkungen zu Uli Schölers Rückgriff auf Marx (Heft 123, Januar 2001) sowie eine Rezension zu Thomas Bach (Hrsg.): Schelling in Rußland. Die frühen naturphilosophischen Schriften von Daniil Michajlovic Vellanskij (1774-1847), Marburg/Lahn 2005 (Heft 184, Februar 2006).

Francis Bacon: Über die Würde und die Förderung der Wissenschaften, London 1605/1623. Aus dem Englischen übertragen von Jutta Schlösser, herausgegeben und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Schriftenreihe zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, Haufe Mediengruppe Freiburg, Berlin, München, Würzburg, Zürich 2006, 812 Seiten, 50 Euro

gesamte seitherige Philosophie in ihren Grundfesten erschüttert wurde.

Das allein war schon Wissenschaftstakt genug, denn die hier geäußerte Fundamentalkritik Bacons an der bis dahin ausnahmslosen Bindung der europäischen Wissenschaft und Philosophie an die geistigen Vorgaben des Aristoteles verlangte nach einem gründlich durchgearbeiteten neuen Erkenntnisprinzip, nach einem »Neuen Organon«, das die Wissenschaft nunmehr als Erfahrungswissenschaft begriff. Damit war die aristotelische Methode, die Welt allein aus den Kategorien herzuleiten, nicht nur strikt konfrontiert, sondern, wie es Bacon und die zunächst geringe Schar seiner Anhänger verstanden, widerlegt.

Dieses Baconsche »Neue Organon« erschien 1620 und hatte zum Ziel, »die Wissenschaft in strenger Ordnung von der Erfahrung her aufzubauen und neu zu begründen« (NO, Aph. 97). Die Schrift von 1605 und das »Neue Organon« verfolgten dieses Anliegen gewissermaßen von zwei Seiten her; einmal über die Reflexion der inneren Beziehung von Wissenschaft, Handeln und geistiger Lebenskultur, zum anderen als neue Interpretation der Natur, die so angelegt war, durch erfahrungsbegründete Gesetzeserkenntnis sichere Anweisungen für nutzenbringendes Handeln zu erlangen. Mit heutigem Vokabular könnte man sagen, einmal als Wissenschaftstheorie, zum anderen als Methodologie.

Daß drei Jahre nach dem »Neuen Organon«, 1623 also, die Zweitfassung der Schrift von 1605 erschien, weist darauf hin, daß Bacon die Konzentration seines Organons auf die Naturwissenschaften selbst als ungenügend empfunden haben mußte. Die gesellschaftswissenschaftliche Problematik war nicht hinlänglich genug bearbeitet. Trotz größter Belastungen durch verschiedenste Staatsämter gelang es Bacon, die 165seitige Schrift von 1605 zu einem 500seitigen Gedankengebäude über die Würde und den Wert der Wissenschaften sowie die Notwendigkeit ihrer allseitigen Förderung auszubauen, die 1623 unter der Überschrift »De dignitate et augmentis scientiarum« von dem literarischen Sekretär Bacons, John Rawley, herausgegeben wurde.

Auch in den Augen Bacons war die Differenz zu der Schrift von 1605 so groß, daß er die Fassung von 1623 als »neues Buch« bezeichnet hat. Die inhaltliche Fülle ist einfach erschlagend. Erörterungen über den Wert und die Würde der Wissenschaften, über die Rolle der Wissenschaften von der Gesellschaft und Geschichte, der Rhetorik, der Lebensführung, Ethik und Moral, von Recht und Gerechtigkeit, Vernunft und Theologie bestimmen nun die reflektierende Analyse.

Dem aufmerksamen Leser entgeht natürlich nicht die Ersetzung des Substantivs »Tüchtigkeit« durch »Würde« in der Werküberschrift, eine Änderung des Anliegens, die der Erklärung bedarf. Das »Neue Organon« hatte die empirische Methode sowohl vom Grundsätzlichen her als auch über eine Fülle naturwissenschaftlicher Beispiele vorgestellt und, wie Bacon selbstbewußt verkündet, damit die »Verbindung zwischen dem Geist und den Dingen in der richtigen Weise wiederhergestellt«. Bacon war überzeugt, daß diese neue Methode soviel Nutzen bringen werde wie kaum etwas anderes auf der

Erde. Das galt es nun in »De dignitate et augmentis scientiarum« in aller Ausführlichkeit auf den gesamten Kanon des Wissens auszubreiten. Schon im Editorial, das er »An den König« richtet, heißt es, daß es neben der bloßen Anhäufung von Wissen, die zur »Aufgeblähtheit« führe, ein Korrektiv gäbe, »dessen Beimischung« das Wissen souverän macht und bewirke, daß keinerlei Gefahr »in Umfang oder Quantität des Wissens liegt« – und das ist das Korrektiv der »Nächstenliebe«! Das »Wohl des Menschen und der Menschheit« allein adelt die Erkenntnis und kennzeichnet die auf Handeln umgesetzte Wissenschaft!

Fraglos ist das die zentrale Idee dieses Buches und liegt der durch Bacon vorgenommenen ausgiebigen Prüfung der bisherigen kritikwürdigen Leistungen der Wissenschaften wie der Hochschätzung ihrer eigentlichen Möglichkeiten zugrunde. Mehrfach variiert er den Kernsatz seines Wissenschaftskonzeptes: »Das wahre Ziel der Wissenschaften ist kein anderes, als das menschliche Leben mit neuen Erfindungen und Reichtümern auszustatten: Wahrheit und Nutzen sind genau dasselbe.« Spricht man in der neueren Philosophiegeschichte von einer Revolution der Denkart oder vom Beginn der »intellektuellen Neuzeit«, dann ist genau dieser Durchbruch Bacons zu einem völlig neuen Verständnis der Wissenschaft gemeint, zur geistigen Aneignung der wichtigsten Triebkraft für den Fortschritt der Menschheit.

Und welcher Terminus ist dafür wohl würdiger als der der »Würde«? Für Bacon lag der Beweis für diese historische Rolle der Wissenschaften noch in weiter Ferne; seine Argumente, um der Wissenschaft diese Würdigkeit zuzugestehen, mußten auf anderer Ebene liegen – einer Ebene, die für den theologischen Zeitgeist auch abrufbar war. Bacon greift zu diesem Zweck auf die Bibel und auf die Sprüche des Königs Salomo zurück. Bei Salomo sieht Bacon die »Engel des Wissens« vor die »Engel der Ämter und der Herrschaft« gesetzt, womit die Gabe und das Talent von Weisheit und Gelehrsamkeit »aller irdischen und vergänglichen Glückseligkeit vorgezogen« wird. Daraus folgert Bacon, daß die Würde des Wissens im Urtyp der Werke Gottes verankert liege, also der Weisheit des Schöpfers am nächsten stehe. Diese in gewisser Weise lästerliche Hochschätzung der Wissenschaft ist für Bacon (den der Herausgeber zwar nicht zu den Atheisten, zumindest aber zu den Freigeistern rechnet) denn auch Mittel zum Zweck, beschließt er diesen Abschnitt doch mit der beweisbewußten Sentenz: »Soviel also zu göttlichen Zeugnissen und Beweisen hinsichtlich der wahren Würde der Wissenschaften«.

Die irdische Begründung der Würde der Wissenschaften greift dann wesentlich kürzer und ist ziemlich hypothetischer Art. So besänftigt das Studium der Wissenschaften und Künste die Sitten, bewirke Gutes und schaffe zudem für diejenigen, die mit ihrem Wissen in der Öffentlichkeit zu glänzen verstehen, den Ruhm der Unsterblichkeit. Würde der Wissenschaft ist also für Bacon eine Schutzbehauptung für die Wissenschaft als gesellschaftliche Einrichtung, die gleichzeitig ihren unbedingten Förderungsanspruch zum Inhalt hat. Es ist für den Wissenschaftshistoriker keine Frage, daß eine derartige Verankerung von Erkenntnis in Zeiten der bedingungslosen

Subordination von Philosophie und Wissenschaft unter die Theologie eine Großtat war, die den Übergang in die »intellektuelle Neuzeit« markierte, wie der kongeniale Herausgeber Hermann Klenner, einer der führenden Repräsentanten der Rechtstheorie und Rechtsgeschichte auf deutscher und internationaler Ebene, in seinem Editorial vermerkt.

Überhaupt findet man in diesem halbtausend Jahre alten Werk Bacons eine Menge treffender analytischer Feststellungen, die man gern in die heutige Wissenschaftstheorie aufgenommen wissen möchte. Ich denke dabei nur an die Baconsche Unterscheidung von »lichtbringender« und »fruchtbringender« Wahrheit, wobei er trotz aller Orientierung von Wissenschaftserkenntnis auf den Nutzen die lichtbringenden Wahrheiten, die auf das Wesen der Natur aus sind, im philosophischen Sinne höher schätzte. Die kritische Betrachtung Bacons zu vielen wissenschaftsmoralischen Fragen ist überaus zeitgemäß, was sich vor allem in seiner Distanz zur Gelehrsamkeit als Erscheinungsform eines irgendwie toten Wissensbegriffes zeigt.

Seine methodologische Tat – man sollte übrigens zur Lektüre von »De dignitate ...« das »Neue Organon« bereitlegen – hat auch angesichts der Tatsache, daß er so manche der zeitgenössischen Entdeckungen (Kepler, Galilei) nicht genügend beachtet hat, damals nicht auf die Wissenschaft durchgeschlagen. Auch seine vielfältigen Anregungen zur Neugestaltung des Wissenschaftssystems stießen auf taube Ohren; auch bei Hofe, wo der hochgebildete James I. offensichtlich Bacons Ideen zur Organisation der Wissenschaften nicht sogleich, wenn überhaupt folgen wollte. So überrascht es nicht, daß Bacon zu Lebzeiten keine Kränze geflochten wurden, zumal er, sechzigjährig wegen Korruption verurteilt, zumindest im gesellschaftlichen Ansehen einen tiefen Sturz erlebte. Erst ein rundes halbes Jahrhundert später fand er an den drei führenden europäischen Wissenschaftsakademien in London, Paris und Berlin Eingang als spiritus rector und Vorreiter des modernen Wissenschaftsbetriebes. Eine glänzende Rehabilitierung!

Es ist nicht unwichtig, zu erwähnen, daß die Lektüre dieses Bacon-Buches die historische Gestalt Bacons abhebt von so manchem Vorwurf der Späteren, er habe einem bloßen Szientismus das Wort geredet oder sei gar der geistige Urheber des menschenverachtenden Mißbrauchs der Wissenschaft als Machtfaktor gewesen – wie sich auch, was B. Farrington und W. Krohn bereits vor gut einem Dutzend Jahren festgestellt haben, der Term »Wissen ist Macht« in seiner »anrühigen« und »unhaltbaren« Fassung in Bacons Schriften nicht findet.

Daß Baconsche Texte höchst vergnüglich zu lesen sind, weiß der Freund des europäischen Essays längst schon zu schätzen; gilt der Engländer doch neben Montaigne als Urvater dieser literarischen Gattung, man vergleiche dazu die von Anselm Schlösser in der Sammlung Dieterich 1983 vorgelegten Texte. Denen steht in bezug auf Klarheit und Stilistik die Übertragung aus dem englischen Urtext (Klenner zog die Baconsche englischsprachige Fassung der lateinischen Übertragung vor, was aus quellenkundlicher Sicht gewiß kein Nachteil ist) von Jutta Schlösser gleichwertig zur Seite. Der Satzbau ist ausgefeilt; es ist insgesamt ein vorzüglicher, eingängiger Text geworden.



Ein Muster einer die zeitgenössische intellektuelle, politische und gesellschaftliche Situation ganzheitlich erfassenden Lektion in Philosophie- und Rechtsgeschichte – einen intellektuellen Genuß – bietet Hermann Klenner in seinem nachgestellten Artikel »Wissenschaftsfortschritt und Jurisprudenz: Francis Bacon«, dem ein Vortrag in der Leibniz-Societät zugrunde liegt. Besonders hervorzuheben sind die rund eintausend Anmerkungen zu Bacons Text aus Hermann Klenners Feder, die die Lektüre ungemein bereichern und in ihrer wegweisenden Kundigkeit für jeden Leser vor allem die intellektuellen Zusammenhänge zwischen der griechischen wie römischen Geistesgeschichte mit Bacons Reflexionen beleuchten und erläutern. Daß der Herausgeber auch die Übersichtlichkeit des Textes durch die Einfügung von Zwischenüberschriften gefördert und dadurch zur besseren Übersichtlichkeit und Lesbarkeit beigetragen hat, sei am Rande erwähnt.

Es ist also nicht irgendein philosophisches Buch, das uns da in den Verlagskalendern angeboten wird, sondern etwas Seltenes, Kostbares! Ein Jahrhundertbuch, wie es Klenner definiert. Dazu gehört auch, daß es uns nicht nur mit der studierten Erinnerung an die Zeit vor fünfhundert Jahren etwas gibt, sondern in vielen Fragestellungen und Problemen auch die moderne Wissenschaftslandschaft berührt. Oder – wer hat in den letzten Jahren schon irgendwo etwas von der »Würde der Wissenschaft« gehört?

HELMUT SEIDEL

## Vom praktischen und theoretischen Verhältnis der Menschen zur Wirklichkeit

Zur Neuherausgabe des Kapitels I des I. Bandes der Deutschen Ideologie von K. Marx und F. Engels

I

Wir stehen in Deutschland am Beginn einer großen geistigen Auseinandersetzung um den »Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen«<sup>1</sup>. Wir wollen, daß von deutschem Boden, aus dem unvergängliche Schätze der Menschheitskultur erwachsen, nie mehr ein Krieg ausgeht. Wir versuchen, entgegen den aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus, die sich besonders im Anspruch der Bundesrepublik auf das Alleinvertretungsrecht und in der Nichtanerkennung der bestehenden Grenzen ausdrücken, eine friedliche Lösung der deutschen Frage anzustreben. Wir nehmen deshalb die von Karl Jaspers erhobene Forderung auf, daß die »geistige Leistung«<sup>2</sup> entscheiden soll, in welcher Richtung die grundlegenden Lebensfragen der deutschen Nation gelöst werden; dabei betrachten wir freilich das geistige Ringen als eine notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für die gekennzeichnete friedliche Lösung.

Das geistige Ringen, das hinsichtlich der Apologie der Politik und Ideologie des deutschen Imperialismus mit aller Schärfe, hinsichtlich der bürgerlichen Kritik dieser Politik sachlich, überzeugend und von hohem politischem und moralischem Verantwortungsbewußtsein durchdrungen auszutragen ist, erfordert erneute, vertiefte Besinnung auf unsere geistigen Waffen. Es wäre verhängnisvoll, aus der nicht zu bestreitenden Tatsache, daß die gesamte bürgerliche Ideologie den erprobten und siegreichen Ideen des Marxismus-Leninismus nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hat, Zufriedenheit ableiten zu wollen. Wir wissen um die Stärke unserer Ideen, verschließen aber nicht die Augen vor Mängeln in unserer theoretischen Arbeit. Wenn im weiteren einige Schwächen unserer theoretischen Arbeit skizziert werden, so hat dies selbstverständlich nichts mit einer Ignorierung der geschichtlichen Leistung zu tun, welche die marxistische Theorie – und erst recht die marxistische Praxis – in Deutschland aufzuweisen hat, sondern dient nur dem Zweck, unsere Waffen zu schärfen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Neuveröffentlichung des Kapitels I des I. Bandes der »Deutschen Ideologie« nicht nur als ein hervorragendes Ereignis der Marx-Forschung, sondern als unmittelbare Hilfe für die Lösung der vor uns stehenden theoretischen Aufgaben.

II

Bei einer kritischen Analyse unserer theoretisch-philosophischen Arbeit treten m. E. folgende Mängel in den Vordergrund:

Helmut Seidel – 1929-2007, Philosoph, arbeitete vor allem auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Reflexionen über den Utopie-Begriff, Heft 58 (August 1995). Der hier nachgedruckte Artikel ist zuerst erschienen in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1966, S. 1177-1191. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR). Er löste in der DDR heftige Diskussionen aus, die sich an Seidels Bestimmung der Praxis als Zentralkategorie des Marxismus entzündete, die im Kern aber gegen einen kreativen Umgang mit der marxistischen Theoriegeschichte gerichtet war. Das Ergebnis war ein mehrjähriges Lehr- und Publikationsverbot gegen Helmut Seidel.

1. Bei der Begründung und Durchführung der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind neue, bedeutende Einsichten in die gesellschaftlichen Prozesse gewonnen worden, die den historischen Materialismus konkretisieren und bereichern. Jedoch haben die marxistischen Philosophen diesen Gedankenreichtum ungenügend in das theoretische Gesamtsystem des Marxismus einbezogen. Neue Erkenntnisse, neue Erfahrungen werden aber für die Theorie erst dann relevant, wenn sie auf das System, auf die Form bezogen werden, in der Wissenschaft allein möglich ist. Fehlt die lebendige Wechselwirkung zwischen System und neuer Erkenntnis, dann entsteht die Gefahr, daß die neuen Erfahrungen theoretisch in der Luft hängen bleiben, das System aber zu einem leblosen Schema herabsinkt, das nicht mehr die Funktion der Theorie, Anleitung zum Handeln zu sein, erfüllen kann. Der schon oft kritisierte Rückstand der theoretischen Arbeit auf dem Gebiet, das gemeinhin dem historischen Materialismus zugeordnet wird, ist nicht mehr zu übersehen. Den Grund für dieses Zurückbleiben sehe ich allerdings nicht nur in einer noch ungenügenden Verbindung zwischen theoretischer Arbeit und praktischer Politik, sondern auch in einer gewissen Unsicherheit hinsichtlich des Gesamtsystems der marxistischen Philosophie.

2. Diese Unsicherheit zeigt sich auch dort, wo bei speziellen Untersuchungen von Teilbereichen (insbesondere bei der Behandlung philosophischer Fragen der Einzelwissenschaften) der Bezug zum Ganzen des Systems verlorengeht. Abgesehen davon, daß eine spezielle philosophische Frage aufhört, speziell philosophisch zu sein, wenn sie nicht auf dieses Ganze bezogen wird, besteht hierbei die Gefahr, daß die Philosophie in überhaupt nicht oder nur lose miteinander verbundene Teile zerlegt wird. Bei dieser anatomischen Sektion versickert allerdings der lebendige marxistische Geist im positivistischen Sand.

3. Die Unsicherheit in bezug auf das philosophische System des Marxismus erklärt sich m. E. daraus, daß die Unhaltbarkeit des in den bisherigen Philosophie-Lehrbüchern dargestellten Systems mehr und mehr empfunden wird. Gewisse Modifizierungen haben keinen wirklichen Wandel geschaffen. Der Ausweg in die Einzelwissenschaft oder in eine theorielose Aktualisierung ist natürlich keine Lösung. Es entwickelt sich deshalb unter den marxistischen Philosophen eine Diskussion<sup>3</sup>, in der eine kritische Analyse der bisherigen Darstellungen gefordert wird und Vorschläge für neue systematische Darstellungen der marxistischen Philosophie unterbreitet werden. Ich begrüße diese Diskussion, da sie helfen wird, die marxistische Philosophie auf die Höhe unserer Zeit zu bringen.

### III

Die Hauptmängel der bisherigen systematischen Darstellungen sehe ich in folgenden Punkten:

1. Das praktisch-tätige Verhalten der Menschen zu ihrer natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt wird ungenügend reflektiert, das theoretische Verhältnis zur Wirklichkeit dagegen überbetont. Der Hauptakzent in den bisherigen Darstellungen liegt auf der Erklärung dessen, was ist, nicht aber auf einer theoretischen Begründung der praktischen Veränderung, nicht auf der Anleitung zum Handeln. Der

1 Vgl.: W. Ulbricht: Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen. Berlin 1966.

2 K. Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1966.

3 Die Diskussion wurde in der DZfPh, Heft 7/1964, durch einen Beitrag von A. Kosing, »Gegenstand, Struktur und Darstellung der marxistischen Philosophie«, eröffnet. Es sei auch auf folgende Artikel in der DZfPh verwiesen: Philosophie und Leben (Thesen). Heft 8/1964; G. Dormin: Über Gegenstandsbestimmung und Aufgaben der marxistischen Philosophie. Heft 2/1965; A. Kosing: Über die Funktionen der marxistischen Philosophie. Heft 3/1965.

Philosophie, der es auf die Veränderung der Welt ankommt, kann es nicht genügen, die durchgängige Gesetzmäßigkeit der Welt, deren Erkenntnis historisch bedingt, relativ ist, aufzuzeigen; sie hat den Sinn des menschlichen Handelns zu begründen. Dieser aber kommt weder aus der Transzendenz, noch kann er in logischen, mathematischen oder Naturgesetzen gefunden werden. Er ist nur in den materiellen und geistigen Schöpfungen der menschlichen Kultur zu finden, wenn er ständig neu gesetzt wird. Es ist in der Tat »der Weisheit letzter Schluß«: »Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.«<sup>4</sup>

4 J.W. Goethe: Faust. II. Teil. In: Goethes Werke in Auswahl. Bd. 6. Berlin 1949. S. 583.

2. Ein Ausdruck der Überbetonung des theoretischen Verhältnisses der Menschen zur Wirklichkeit ist die Ableitung des historischen Materialismus aus dem dialektischen, wie sie in der Formel von der Ausdehnung des dialektischen Materialismus auf die menschliche Gesellschaft und ihre Geschichte zum Ausdruck kommt. Die Formel von der Ausdehnung des Materialismus auf die Gesellschaft hat m. E. nur in bezug auf die Geschichte des Materialismus einen Sinn. Wird sie dagegen einem marxistischen System zugrunde gelegt, so wird sie sinnlos. Als Formel dokumentiert sie dann nicht mehr die Einheit von historischem und dialektischem Materialismus, sondern – entgegen dem Willen derer, die sie gebrauchen – deren Trennung. Denn der dialektische Materialismus, der vor seiner Ausdehnung auf die menschliche Gesellschaft dargestellt wird, muß sich konsequenterweise auf die Natur beschränken. Der dadurch bedingte Eindruck eines naturphilosophischen Charakters des dialektischen Materialismus wird noch dadurch verstärkt, daß die Gegenstände hier fast ausschließlich unter der Form des Objekts, kontemplativ, gefaßt werden. Die Praxis, die Voraussetzung jeder Erkenntnis, also auch der Erkenntnis der allgemeinen Naturgesetze, bleibt – da sie ja erst im historischen Materialismus zur Verhandlung steht – außerhalb der Betrachtung. Die damit gegebene Ontologisierung führt den Materialismus auf ein vormarxistisches Niveau zurück. War es doch gerade dessen Schwäche, daß er den Gegenstand »nur unter der Form des *Objekts* oder der *Anschauung*«, nur vom theoretischen Verhältnis her, faßte, »nicht aber als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*, nicht subjektiv.«<sup>5</sup>

5 K. Marx: Thesen über Feuerbach. In: K. Marx/ F. Engels: Werke. Bd. 3. Berlin 1959. S. 5.

3. Offensichtlich wird der Mangel der bisherigen Darstellungen des philosophischen Systems des Marxismus auch dann, wenn die Stellung der Erkenntnistheorie in ihm betrachtet wird. Die Erkenntnistheorie wird gemeinhin dem dialektischen Materialismus zugeordnet. Es ist nicht verständlich, warum eigentlich; denn das Erkennen ist zweifellos eine menschliche, gesellschaftliche Tätigkeit. Die Erkenntnistheorie als Teil des dialektischen Materialismus auf die Gesellschaft »ausdehnen« zu wollen entbehrt natürlich jeden Sinnes. Doch dies nur nebenbei. Die Stellung, welche die Erkenntnistheorie in den bisherigen systematischen Darstellungen einnimmt, zeigt die ganze Verlegenheit. Als Ausgangspunkt, Grundlage und Kriterium der Erkenntnis wird mit vollem Recht die Praxis angegeben. Es bleibt jedoch bei der Deklaration, weil die gesellschaftliche Praxis erst im historischen Materialismus Gegenstand der Analyse wird. Die historisch-materialistische Analyse der Praxis berücksichtigt aber kaum deren erkenntnistheoretische Relevanz. So geht der le-

bendige Zusammenhang zwischen historischem Materialismus und Erkenntnistheorie verloren.

4. Die Trennung von historischem und dialektischem Materialismus und die Übernahme der Betrachtungsweise des dialektischen durch den historischen Materialismus wirkt sich m. E. auch negativ auf die Darstellung des historischen Materialismus aus. Das zeigt sich in einer einseitig objektiven Betrachtungsweise, die die Subjektivität kaum reflektiert. So werden etwa die Produktivkräfte völlig ungenügend als Wesenskräfte des Menschen dargestellt. Ihre gedankenlose Zerlegung in sachliche (Technik) und menschliche Momente vergißt, daß die sachlichen Momente selber vermenschlichten Charakter tragen. Oder es wird vom »Menschen in der technischen Revolution« gesprochen. Der Mensch aber – und kein anderes Wesen – macht diese Revolution. Sie ist Ausdruck der gewaltigen Entfaltung seiner Wesenskräfte. Dabei ist unter Mensch der gesellschaftliche Mensch oder die menschliche Gesellschaft zu verstehen. Was aber das menschliche Individuum in der technischen Revolution betrifft, so kann dessen aktive bzw. passive Rolle nur aus den jeweils gegebenen Produktionsverhältnissen, die auch das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft determinieren, erklärt werden.<sup>6</sup>

Daß die gekennzeichneten Mängel in der systematischen Darstellung unserer Philosophie die Effektivität unserer theoretischen, propagandistischen und erzieherischen Arbeit beeinträchtigen, steht außer jedem Zweifel. Der vom II. Plenum des ZK der SED – das gerade die Diskrepanz zwischen theoretischen Kenntnissen einerseits und Praktischwerden der weltanschaulichen Überzeugung andererseits konstatierte – erhobenen Forderung, die Effektivität der philosophischen Arbeit zu erhöhen, können wir nur gerecht werden, wenn wir u. a. die genannten Mängel überwinden.

Dabei vermag uns die »Deutsche Ideologie« von Karl Marx und Friedrich Engels (einschließlich der »Thesen über Feuerbach«) eine wesentliche Hilfe zu leisten, weil in diesem ersten Werk des reifen Marxismus Ausgangs- und Zentralpunkt der marxistischen Philosophie umfassend begründet wurden. Daß der Ausgangspunkt für das System selber entscheidende Bedeutung besitzt, ist bekannt. Wollen wir den entfaltenen Reichtum der marxistisch-leninistischen Philosophie darstellen, so haben wir von jenem »Keim« auszugehen, den Marx und Engels in der Arbeit, in der Produktion des materiellen Lebens der menschlichen Gesellschaft, sahen. »Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen.«<sup>7</sup> Mit der Darstellung des wirklichen Lebensprozesses der menschlichen Gesellschaft verlor die alte, selbständige Philosophie ihr »Existenzmedium«, begann die marxistische Philosophie.

#### IV

Mindestens seit Descartes' »cogito ergo sum« hat die Frage nach dem Ausgangspunkt eines philosophischen Systems die Denker bewegt. Spinoza legte seinem philosophischen System die Substanz zugrunde, die er mit Gott und der Natur identifizierte. Aus seinem Substanz-Begriff deduzierte er – *ordo geometrico* – die Mannigfal-

6 Siehe dazu das Sonderheft 1964 der DZfPh, »Der Mensch und die objektiven Gesetzmäßigkeiten in der sozialistischen Gesellschaft«, sowie: W. Eichhorn I: »Das Problem des Menschen im historischen Materialismus«, in: DZfPh. Heft 7/1966.

7 K. Marx/F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1207; vgl. auch: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 3. S. 27. Anmerkung: Im gleichen Heft der DZfPh war eine Rekonstruktion des 1. Kapitels der »Deutschen Ideologie« veröffentlicht worden, die sich am ursprünglichen Plan von Karl Marx orientierte. In diesem Nachdruck wurden die Verweise Seidels auf diesen Text beibehalten, wie insgesamt die Schreib- und Zitierweise des Originals übernommen wurde. Die Redaktion.

8 F. Engels, K. Marx: Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 2. Berlin 1958. S. 147.

9 Ebenda.

10 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1202; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3. S. 20.

11 Siehe dazu die abschließende Stellungnahme der Redaktion der DZfPh zur Diskussion des Verhältnisses von Theorie und Praxis in Heft 1/1964. Vgl. auch: H. Opitz: Die Praxis als zentrale Kategorie der materialistischen Gesellschaftstheorie, in: DZfPh. Heft 4/1966.

tigkeit der Welt. Es ist nicht zu übersehen, daß manche Darstellungen der marxistischen Philosophie (besonders von Plechanow ausgehend) spinozistisch beeinflusst sind, wenn auch die Ableitungen nicht *ordo geometrico*, sondern genetisch erfolgen. Eine umfassende Würdigung des Verhältnisses von Spinozismus und Marxismus, eine kritische Analyse des Einflusses Spinozas auf die Geschichte der marxistischen Philosophie steht noch aus. Fest steht allerdings, daß Marx die spinozistische Substanz, die »metaphysisch travestierte *Natur* in der *Trennung* vom Menschen«<sup>8</sup>, als Ausgangspunkt der Philosophie abgelehnt hat.

Die Spinoza direkt und bewußt entgegengesetzte Position nahm Fichte ein, der mit der spinozistischen Fassung des Freiheitsbegriffes unzufrieden war, weil sie die Aktivität des Subjekts auszuschließen schien. Er nimmt die Aktivität des Selbstbewußtseins, die Tathandlung des Ich zum Ausgangspunkt, von dem aus nun wiederum der ganze Inhalt der Welt abgeleitet werden soll, und zwar genetisch. Marx lehnt auch diesen Ausgangspunkt ab, weil Fichtes Ich nichts anderes sei als der »metaphysisch travestierte *Geist* in der *Trennung* von der *Natur*«<sup>9</sup>. Bedingt durch ihren Ausgangspunkt, dessen Wahl selbstverständlich sozialhistorisch determiniert ist, verfallen Spinoza und Fichte in die gleiche Einseitigkeit – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Beide vermögen nicht, die reale Vermittlung zwischen Natur und Mensch, zwischen Naturgesetzlichkeit und menschlicher Freiheit zu erkennen.

Hegel versuchte die Vermittlung in der Tätigkeit des Geistes zu finden. Da er aber den Geist als das Absolute, die Totalität nicht als historisch-konkrete, sondern als metaphysische faßte – ebenso wie Spinoza seine Substanz und Fichte sein Ich –, vermochte er das Problem nicht zu lösen.

Marx vollendete die besonders durch Kant geförderte Kritik der Metaphysik. Die Erkenntnis eines Absoluten, die Umfassung eines Nichtzuumfassenden, wurde als Pseudoproblem nicht nur verworfen, sondern zu einer falschen Fragestellung erklärt, die aus den realen gesellschaftlichen Verhältnissen erwachsen sei. Marx' Ziel war nicht mehr ein absolutes System, sondern die Erkenntnis des realen geschichtlichen Lebensprozesses der Menschen, aus dem allein sich eine Begründung für ihr Handeln ableiten läßt. Die Voraussetzungen, mit denen Marx und Engels beginnen, sind empirisch konstatierbar. Es sind die gesellschaftlichen, historisch gewordenen Individuen, »ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch ihre eigne Aktion erzeugten«<sup>10</sup>. Weder Substanz noch Selbstbewußtsein ist der Ausgangspunkt für Marx, sondern die sinnlich-gegenständliche Tätigkeit der Menschen, die Arbeit, die gesellschaftliche Praxis. Die Kategorie Praxis steht nicht nur im Mittelpunkt des historischen Materialismus, wie meist interpretiert wird; eben weil sie dort steht, ist sie die Zentralkategorie der marxistischen Philosophie überhaupt.<sup>11</sup>

V

»Die Arbeit«, bestimmt Marx, »ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kon-

trolliert.«<sup>12</sup> Das materielle Einwirken des gegenständlichen Menschen auf die Naturgegenstände wird allerdings erst dann zur Arbeit, wenn der Mensch in diesem Prozeß gleichzeitig seine aus Bedürfnissen<sup>13</sup> entspringenden Zwecke<sup>14</sup> setzt und zu verwirklichen trachtet. Was die menschliche Arbeit von der instinktiv-produktiven Tätigkeit des Tieres unterscheidet, ist der Umstand, daß dem materiellen Arbeitsprodukt das ideelle vorausgeht.

Wir lassen zunächst die geistig-praktische Aneignung der Wirklichkeit, wie sie sich etwa in der zwecksetzenden ideellen Tätigkeit (Wille) realisiert, außer acht und betrachten das Verhältnis von praktischer und theoretischer Aneignung.

Daß im Arbeitsprozeß praktische (sinnlich-gegenständliche) und theoretische Tätigkeit eine Einheit bilden – ebenso wie materielle und ideelle Tätigkeit –, ist nicht zu bestreiten. Diese These wird allerdings erst dann zu einer wissenschaftlichen, den Idealismus überwindenden Erkenntnis, wenn die Praxis als die Ursache und die Grundlage des theoretischen Verhältnisses, als das sie letzthin bestimmende Moment gefunden ist. Dies aber kann nur durch eine gründliche Analyse des Subjekt-Objekt-Verhältnisses geschehen.<sup>15</sup> Praktisch verhält sich der Mensch den Gegenständen gegenüber dann, wenn er sie seinen Bedürfnissen, Zwecken, Vorstellungen und Ideen gemäß umgestaltet. In seinem auf die Befriedigung seiner Bedürfnisse gerichteten Tun macht er die Erfahrung, daß seine Einwirkung auf die Natur nur in einer durch die Beschaffenheit des Naturstoffes selbst bedingten Weise möglich ist und daß seine zielgerichtete Tätigkeit nur dann zum Erfolg führt, wenn die Eigengesetzlichkeit des Gegenstandes selber berücksichtigt wird. Eben dies bildet den Kern des theoretischen Verhältnisses zu den Gegenständen. So entspringt also aus dem praktischen Verhältnis mit Notwendigkeit sein Gegenteil, das theoretische. Wenn im praktischen Verhältnis die Vorstellungen für die Bildung des Gegenstandes bestimmend waren, so sind es im theoretischen die Gegenstände, welche die Vorstellungen und Begriffe bestimmen. Wenn in der materiellen Produktion die Gegenstände den menschlichen Zwecken entsprechend geformt werden, so ist die theoretische Tätigkeit vor allem auf möglichst adäquate Reproduktionen des Gegenstandes im Bewußtsein gerichtet.

Das praktische Verhalten der Menschen zur objektiven Wirklichkeit findet in der Geschichte der Industrie, in der Geschichte der materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft, seinen Ausdruck, das theoretische in der Geschichte der Wissenschaften. Dabei versteht es sich von selbst, daß die geistige Produktion von Wissen über die Naturgegenstände in ihrem Ursprung unmittelbar mit der materiellen Produktion verflochten war, daß erst durch die Entwicklung des Arbeitsprozesses selber, vor allem durch die Arbeitsteilung (Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit), Industrie und Wissenschaft möglich wurden. Marx' Analyse des Arbeitsprozesses zeichnet eine solche Einheit von praktischer und theoretischer Tätigkeit, von Industrie und Wissenschaft, in der beide einander in ihrem Entwicklungsgang bedingen, in der aber letzthin die Praxis als das übergreifende Moment erscheint, das ihre notwendige Bedingung selber erst hervorgebracht hat.

12 K. Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 23. Berlin 1962. S. 192.

13 Das menschliche Bedürfnis geht ohne Zweifel der menschlichen Produktion voraus. Es kann aber nicht – wenn nicht in eine naturalistische Anthropologie abgeglitten werden soll – zum Ausgangspunkt gemacht werden, weil seine Modifikation, d. h. sein Menschlichwerden, nicht durch sich selbst, sondern durch die Produktion bedingt ist.

14 Da die Zwecksetzung aus dem Bedürfnis abzuleiten ist, trifft für sie dasselbe zu. Vgl. dazu die Abschnitte V-VII des vorliegenden Artikels.

15 Siehe dazu: H. Scheler: Der objektive Charakter der gesellschaftlichen Gesetze im Lichte der Subjekt-Objekt-Dialektik, in: Sonderheft 1964 der DZfPh; H. Klotsch: Zum Problem der Objekt-Subjekt-Dialektik, in: DZfPh. Heft 10/1965.

Marx enthüllt aber nicht nur den Zusammenhang von praktischer und theoretischer Tätigkeit, von Industrie und Wissenschaft im Produktionsprozeß des materiellen Lebens der Gesellschaft, sondern begründet auch gerade durch die Erhellung dieses Zusammenhanges die Einheit der Naturwissenschaft und der Wissenschaft vom Menschen. Aus dem Ausgangspunkt des marxistischen Denkens folgt nämlich, daß man von der Arbeit aus sowohl in das Wesen des Menschen als auch in das Wesen der Natur eindringen kann; vollzieht sich doch in ihr das Werden der Natur für den Menschen wie auch der Selbsterzeugungsakt des Menschen. Der Mensch kann seine Wesenskräfte, einschließlich seines Erkenntnisvermögens, gar nicht entfalten, ohne sich die Natur zum Gegenstand zu machen; und er kann sich die Natur nicht zum praktischen, theoretischen oder ästhetischen Gegenstand machen, ohne seine subjektiven Wesenskräfte zu entfalten.

Daß die Natur außerhalb des Menschen vorausgesetzt sein muß, wenn sie zum praktischen Gegenstand des Menschen werden soll, versteht sich von selbst. Wie aber der Mensch ohne Natur ein gegenstandsloses Wesen, ein »Unwesen«, ist, so ist auch die Natur für den Menschen in der Trennung von ihm eine bloße Abstraktion. Der Mensch weiß von der Natur, die außerhalb und unabhängig von ihm existiert, nur das, was ihm praktischer und theoretischer Gegenstand geworden ist. Das Atom existiert an sich natürlich längst, ehe es Gegenstand des philosophischen Denkens, der Chemie, der Physik und schließlich der Industrie wurde. Für den Menschen aber begann es erst zu existieren, als er seine Wesenskräfte, speziell seine Erkenntnisfähigkeit, durch seine praktische und theoretische Tätigkeit so weit entwickelt hatte, daß das Atom sein Gegenstand werden konnte. Über das An-sich-sein eines Gegenstandes läßt sich prinzipiell nichts aussagen, bevor er nicht durch unsere praktische und theoretische Tätigkeit zu einem Gegenstand für uns geworden ist. Das im materiellen und geistigen Arbeitsprozeß sich vollziehende Werden der Natur zum Gegenstand des Menschen nennt Marx die Vermenschlichung oder »Humanisierung der Natur«. Die diesem Prozeß entgegenlaufende »Naturalisierung des Menschen« ist für Marx keineswegs eine Rückkehr zu einem abstrakten Naturwesen, sondern die Entwicklung der »menschlichen Natur«, d. h. die Entfaltung seiner Wesenskräfte, seiner Sinne, seiner Geschicklichkeit, seiner Sprache, seines Denkens, seines Arbeits- und Erkenntnisvermögens überhaupt. Mit der Produktion des äußeren materiellen Reichtums produziert der Mensch den menschlichen Charakter seiner Sinne, seiner Hand, seines Kopfes, seiner Individualität. Dergestalt wird offensichtlich, daß sich die Humanisierung der Natur nur als Naturalisierung des Menschen vollziehen kann und umgekehrt.<sup>16</sup>

16 Vgl.: K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: K. Marx, F. Engels: Historisch-kritische Gesamtausgabe (MEGA). Erste Abteilung. Bd. 3. Berlin 1932. S. 114-116.

## VI

Aus der knappen Analyse des Arbeitsbegriffes wurde ersichtlich, daß Marx und Engels die Produktion nicht nur als notwendige Bedingung der physischen Existenz der Individuen betrachteten, sondern als historisch bestimmte Art ihrer Tätigkeit, ihrer Lebensäußerung. »Wie die Individuen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, *was* sie produzieren, als auch damit, *wie* sie produzieren.



Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion.«<sup>17</sup> Die materiellen Bedingungen der Produktion implizieren notwendig die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen allein der Mensch seine Wesenskräfte zu äußern vermag; ist doch die Individualisierung des Menschen selbst nur in der Gesellschaft möglich. In Fortsetzung und Konkretisierung der großen Gedanken Aristoteles' und Hegels, daß der Mensch ein zoon politikon bzw. ein historisches Wesen sei, das sich als menschliches durch seine eigene Tätigkeit erzeugt hat, überwinden Marx und Engels jegliche Robinsonade. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Naturrechtslehren, wie sie etwa von Hobbes, Spinoza und Rousseau begründet wurden, akzentuieren sie den gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Den Hobbesschen und Rousseauschen Naturzustand aber charakterisieren sie als ein mehr oder weniger verklärtes Abbild der Welt des bürgerlichen Privateigentums, in der ja die Individualisierung zu einer Vereinzelung der Individuen verzerrt wird.

Unter gesellschaftlich verstehen Marx und Engels zunächst nichts anderes als »das Zusammenwirken mehrerer Individuen«<sup>18</sup> im Produktionsprozeß des materiellen Lebens.

Jegliche Produktion, jede industrielle Stufe ist mit einer bestimmten Weise dieses Zusammenwirkens verbunden. In dieser ursprünglichen Form stellen Marx und Engels erstmalig das dialektische Verhältnis zwischen den Produktivkräften einer Gesellschaft und ihren Produktionsverhältnissen dar. Die jeweilige Art und Weise des Zusammenwirkens der Individuen korrespondiert mit dem Grad der Arbeitsteilung, dieser aber mit der Produktivität der Arbeit. Einer bestimmten Stufe der Produktivkräfte entsprechen daher ganz bestimmte Produktionsverhältnisse, die sich mit der in der Arbeit sich vollziehenden Entwicklung der menschlichen Wesenskräfte entfalten und verändern. Die durch eine bestimmte industrielle Stufe bedingte Weise des Zusammenwirkens der Individuen, als Produktionsverhältnisse bezeichnet, wird dabei von Marx und Engels ebenfalls als eine »Produktivkraft« gefaßt.

Das Verhältnis der Menschen untereinander ist also von vornherein ein materialistisches, d. h. durch die Art und Weise der Produktion bedingtes. Dieser Zusammenhang nimmt mit der Entwicklung der Produktion stets neue Formen an, hat also eine Geschichte. In dieser Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sehen Marx und Engels die reale Basis aller Geschichte. Die Produktion, auf welcher Stufe sie auch immer ausgeübt wird, hält die Menschen zusammen, »auch ohne daß irgendein politischer oder religiöser Nonsens existiert, der die Menschen noch extra zusammenhalte«<sup>19</sup>. Nun wußte niemand besser um die Bedeutsamkeit und Wirksamkeit dieses »Nonsens« als Marx und Engels. Es ging ihnen, wie nicht nur ihre Schriften zeigen, sondern wie ihr ganzes tätiges Leben bezeugt, keineswegs um eine anarchistische Ignorierung (etwa im Sinne Stirners) von Moral, Recht, Politik, Staat, Wissenschaft, Philosophie, Religion, sondern um den Nachweis, daß das von den Menschen produzierte Bewußtsein, von vornherein ein gesellschaftliches Produkt, engstens mit der materiellen Produktion verbunden ist und von dieser abhängt. »Die Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist zunächst unmittelbar verflochten

17 K. Marx, F. Engels: Die Deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1202; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke Bd. 3, S. 21.

18 K. Marx, F. Engels: Die Deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1212; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke Bd. 3, S. 30.

19 Ebenda.

in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen, Sprache des wirklichen Lebens. Das Vorstellen, Denken, der geistige Verkehr der Menschen erscheinen hier noch als direkter Ausfluß ihres materiellen Verhaltens. Von der geistigen Produktion, wie sie in der Sprache der Politik, der Gesetze, der Moral, der Religion, Metaphysik usw. eines Volkes sich darstellt, gilt dasselbe. Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp. [In der Handschrift gestrichen: »und zwar die Menschen, wie sie durch die Weise der Produktion ihres materiellen Lebens, durch ihren materiellen Verkehr und seine weitere Ausbildung in der gesellschaftlichen und politischen Gliederung bedingt sind.«], aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung ihrer Produktivkräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs bis zu seinen weitesten Formationen hinauf. Das Bewußtsein kann nie etwas Andres sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß.«<sup>20</sup> Mit der Darstellung des materiellen Lebensprozesses der Gesellschaft verlieren aber Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen den Schein ihrer Selbständigkeit. Sie haben keine selbständige, von der realen gesellschaftlichen Entwicklung losgelöste Geschichte. Die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens. »Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein.«<sup>21</sup>

20 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1206; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 26.

21 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1206; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 27.

Das Bewußtsein ist natürlich anfangs nur Bewußtsein über die nächste sinnliche Umgebung, Bewußtsein eines bornierten Zusammenhanges mit Personen und Dingen außerhalb des sich erst selber bewußt werdenden Individuums. Erst mit der Teilung der Arbeit, vor allem mit der Teilung in materielle und geistige Arbeit, gewinnt das Bewußtsein Universalität und reflektiert vor allem in der Philosophie sich selbst. Dies bedeutete einen ungeheuren Fortschritt in der Menschheitsentwicklung. Mit ihm war allerdings auch die Möglichkeit gegeben, daß das Bewußtsein sich von der Welt emanzipiert und zur Bildung der »reinen« Theorie, Theologie, Philosophie, Moral usw. übergeht, eine Möglichkeit, die durch die von der Arbeitsteilung geschaffenen gesellschaftlichen Verhältnisse zur Realität wird. Marx und Engels ist es übrigens zunächst ganz einerlei, »was das Bewußtsein alleene anfängt, wir erhalten aus diesem ganzen Dreck nur das eine Resultat, daß diese drei Momente, die Produktionskraft, der gesellschaftliche Zustand und das Bewußtsein, in Widerspruch untereinander geraten können und müssen, weil mit der *Teilung der Arbeit* die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben ist, daß die geistige und materielle Tätigkeit [In der Handschrift gestrichen: »Tätigkeit und Denken, d. h. gedankenlose Tätigkeit und tatloser Gedanke«] – daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen, und die Möglichkeit, daß sie nicht in Widerspruch geraten, nur darin liegt, daß die Teilung der Arbeit wieder aufgehoben wird.«<sup>22</sup> Da mit der Teilung der Arbeit gleichzeitig die ungleiche Verteilung der Arbeit und mit dieser das Eigentum als Verfügung über fremde Arbeitskraft gegeben sind, fassen Marx und Engels die Arbeitsteilung und das Privateigentum als

22 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1214; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 32.

identische Begriffe; ist doch in »dem Einen. ... in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem Andern in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird<sup>23</sup>«.

Mit der Verknüpfung von Arbeitsteilung und Privateigentum ist natürlich zugleich die Frage nach dem Verhältnis von Arbeitsteilung und Entfremdung gestellt. (Dieses Problem tritt übrigens – neben der damit eng verbundenen Frage nach dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft [Gemeinschaft] – in der Neuveröffentlichung, die sich streng an die von Marx vorgenommene Anordnung hält, weit deutlicher hervor als in der alten, redaktionell bearbeiteten Ausgabe.) Die Teilung der Arbeit betrachten Marx und Engels als erstes Beispiel dafür, »daß, solange die Menschen sich in der naturwüchsigen Gesellschaft befinden, solange also die Spaltung zwischen dem besondern und gemeinsamen Interesse existiert, solange die Tätigkeit also nicht freiwillig, sondern naturwüchsig geteilt ist, die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht«<sup>24</sup>. Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation des Produkts zu einer sachlichen Gewalt über den Menschen, die seiner Kontrolle entwächst, seine Erwartung durchkreuzt, seine Berechnungen zunichte macht, bezeichnen Marx und Engels als eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung.<sup>25</sup> Unmittelbar danach – und nicht erst an späterer Stelle – schreiben sie: »Die soziale Macht, d. h. die vervielfachte Produktionskraft, die durch das in der Teilung der Arbeit bedingte Zusammenwirken der verschiedenen Individuen entsteht, erscheint diesen Individuen, weil das Zusammenwirken selbst nicht freiwillig, sondern naturwüchsig ist, nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin, die sie also nicht mehr beherrschen können, die im Gegenteil nun eine eigentümliche, vom Wollen und Laufen der Menschen unabhängige, ja dies Wollen und Laufen erst dirigierende Reihenfolge von Phasen und Entwicklungsstufen durchläuft.«<sup>26</sup> Dieser Gedankengang wird am Handel entwickelt, der doch nichts als der Austausch von Produkten verschiedner Individuen ist, der aber gleich dem antiken Schicksal über der Erde schwebt und mit unsichtbarer Hand Glück und Unglück an die Menschen verteilt, Reiche stiftet und Reiche zertrümmert, Völker entstehen und verschwinden macht.

Von hier aus wird erst eine treffende Kritik jener aus den gesellschaftlichen Verhältnissen herauswachsenden Bewußtseinsstrukturen möglich, innerhalb derer sich der Mensch seiner eigenen Tätigkeit in der Form der Tätigkeit eines mystischen Wesens bewußt wurde. Daß den Philosophen vor Marx die Summe von Produktivkräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen, die jedes Individuum und jede Generation als etwas Gegebenes vorfindet, als »Substanz«, »Wesen«, »Geist«, »Gott« usw. erscheint, hat letztlich seinen Grund in der naturwüchsigen, spontanen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die dem Individuum als fremde, ihn bestimmende und beherrschende Mächte gegenüberreten. Seine eigene, aber ihm entfremdete Gewalt erscheint als das Allgemeine, welches das Einzelne, Individuelle bestimmt. So ist Platons Bürger nur eine vereinzelte Verkörperung des Staates, ein Wesen, das – soll

23 Ebenda.

24 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1214; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 33.

25 Vgl.: vorliegendes Heft, S. 1215.

26 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1215/1216; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 34

27 Vgl.: E. V. Il'enkov: Ideal'noe. (Das Ideale.), in: Filosofskaja enciklopedija. Bd. 2. Moskva 1962., S. 219 f.

es als menschliches gelten – sich die allgemeinen Normen der menschlichen Kultur (Recht, Sitte, Religion, Sprache, Denkformen) aneignen und sich ihnen unterwerfen muß.<sup>27</sup> Die gesellschaftliche Allgemeinheit bestimmt also seine Tätigkeit; sie kann daher nicht von dieser Tätigkeit selber herrühren. Dergestalt erscheinen dem falschen Bewußtsein alle einzelnen Dinge nur als Inkarnation des Allgemeinen. Die Entfremdung der allgemeinen gesellschaftlichen Macht von den einzelnen Individuen, deren Produkt sie ist, führt also zu der Mystifikation, die das Allgemeine vom Einzelnen losreißt und zum bestimmenden Grund des Einzelnen macht. Als bestimmender Grund muß das Allgemeine notwendig als aktives, tätiges Wesen erscheinen. Daß die Aktivität des Allgemeinen in der Trennung vom Einzelnen vor allem als Geist, als verselbständigtes Denken und Wollen erscheint, erklärt sich vornehmlich daraus, daß auch in der Aktivität, im Handeln der Menschen das Bewußtsein (Denken und Wollen) als das Primäre erscheinen. Die sinnlichgegenständliche Tätigkeit der Menschen, die Keimzelle des gesellschaftlich-kulturellen Organismus, erscheint in der idealistischen Verkehrung nur als sich entäußerndes Denken.

Die ganze Welt scheint also der Ideologie als falschem Bewußtsein wie in einer camera obscura auf dem Kopf zu stehen. Dieses Phänomen beruht nicht auf der Unvollkommenheit des menschlichen Erkenntnisvermögens, sondern es geht notwendig aus dem historischen Lebensprozeß der Menschen hervor.

Die bloß theoretische Kritik des falschen Bewußtseins bleibt selber noch innerhalb der Ideologie befangen. So vermag Feuerbachs Kritik der Religion und des Idealismus, also die Kritik der auch für Marx und Engels wesentlichsten Bestandteile der Ideologie als falsches Bewußtsein, die wirklichen Ursachen dieses verkehrten Bewußtseins nicht aufzudecken. Die Überwindung von Religion und Idealismus beschränkt sich daher bei ihm auf einen bloßen Bewußtseinsakt. Für den »praktischen Materialisten, d. h. *Kommunisten*« handelt es sich dagegen darum, »die bestehende Welt zu revolutionieren, die vorgefundenen Dinge praktisch anzugreifen und zu verändern«<sup>28</sup>. Die marxistische Ideologiekritik schließt also die praktische Kritik, die praktische Umgestaltung der Verhältnisse ein, die notwendig falsches Bewußtsein erzeugen. »Die wirkliche, praktische Auflösung dieser Phrasen, die Beseitigung dieser Vorstellungen aus dem Bewußtsein der Menschen wird, wie schon gesagt, durch veränderte Umstände, nicht durch theoretische Deduktionen bewerkstelligt.«<sup>29</sup>

28 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1208; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 42.

29 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1222; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 40.

## VII

Die Gedankengänge von Marx und Engels wurden bis hierher knapp und keineswegs vollständig skizziert, um einen Ausgangspunkt zu schaffen, von dem aus wir zwei den Marxismus entstellenden Behauptungen entgegentreten können, die in der bürgerlichen und revisionistischen Marx-Kritik weit verbreitet sind.

Die erste »These« lautet, Marx habe die Arbeitsteilung mit dem Privateigentum, mit der Entfremdung identifiziert; seine Forderung nach Aufhebung des Privateigentums impliziere daher die Forderung nach Aufhebung der Arbeitsteilung. Dies aber sei unmöglich,

weil es die Preisgabe der erreichten Produktivität der Arbeit bedeutete. Folglich seien auch die Aufhebung des Privateigentums, die Aufhebung der Entfremdung unmöglich. Wüßte man nicht um die apologetische Absicht, man könnte sich nur über das totale Mißverstehen der Worte von Marx und Engels wundern. Mit dem scheinbaren Paradox, daß einerseits die Arbeitsteilung Bedingung für die Entwicklung einer hohen Arbeitsproduktivität, diese aber Grundvoraussetzung für den Kommunismus ist (»weil ohne sie nur der *Mangel*, [die] Notdurft verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte«)<sup>30</sup>, daß andererseits gerade dieselbe Arbeitsteilung Ursache der Entfremdung ist, die ohne Beseitigung der wirkenden Ursache natürlich nicht aufgehoben werden kann, werden die Hirne der Marx-Kritiker nicht fertig. Die Möglichkeit des Kommunismus, eine hohe Arbeitsproduktivität, also auch einen hohen Grad von gesellschaftlicher Arbeitsteilung zu erreichen, macht, den »tragischen Dialektikern« zufolge, gerade seine Unmöglichkeit aus. Freilich, wenn Arbeitsteilung und Privateigentum in der Weise identifiziert werden, wie der formale Logiker  $A = A$  setzt, dann ergeben sich in der Tat Schwierigkeiten. Marx aber faßt die Identität im hegelschen, d. h. dialektischen Sinne, demzufolge die Identität die Differenz, ja die Gegensätze einschließt.

Verweilen wir kurz bei dem Sachverhalt, wie er von Marx und Engels dargestellt wird:

a) »Wie weit die Produktionskräfte einer Nation entwickelt sind, zeigt am augenscheinlichsten der Grad, bis zu dem die Teilung der Arbeit entwickelt ist. Jede neue Produktivkraft ... hat eine neue Ausbildung der Teilung der Arbeit zur Folge.«<sup>31</sup> Der Gedanke von der untrennbaren Verknüpfung und der wechselseitigen Bedingtheit von Produktivkräften und Arbeitsteilung ist derart oft und derart klar in den Werken von Marx und Engels ausgesprochen worden, daß darüber keinerlei Mißverständnis herrschen kann.

b) Die Entwicklung der Produktivkräfte führt die damit verbundene Arbeitsteilung weit über die naturwüchsige hinaus. Die großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen (Ackerbauer und Viehzüchter, Stadt und Land, materielle und geistige Arbeit) sind mit dem Entstehen neuer Formen von Eigentumsverhältnissen verknüpft. Die Differenzierungen in der Produktion führen zu Differenzierungen in der gesellschaftlichen Struktur. Die neue Arbeitsteilung bedingt eine neue Verteilung der Arbeit, eine neue Form des Eigentums. Mit dem Privateigentum, der Verfügung über fremde Arbeitskraft, entsteht die Klassengesellschaft. Den Produktivkräften, der Arbeitsteilung entsprechen also die Produktionsverhältnisse, die Eigentumsformen.

c) Wird nun bei Marx und Engels von der Identität von Privateigentum und Arbeitsteilung gesprochen, so sind folgende Aspekte zu berücksichtigen: Zunächst kann das Privateigentum in der Tat nicht aufgehoben werden, ohne daß die Verteilung der Arbeit aufgehoben wird, welche die Verfügung über fremde Arbeit impliziert. Die Aufhebung dieser Arbeitsteilung, die unmittelbar mit dem Privateigentum zusammenfällt, kann nur vollzogen werden, wenn die Produktivkräfte eine entsprechend hohe Entwicklungsstufe haben, folglich auch die Arbeitsteilung einen entsprechend hohen Grad erreicht hat.

30 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1216; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 34/35.

31 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 6/7; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 21/22.

Es kann sich also keineswegs um die Arbeitsteilung schlechthin handeln, die aufgehoben werden soll, sondern um eine historisch bestimmte Form derselben. »Daß diese *Notwendigkeit* der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die *bestimmte* Form der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur *ihre Erscheinungsweise* ändern kann, ist self-evident.«<sup>32</sup> Damit wäre schon das scheinbare Paradox aufgelöst und die These von der Unmöglichkeit der Aufhebung der Entfremdung widerlegt.

32 K. Marx: Brief an Kugelmann, in: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 32. Berlin 1965. S. 552/553.

Es ist allerdings weiter zu berücksichtigen, daß die aufzuhebenden Formen der Arbeitsteilung durch die naturwüchsig-spontane Entwicklung der Gesellschaft charakterisiert sind. Die spontane Teilung der Arbeit hatte ja zur Folge, daß sich die individuellen Mächte und Verhältnisse in sachliche verwandelten, welche die Individuen nun selber ausschließlich einer Form der Tätigkeit subsumieren. Die sich daraus ergebende Vereinseitigung und Vereinzelung der Individuen »kann nicht dadurch wieder aufgehoben werden, daß man sich die allgemeine Vorstellung davon aus dem Kopfe schlägt, sondern nur dadurch, daß die Individuen diese sachlichen Mächte wieder unter sich subsumieren und die Teilung der Arbeit aufheben«<sup>33</sup>. Auch hier geht es keineswegs um die Rückkehr zu einem abstrakten Naturwesen, um eine Preisgabe des erreichten Grades der Arbeitsteilung; vielmehr geht es darum, die Arbeitsteilung so zu entwickeln und bewußt zu gestalten, daß die Individuen nicht ihr subsumiert werden, sondern die Arbeitsteilung der ihre Produktion bewußt und freiwillig organisierenden Gesellschaft subsumiert wird. »Dies ist ohne die Gemeinschaft nicht möglich. Erst in der Gemeinschaft [mit Andern hat jedes] Individuum die Mittel, seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich.«<sup>34</sup> Erst in der Gemeinschaft, welche die spontane Arbeitsteilung, das Privateigentum und damit die Vereinzelung und Vereinseitigung der Individuen überwunden hat, erringen diese in und durch ihre Assoziation ihre Freiheit.

33 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. Siehe: vorliegendes Heft, S. 1239; vgl. auch: K. Marx, F. Engels: Werke. Bd. 3, S. 74.

34 Ebenda.

Die Aufhebung des Privateigentums, der »Teilung der Arbeit«, des spontan-naturwüchsigen Charakters wird bei zwei Voraussetzungen möglich: bei der durch eine hohe Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte bedingten Vergesellschaftung der Arbeit und bei der damit verbundenen Entwicklung des Proletariats. Die welthistorisch entscheidende Entdeckung, die Marx und Engels in der »Deutschen Ideologie« fixierten, ist die Erkenntnis, daß die modernen Produktivkräfte immer mehr in Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten, daß das Proletariat die gesellschaftliche Kraft ist, die auf Grund ihrer Lage in der bürgerlichen Gesellschaft, auf Grund ihrer Verbindung mit den ständig fortschreitenden Produktivkräften imstande ist, diesen Widerspruch zu lösen. Diese Erkenntnis fand in der historischen Praxis ihre Bestätigung. Sie ist nicht zu widerlegen.

Die zweite in der Marx-Kritik verbreitete Entstellung besteht in der absoluten Identifizierung von Ideologie und falschem Bewußtsein. Der ideologische Sinn dieser Identifizierung ist einfach; Wenn alle Ideologie falsches Bewußtsein ist, der Sozialismus aber einer eigenen Ideologie bedarf und auch eine solche entwickelt, dann ist

auch diese Ideologie falsches Bewußtsein, Ausdruck dafür, daß auch in der ideellen Sphäre die Entfremdung durch den Kommunismus nicht zu überwinden ist. Dabei taucht die Berufung auf die »Deutsche Ideologie« besonders häufig auf, ist doch die hier gegebene Ideologiekritik eine Kritik des falschen Bewußtseins. Wenn man will, identifizieren Marx und Engels hier Ideologie und falsches Bewußtsein; aber die Ideologie, die sie mit falschem Bewußtsein identifizieren, ist die Ideologie der Klassengesellschaft, sind Religion und Idealismus vor allem. War es schon unmöglich, aus der Identifizierung von Arbeitsteilung und Eigentum die Aufhebung der Arbeitsteilung schlechthin abzuleiten, so kann unter keinen Umständen aus der genannten Identifizierung abgeleitet werden, daß Ideologie immer falsches Bewußtsein sein müsse.

Die Frage, warum die Ideologie als falsches Bewußtsein entsteht, haben Marx und Engels eindeutig beantwortet.<sup>35</sup> In Abschnitt VI wurde versucht, diese Antwort kurz zu reproduzieren. Aus dem Gedankengang ist jedoch auch die Antwort darauf abzulesen, warum überhaupt Ideologie entsteht; zeigt doch schon eine erste Betrachtung des »Zusammenwirkens der Menschen«, daß dieses gesellschaftliche Verhältnis mit Notwendigkeit ganz bestimmte Verhaltensweisen, Sitten und Gebräuche, Moralnormen, Rechtsgrundsätze usw. hervorbringt. Die allgemeinen und die partiellen Interessen, wie sie durch die Produktionsverhältnisse bedingt sind (»die Ideen der herrschenden Klasse sind die herrschenden Ideen«), finden ihren geistigen Ausdruck in der Ideologie. Da wie auch immer geartete Produktionsverhältnisse bestimmte Interessen erzeugen, wird ständig – solange Produktionsverhältnisse bestehen, also die menschliche Gesellschaft existiert – Ideologie produziert.

Ideologie ist freilich nicht gleich Ideologie. Die in der sozialistischen Revolution vollzogene Aufhebung der Verhältnisse, in denen die Ideologie notwendig als falsches Bewußtsein produziert werden mußte, schließt die Aufhebung dieses falschen Bewußtseins ein. Indem der spontan-naturwüchsige Entwicklungsprozeß der Gesellschaft von der bewußten Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse abgelöst wird, tritt an die Stelle des falschen Bewußtseins die sozialistische Ideologie. Diese muß sich selbstverständlich, wenn sie nicht in falsches Bewußtsein abgleiten will, auf die objektive Erkenntnis des realen Lebensprozesses der Gesellschaft stützen. Wenn oben davon gesprochen wurde, daß es der marxistischen Philosophie nicht nur um die objektive Erkenntnis dessen geht, was ist, sondern gleichzeitig um allgemeine gesellschaftliche Zweck- und Zielsetzung, um Sinnggebung, um den geistigen Ausdruck der Interessen der sozialistischen Gesellschaft, so handelte es sich eben darum, die Ideologiefunktion der Philosophie stärker zu akzentuieren.

Hier muß auch die von der Wissenssoziologie ins Spiel gebrachte Alternativstellung von Wissenschaft und Ideologie als Pseudoalternative zurückgewiesen werden. Die Frage: entweder Wissenschaft oder Ideologie, ist falsch gestellt. Es handelt sich doch keineswegs um einen gleichen Bereich, auf den zwei einander ausschließende Aussagen bezogen werden, sondern vielmehr um einander bedingende Bereiche der Produktion des geistigen Lebens der Gesell-

35 Siehe dazu: E. Hahn: Marxismus und Ideologie, in: DZfPh. Heft 10/1964.

schaft. Der ideologische Bereich ist eine Komponente, die theoretischwissenschaftliche Einsicht mit dem praktischen Handeln verknüpft. Die Wissenschaft, als höchste Form der theoretischen Aneignung der Welt durch den Menschen, zielt auf die adäquate Erkenntnis dessen, was ist. Die Industrie, der Ausdruck der praktischen Aneignung, zielt auf die Veränderung des Naturstoffes gemäß den Interessen des Menschen. Die Ideologie, Form der geistig-praktischen Aneignung, zielt darauf, die Interessen der Individuen geistig auszudrücken. Die sozialhistorisch determinierten Interessen, die Motive, Zweck- und Zielsetzungen, Willensentscheidungen, Engagements der Menschen bestimmen, sind entscheidend dafür, welchen Sinn diese ihren Handlungen, ihrem Leben geben. Die Ideologie äußert sich vor allem in den politischen und moralischen Handlungen der Menschen. Daß neben der Politik und der Moral auch die Kunst, die höchste Form der ästhetischen Aneignung der Wirklichkeit durch den Menschen, der Ideologie verbunden ist, kann hier nur angedeutet werden. Im Gegensatz zu Kant, der theoretische und praktische Vernunft, Wissenschaft und moralisches Handeln, Kausalität und Freiheit schroff voneinander trennte, geht es im Marxismus darum, die sinnlich-gegenständlichen, theoretischen, politisch-moralischen und ästhetischen Tätigkeitsformen, also Industrie, Wissenschaft, Politik, Moral und Kunst, als Momente der Totalität des gesellschaftlichen Lebensprozesses zu begreifen.

Die »Deutsche Ideologie« ist – neben den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten« – jenes Werk von Marx und Engels, in dem gerade diese Totalität, die m. E. den wesentlichsten Gegenstand der marxistischen Philosophie ausmacht, im Zentrum der Analyse steht. Die oben versuchte Skizze der Gedanken von Marx und Engels, die mir für den Ausgangspunkt marxistischen Philosophierens von Bedeutung erscheinen, stützt sich deshalb vor allem auf diese beiden Werke. Ist dies gerechtfertigt? Besteht nicht zwischen beiden Werken eine Differenz? Sicher ist die »Deutsche Ideologie«, die »Thesen über Feuerbach« eingeschlossen, ein reiferes Werk; ist doch in ihm nicht nur Feuerbachs Terminologie überwunden, sondern ist auch sein anthropologischer Materialismus Gegenstand prinzipieller Kritik. Trotzdem komme ich bei dem Vergleich beider Werke zu dem Ergebnis, daß ihr Zusammenhang weit bedeutender ist als ihre Differenz. Dies hervorzuheben erscheint mir nicht nur deshalb wichtig, weil das Moment der Differenz oft überbetont wurde, sondern vor allem, weil für die sozialistische weltanschauliche Erziehung und für den Kampf gegen die imperialistische Ideologie der ganze Reichtum der marxistischen Philosophie fruchtbar gemacht werden muß.





## ELKE SCHERSTJANOI

# Erinnerung an die DDR

Die letzte der größeren Institutionen der späten DDR hat sich verabschiedet: die PDS. Doch gibt es noch genug, was an den östlichen Nachkriegs-Sonderweg in Deutschland erinnert: die Naturschutz-Eule und den grünen Pfeil, »Außenseiter-Spitzenreiter« und das ND, zahlreiche Rotarmistengräber und hier und dort mal einen Gedenkstein für Antifaschisten. Auf andere Weise reflektieren die Vergangenheit Mauerreste, Grenzübergangsstellen und zahllose, zu Gedenkstätten umgebaute Gefängnisse. Der Eingeweihte erkennt »WBS 70« und – sehr selten anzutreffen – »B 1000«, den Womacka-Brunnen am Berliner Alex, die Weltzeituhr und das Haus an der Weberwiese. Die »Ostpro« lebt von Hallorenkugeln, »Fit« und »Florena«.

Ossis entsprechenden Alters outen sich mit der ihnen eigenen Zeitrechnung; der Ausdruck »zu DDR-Zeiten« entschlüpft nie einem Wessi-Mund. Aber darf man das so einfach vor sich hindümpeln lassen, dieses Zurückschauen, Vergleichen, Witzeln, Lamentieren?

Nein! Das muß beobachtet, gelenkt, zensiert, in den richtigen Teilen aktiviert, medial aufgewertet, didaktisch begleitet und das Verfahren – weil fraglos richtig bewerkstelligt – muß weiterempfohlen werden. Damit läßt sich richtig Geld machen und verplempern, Deutung monopolisieren, Aufsehen erregen, Karriere aufbauen ...

Freilich, nicht jedem, der besorgt fragt »Wohin treibt die DDR-Erinnerung?«, kann man billig Partei- oder private Interessen unterstellen. Doch die so betitelte Dokumentation (Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2007) zeigt, wer die Erinnerung gern wohin treiben möchte. Sie gibt eine Debatte mit medialem Höhepunkt im Mai/Juni 2006 wieder.

Herausgeber sind die Mitglieder einer Expertenkommission, die im Frühjahr 2005 von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Christina Weiss, eingesetzt wurde und die Aufgabe hatte, ein Konzept für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu erarbeiten. Am 6. Juni 2006 stellte die unter Leitung des Potsdamer Historikers Martin Sabrow wirkende Kommission ihr Arbeitsergebnis, ein Mitte Mai entstandenes Empfehlungspapier, in einer öffentlichen Anhörung in Berlin vor.

### *1. Raum geben*

*»Historische Vergewenwärtigung und die Auseinandersetzung mit den Folgen einer belasteten Vergangenheit bilden einen nie abgeschlossenen Prozeß, der in demokratisch verfaßten Gesellschaften in*

Elke Scherstjanoi –  
Jg. 1956, Historikerin,  
1980-1991 an der AdW  
der DDR, seit 1994 wissen-  
schaftliche Mitarbeiterin  
des Instituts für Zeitge-  
schichte München-Berlin,  
Forschungen zur ostdeut-  
schen Nachkriegsge-  
schichte und zum deutsch-  
sowje-  
tischen Verhältnis.  
Jüngste Publikation:  
»SED-Agrarpolitik unter  
sowjetischer Kontrolle 1949  
bis 1953«, München 2007.

*ständigem Fluß bleibt und kontinuierlicher Erneuerung im gesellschaftlichen Diskurs unterliegt*«, hieß es in den Empfehlungen. Die Kommission konstatierte geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Defizite und formulierte Ziele einer künftigen Ausrichtung von staatlichen Forschungs- und Gedenkvorhaben zum Thema DDR. Diese sollten für *»die öffentliche Auseinandersetzung mit der DDR (ebenso wie mit der NS-Diktatur) unterschiedlichen Gesichtspunkten Raum geben*« und dürften nicht *»auf das Ziel einer einheitlichen oder gar geschlossenen Gesamtaussage verpflichtet werden*«.<sup>1</sup>

Zugleich sei nicht nur dem natürlichen Verblässen der Bilder, sondern auch einer *»drohenden ›Verinselung‹ der DDR-Geschichte im Geschichtsbewusstsein*« entgegenzuwirken,<sup>2</sup> hieß es. Der Umstand, daß die ostdeutsche Vergangenheit – nach Ansicht der Kommission – zwar vergleichsweise gut erforscht und öffentlich behandelt wird, nicht aber in eine nationale Gesamtrückschau eingefaßt ist, befriedigte. In Forschung und politischer Bildung würden überdies, so die Experten, die *»Bindungskräfte*« der SED-Diktatur und damit *»die spannungshafte Wechselbeziehung von Herrschaft und Gesellschaft*« in der DDR nur unzureichend thematisiert.<sup>3</sup> Die Kommission empfahl, Forschung und Erinnerungspolitik künftig auf drei thematische Säulen zu stellen, die Schwerpunktbereiche *»Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand*«, *»Überwachung und Verfolgung*« und *»Teilung und Grenze*«. Damit sollte auch der in der Gedenkstättenlandschaft *»deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegengewirkt werden*«.<sup>4</sup>

Diese Gedanken fanden Zuspruch, stießen aber auch auf heftige Ablehnung und Vorwürfe, nicht zuletzt aus der Fachwelt. Auf eine *»integrierte*«, *»integrative*«, *»integrierende*« oder *»integrale*« gesamtdeutsche Geschichtsschreibung (die Wahl des Adjektivs ist reine Geschmackssache) können sich die Zeithistoriker heute zwar problemlos einigen, vermag doch eine isolierte Betrachtung einzelner Momente den Anforderungen an eine moderne Nationalgeschichte nicht mehr zu genügen. Doch wie der Bewertungsmaßstab aussehen und wo er ansetzen soll, ist strittig. Während die einen auf eine idealtypische – realiter bestenfalls an die Bundesrepublik der frühen siebziger Jahre erinnernde – normative Werteskala der parlamentarischen Demokratie bundesdeutschen Zuschnitts setzen, betonen andere, darunter eben Martin Sabrow, allen Anwürfen zum Trotz, daß eine weitgehend ergebnisoffene Ausrichtung vergleichender und verbindender Fragen an die ost- und die westdeutsche Nachkriegsgeschichte im europäischen Kontext gebraucht würde. *»Wer aus normativer Perspektive das Pendant des bundesdeutschen Rechtsstaats allein als ostdeutschen Unrechtsstaat zu erfassen sucht, versperrt sich den Weg zum Verständnis der Binnenlegitimation der zweiten deutschen Diktatur und für die Handlungsmotive ihrer Träger*«, warnte Sabrow.<sup>5</sup>

Den von der Kommission vorgestellten Ansätzen einer neuen Gedenkpolitik schlug besonders lauter Protest entgegen,<sup>6</sup> zuallererst von dort, wo eine Vergegenwärtigung der Sozialleistungen der DDR als *»immer frecher*« vorgetragene Erinnerung wahrgenommen wird<sup>7</sup>. Martin Sabrow sah sich gezwungen, den Vorwurf der *»Weichspülung*« der DDR-Geschichte abzuwehren. Er wollte sich auch ganz

1 Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes »Aufarbeitung der SED-Diktatur«, in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, hrsg. von Martin Sabrow u. a., Göttingen 2007, S. 18-45, hier S. 21.

2 Ebenda, S. 22.

3 Ebenda, S. 31 f., 34.

4 Ebenda, S. 31.

5 Martin Sabrow: *Historisierung der Zweistaatlichkeit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament (APuZ B) 3/2007 v. 15. Januar 2007*, S. 19-24, hier S. 23.

6 Einen zwischenzeitlichen Überblick über die Positionen der Fachwelt und den Verlauf der Debatte gab Rainer Eckert: *Streit um Erinnerung und Aufarbeitung. Eine Erwiderung*, in: *Deutschland Archiv (39) 2006*, S. 1069-1079; abgedruckt in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*, a. a. O., S. 405-422.

7 Entgegnungen von Hubertus Knabe, Christiane Lauer und Jochen Staadt, zitiert von Werner van Bebber: *CDU vermißt den emotionalen Zugang zur Mauer*, in: *Der Tagesspiegel*

v. 31. Mai 2006.

8 Martin Sabrow: Das letzte Donnern. Erinnerungsland DDR: Zum Streit um die Empfehlung der Expertenkommission, in: Der Tagesspiegel v. 29. Mai 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 288-291, hier S. 290.

9 Ebenda, S. 291.

10 Ebenda.

und gar nicht zum Fürsprecher eines »mehrfach gespaltenen«, gleichwohl »gut organisierten Milieugedächtnisses früherer DDR-Eliten« abstempeln lassen, »in deren geschichtsrevisionistischer Erinnerung die DDR als Normalstaat und die Vereinigung als koloniale Unterwerfung« erscheint.<sup>8</sup> Er erklärte – vermutlich in Abwehr solchen DDR-Elite-Gedächtnisses –, sein (und mehrheitlich der Kommission) Verständnis von Alltag in der DDR beinhalte eben »die DDR-Vergangenheit in ihrer Janusgesichtigkeit zwischen gewollter Modernität und gewordener Monstrosität«.<sup>9</sup> Schließlich meinte Sabrow im Mai 2006 noch, der Protest sei deshalb so laut und voller Mißverständnisse, weil es um die »Deutungshoheit im Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis« gehe, und das Erinnerungsgewitter würde bald abziehen.<sup>10</sup>

Bei dieser Prognose dürfte er sich verrechnet haben, im wahrsten Sinne des Wortes. DDR-Geschichte wird mindestens noch 20 Jahre zum kommunikativen Gedächtnis der Deutschen gehören (vom Übergang zum kulturellen Gedächtnis ist in der Fachwelt mit Bezug auf die NS-Zeit die Rede). Es sei denn, da hätte wirklich einer bald die »Deutungshoheit« ein für allemal erlangt. Die untergegangene DDR-Gesellschaft öffentlich zu thematisieren bleibt schwierig. Nur sind die alten ostdeutschen Eliten heute am Kampf um Deutungshoheit kaum noch beteiligt. Die »Front« verläuft anderswo.

## 2. »Bindungskräfte« und »durchherrschter Alltag«

Die Bindungskräfte im SED-Staat und in der DDR-Gesellschaft thematisieren zu wollen, wird der »Sabrow-Kommission« hauptsächlich zur Last gelegt. Zugleich erfährt sie dafür aus unterschiedlichen politischen Lagern Rückenstärkung. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) beispielsweise antwortete einer voreingenommenen Journalistin auf die Frage, »was kann der zumeist triste Alltag der Menschen in der DDR an Erkenntnissen beschern?«: »Ich glaube, den Alltag in der DDR vertieft zu erforschen, bietet die große Chance, noch nicht ausreichend beantworteten Fragen nachzugehen: Wie funktionierten die Mechanismen der SED? Wie konnte sich die SED über Jahrzehnte halten? Warum und wie haben sich die Menschen mit dem System arrangiert? Warum haben so viele mitgemacht und andere nicht? Wie entwickelte sich die Bürgerrechtsbewegung? Das alltägliche Leben einzubeziehen, heißt ja nicht, nur eine private Idylle zu zeigen. Es geht doch gerade darum, dieses Feld nicht denen zu überlassen, die verharmlosen und – wie nach dem Zusammenbruch jeder Diktatur – nostalgisch an das vermeintlich normale Leben erinnern nach dem Motto: ›Was war denn? Wir haben gelacht und geweint, uns verliebt und gefeiert.«<sup>11</sup> Das wird nicht nur in der Kommission (kleinster?) gemeinsamer Nenner gewesen sein. Ein Großteil der ehemaligen DDR-Elite, nicht nur die regimeoppositionelle, kann ein solches Anliegen mittragen. Und genau dieser geschichtskritische Minimalkonsens dürfte es sein, der andere auf die Barrikaden treibt.

Hubertus Knabe, der Leiter der Hohenschönhausener Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt, wandte ein: »Bislang war man sich in Deutschland einig, daß der Staat in erster Linie für ein angemessenes Opfertedenken zu sorgen hat sowie das Erbe des Wi-

11 Interview Renate Oschlies: DDR-Alltag – das war nicht nur die private Idylle. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) über die umstrittenen Expertenvorschläge zur Aufarbeitung, in: Berliner Zeitung, 26. Mai 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 286-288,

derstands pflegen muß. (...) Niemand kam auf die Idee, die ›Bindungskräfte‹ des Nationalsozialismus in einem eigenen Zentrum zu behandeln.«<sup>12</sup> – Ja, da hat er wohl recht. Aber »bislang« ist keine ausreichende Begründung für die Abwehr eines bildungspolitischen Anliegens. Und außerdem darf gefragt werden: Sollten sich in einem unterschiedlichen Umgang mit NS- und DDR-Vergangenheit denn nicht auch, ganz bewußt so offeriert, die realen, unverkennbaren Unterschiede zwischen »den zwei deutschen Diktaturen« niederschlagen?

Bemerkenswerterweise hatte die Kommission die prinzipielle Frage »Stasiknast oder Gartenzwergidylle« gar nicht gestellt; die wurde von den Kritikern der Kommission medienwirksam in die Debatte geworfen.<sup>13</sup> Der Historiker Stefan Wolle bemerkte zu Recht, eine so gestellte Frage sei falsch gestellt. Herzustellen sei vielmehr der innere Zusammenhang »zwischen der Gartenzwergidylle, die die DDR natürlich auch gewesen ist, und diesem extrem repressiven Unterdrückungsstaat.«<sup>14</sup> Aber das dürfte immer noch zu wenig sein. Gewiß ließen sich eine spießige Lebenswelt von DDR-Bürgern und die Anmaßung und Rücksichtslosigkeit der großen und kleinen Honeckers unter ihnen als augenfällige Negativ-Befunde einer untergegangenen Welt analytisch miteinander verknüpfen und paradigmatisch funktionalisieren. Und in einem Teil der öffentlichen Erinnerungskultur werden solche Verknüpfungen ja auch tatsächlich – genüßlich herablassend – als geistiger Höhepunkt einer Deutung von »Leben in der DDR« gefeiert und mitunter sogar staatlich honoriert. Aber beantworten sich so die Fragen des Herrn Neumann?

Die von Martin Sabrow in diversen Kommentaren formulierten Aufgaben reichen sogar über den in der Kommission erreichten Konsens hinaus und bieten sich gerade deshalb auch für weitergehende Erörterungen des historischen Gegenstandes und des methodischen Instrumentariums an. Während die Kommission in ihrem Plädoyer für mehr DDR-Alltagsgeschichte ganz selbstverständlich von DDR-Vergangenheit als einer – analog zur NS-Zeit – »belasteten Vergangenheit« spricht (siehe Eingangszitat), will der eigenständige Forscher Sabrow: »Historisierung contra Delegitimierung«.<sup>15</sup> Ob damit der Blick so frei sein wird, wie vor Jahren schon der von Bernd Faulenbach, wird sich zeigen. Faulenbach erklärte – unter Bezugnahme auf Helmut Wiesenthal –, es hätte in der DDR »eine Spannung zwischen den Alltagserfahrungen wohl der Mehrheit auf der einen Seite und den Repressionserfahrungen einer Minderheit auf der anderen Seite« gegeben, und (so Wiesenthal) die Kontakte der DDR-Bevölkerung zu den Instanzen des SED-Staates seien »nicht durchweg von Repressionserfahrung und Ohnmachtgefühlen bestimmt« gewesen.<sup>16</sup>

Das macht den eigentlichen Unterschied in den Alltagshypothesen aus, der nicht etwa nur die Kritiker der Kommission von dieser trennt, sondern auch innerhalb der die Empfehlungen mittragenden Expertengruppe besteht. Die einen wollen, wie Neumann, die Aufmerksamkeit von »nostalgischen Erinnerungen« an das Lachen, Weinen, Lieben und Feiern als nur »vermeintlich normalem Leben« weg auf die REPRESSALIEN IM ALLTAG lenken, neben der NISCHE auch immer wieder die MAUER, vor allem aber die WIR-

hier  
S. 287.

12 Hubertus Knabe: Die DDR als Light-Version. Staatlich geförderte Ostalgie: Expertenkommission will die SED-Diktatur weniger grau zeichnen, in: Berliner Morgenpost v. 8. Mai 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 193 f., hier S. 193.

13 Benedict Maria Mülder: Stasiknast oder Gartenzwergidylle? Streit um die Deutung der DDR-Geschichte, in: 3sat Kulturzeit 16. Mai 2006, abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 260-262.

14 Ebenda, S. 261.

15 Martin Sabrow: Historisierung der Zweistaatlichkeit, a. a. O., S. 21.

16 Bernd Faulenbach: Diktaturerfahrung und demokratische Erinnerungskultur in Deutschland, in: Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, hrsg. von Annette Kaminsky,

Leipzig 2004, S. 18-30, hier S. 23.

17 Regine Igel: Das deformierte Ich (Bücherbesprechung), in: Freitag, v. 2. Februar 2007, S. 15.

18 So Martin Sabrow in einem Interview mit Henry Lohmar und Jan Sternberg, Märkische Allgemeine (Hübner), 15. Juni 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 315-319, hier S. 316.

19 Richard Schröder: Auch wir hatten glückliche Tage – Die Wirklichkeit der DDR erfaßt nur, wer auf Grautöne achtet. Es gab ein richtiges Leben im falschen, etwa bei der Revolution 1989, in: Die Zeit, 29. Juni 2006; abgedruckt in: Wohin treibt die DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 339-343, hier S. 341.

20 Michael Schwartz, Hermann Wentker: Kein Konsens über die Konsens-Diktatur. Zur Reaktion Martin Sabrows auf unsere Kritik an seinem DDR-Aufarbeitungskonzept, in: Deutschland Archiv 39 (2006), S. 1080-1086; abgedruckt in: Wohin treibt die

KUNGEN DER MAUER BIS IN DIE NICHE HINEIN untersuchen. Andere wollen den lebensweltlich prall gefüllten Raum ZWISCHEN MAUER UND NICHE, das heißt ZWISCHEN REPRESION UND INDIVIDUELLER VERWEIGERUNG aufspüren. Die einen suchen – in bedenklicher Affinität zu psychoanalytischen Grobrastern – nach dem DDR-Typischen im »ZUSAMMENHANG VON SEELE UND POLITIK« und postulieren, »ein zentrales Kennzeichen des Lebens in der DDR« sei es gewesen, »im Spannungsbereich zwischen offiziellem und inoffiziellem Leben den eigenen Ort auszutasten« und sich ständig zu fragen: »Wie viel Anpassung ist nötig, wie viel Widerstand ist möglich?«<sup>17</sup> Andere sehen ein spannungs- und bewegungsreiches Kräftefeld sehr verschiedener Akteure, das mehrerer Konsense bedurfte – hergestellt nicht nur im Ergebnis ideologischer »Übermächtigung« und physischer Gewalt, sondern infolge partieller Interessenidentität, ein Feld, das Räume bot, nicht nur Nischen als Rückzugsräume, sondern Räume für mehr oder weniger eigenständiges Entscheiden und Handeln der Akteure. Ob sich der »Beherrschte« darin wirklich ständig fragen mußte, passe ich mich an oder leiste ich Widerstand, das wäre noch zu ermitteln. Inwieweit sich »in der Schule, im Betrieb, im HO-Laden, auch in der berühmten Nische (...) für jeden Einzelnen jeden Tag neu (entschied), ob er Anweisungen folgte oder widerstrebte, ob er sich begeistern ließ und andere zu begeistern suchte, ob er sich mißmutig anpaßte, widerwillig einrichtete oder vielleicht Zumutungen eigensinnig unterließ«,<sup>18</sup> sollte doch zunächst umfassend untersucht und nicht von Fällen der Traumatisierung her pauschal diagnostiziert werden. Eine wichtige Erfahrung der NS-Forschung besagt, daß Ohnmacht und Unmündigkeit gar nicht reflektiert werden müssen, solange einfache soziale Übereinkommen funktionieren. Herrschaft als ein systemprägendes soziales Arrangement zwischen den jeweiligen Machthabern und der Gesellschaft spielte sich im Europa des 20. Jahrhundert vor allem in den Sphären Arbeit/Erwerb und Politik/Kommunikation ab. Wer solche sozialen Übereinkommen als »Lebenslüge« bezeichnen will und dann für die DDR vielleicht auch noch gnädig einen »ungeheuer(en) Konformitätsdruck« einräumt, da »fordauernd und von jedem das Bekenntnis zum System eingefordert (wurde), vom Kindergarten bis zur Arbeitsstelle, im Schulaufsatz wie in der Brigade, bei Demonstrationen wie bei Wahlen«,<sup>19</sup> macht es sich zu einfach. Er kennt weder ehrlich Beteiligte noch unpolitische Mitläufer, sondern nur Duckmäuser.

Das Argument von Hermann Wentker und Michael Schwartz, wonach die von der Sabrow-Kommission angeblich einseitig thematisierten Bindungskräfte zwischen SED-Regime und DDR-Bevölkerung ja eigentlich nur eine Forschungshypothese sind und noch keine belegte Erkenntnis und daher auch nicht in Gedenkpolitik eingehen dürfen,<sup>20</sup> überzeugt nicht. Selbst wenn »nur« eine Hypothese formuliert wäre, warum sollte demokratisch legitimierte Erinnerungspolitik nicht offensiv damit umgehen, Erinnerungs- und Kommunikationsräume nicht zulassen, begleitende Forschung nicht finanzieren helfen? Denn gerade Fragen nach Herrschaftsverhältnissen sind doch erst im Dialog der Wissenschaft mit den Zeitzeugen in ihrer ganzen Vielfalt aufzuspüren, bevor sie wissenschaftlicher Analyse

zugeführt werden können. Solche Bindungskräfte mögen für manchen nur als Hypothese annehmbar sein, doch die Behauptung, daß für den »durchherrschten Alltag (...) Ost-West-Spaltung und Mauer wichtigere (!) ›Bindungskräfte‹ darstellten als die DDR-Sozialpolitik«,<sup>21</sup> ist dann erst recht hypothetisch.

Apropos »durchherrscht«. Im Wettstreit um griffige Vokabeln, mit denen sich Forschungsprogramme drapieren lassen, haben sich Gegner wie Befürworter der »Empfehlungen« begrifflich auf den »durchherrschten Alltag der DDR« festgelegt. Neuerdings versucht man auch, ihn in einer Art *Parallelperspektive* zum (nicht durchherrschten?) bundesdeutschen Alltag zu betrachten, ihn mit diesem *verflochten* – freilich »*asymmetrisch verflochten*«, was immer das heißen mag<sup>22</sup> – zu begreifen. Will sagen: DDR-Geschichte sollte nicht bloß neben die bundesdeutsche Geschichte gestellt, sondern in beiderseitiger historischer Beeinflussung und vor dem Hintergrund säkularer Trends gedeutet werden.

»Durchherrscht« setzt voraus, es gibt das Verb »durchherrschen«. Doch weist der DUDEN nur »herrschen« mit den Vorsilben »be« und »vor« aus. Die neue Wortschöpfung ist sinnfälliger Ausdruck verbreiteter Hilflosigkeit, die schon »Durchherrschung« hervorbrachte. Künftig wird wohl auch von Durch-Herrschern die Rede sein ... Was ist denn gemeint? Daß die Herrschaftsverhältnisse in der DDR alle gesellschaftlichen Bereiche mehr oder minder stark beeinflussten, auch Verhaltensweisen im Privaten und Familiären. Doch in diesem Sinne ist jede moderne Gesellschaft »durchherrscht«, hierin muß man den Sabrow-Kritikern schon recht geben. Freilich läßt sich das nicht als Argument gegen die Alltagsforschung benutzen, und schon gar nicht lassen sich »Weichspül«-Absichten unterstellen. Einige Liebhaber des Wortes tun ja im Gegenteil sogar so, als könnten sie mit einem lautmalersich »starken« Wort die, wie es heißt, angestrebte Totalität der Herrschaft deutlich machen. Andere gebrauchen »durchherrscht« gerade im Sinne von »nicht völlig beherrscht«. Einige meinen, mit »durchherrscht« ließe sich ausdrücken, daß diese Herrschaft nach und nach aufgebaut wurde. So soll ein sprachliches Konstrukt als Zugang zum unterschiedlich fokussierten Forschungsgegenstand dienen. Tatsächlich aber kommt hier nur terminologische Unschärfe zum Ausdruck. Max Weber hinterließ weder eindeutige noch schlüssige Definitionen von »Macht« und »Herrschaft«, doch er kam mit diesen Worten bei seinen allgemeinen Betrachtungen in einer Weise aus, wie es in der konkreten Beschreibung des SED-Regimes heute durchaus beispielgebend sein könnte.

»Wem zum Alltag nur ›Durchherrschung‹ einfällt, der hat von der Struktur der DDR-Gesellschaft noch wenig verstanden; er sieht nur die Institutionen, nicht das Verhalten, das sie unterlief und aushöhlte«, schreibt Klaus Wolfram, der den Zugang zu widerständischem Verhalten vermißt.<sup>23</sup> »Durchherrschung« läßt aber noch mehr vermissen, sogar im Bereich von Institutionen. Beispielsweise »Entherrschung«, um noch bei dem Ausdruck zu bleiben. »Entherrschung« als von den Machthabern gewollter Rückzug aus zuvor herrschaftlich stärker durchdrungenen oder sogar in ihrem Fortbestand bedrohten Bereichen. Rückzug im Interesse von Machterhalt, als Ergebnis von Herrschaftserfahrung, als Ausdruck von Einsicht in

DDR-Erinnerung, a. a. O., S. 422-427, hier S. 426.

21 Ebenda, S. 427.

22 In der auf Christoph Kleßmann zurückgeführten »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« tut sich ein weiterer Raum für Sprechblasen auf. Die Politikwissenschaft kennt asymmetrisch-interdependente Aktionszusammenhänge ungleichgewichtig kooperierender Akteure, etwa in der Zusammenarbeit einer Großmacht mit einem Partner, der weniger Gewicht im Bündnis hat. Wenn das auf die DDR und die BRD Anwendung finden soll, muß geklärt werden, auf welchen Aktionszusammenhang sich denn hier »Gewicht« bezieht. Hatte der eine Teil etwa per se (wegen seiner Größe?) mehr Gewicht in der Nationalgeschichte? Begründet eine im Vergleich stärkere Volkswirtschaft mehr Gewicht in zweiseitigen Beziehungen, wenn die Abhängigkeiten der beiden Partner von Dritten und Vierten eher entscheidend sind?

23 Klaus Wolfram: Drei Defizite im Fortgang der Aufarbeitung, internet-version, [www.havemann-gesellschaft.de/info233.htm](http://www.havemann-gesellschaft.de/info233.htm)-10k, Januar 2007.

die Notwendigkeit, etwas mehr Freiraum für Selbstverwirklichung gewähren zu müssen, den Beherrschten nicht nur als »Zuckerbrot« gereicht, sondern in Reaktivierung eines kümmerlich zwar, aber immerhin vorhandenen emanzipatorischen Restanliegens bei den Machthabern. Nehmen wir nur die Kirchenpolitik: »Kirche im Sozialismus« – undenkbar in den 50er Jahren! Am Ende sollen die privaten Freiräume in der DDR ja größer gewesen sein als zu Beginn ...

Nein, mit »durchherrschtem Alltag« wird wahrlich kein Weg zum Verständnis des DDR-Alltags vor dem Hintergrund gesamtdeutscher Geschichte geebnet.

### 3. *Erinnern und vergleichen*

Michael Schwartz und Hermann Wentker erklärten, auf DDR-Vergangenheit bezogen, der Vergleich sei »eine legitime Methode der Forschung, aber kein sinnvoller Ansatz der Erinnerungspolitik.« Es drehe sich »um die entscheidende Frage, ob eine internationale Vergleichsperspektive – jenseits ihrer wissenschaftlichen Anwendung – im Zentrum öffentlicher Erinnerung an die SED-Diktatur stehen soll. Während die Wissenschaft alle Optionen nutzen kann und soll, muß es bei öffentlichem Gedenken primär um die Würde der Opfer der SED-Diktatur gehen.«<sup>24</sup>

Die Fragen nach dem Sinn von Vergleichen in der aktuellen Erinnerungspolitik und nach dem Zweck von öffentlichem Gedenken sind keine identischen Fragen. Indes, von Schwartz und Wentker so in eine Argumentation eingebunden, lassen sie den Eindruck entstehen, die beiden sähen bei Anwendung vergleichender Fragestellungen in der Erinnerungspolitik die Würdigung von Opfern der Diktatur und von widerständischer Leistung in der DDR gefährdet. Es besteht kein Anlaß, hier erneut auf Klärung der Begriffe »Vergleichen« und »Gleichsetzen« zu drängen, denn die Verfasser der zitierten Textstelle kennen den Unterschied. Vergleichen meint bei ihnen tatsächlich vergleichen. Umso seltsamer nimmt sich das Argument aus, eine vergleichende Perspektive, gar eine *internationale* (keine deutsch-deutsche!), würde dem Ansehen der Opfer der DDR-Diktatur nicht gerecht werden. Die Weigerung, vergleichende Betrachtungen auch in einer – in diesem Fall auf die DDR-Geschichte bezogenen – öffentlichen Erinnerung gelten zu lassen, korrespondiert mit dem Vorwurf der Verharmlosung der DDR-Geschichte durch Alltagsgeschichte.

Zunächst erhebt sich doch die Frage, was unter *Erinnerungspolitik* verstanden wird. In der zitierten Gedankenführung steht sie synonym für *Politik im Interesse öffentlichen Gedenkens*. Es spricht aber einiges dafür, *Erinnern* und *Gedenken* voneinander zu trennen. *Erinnerungspolitik* als Politik, die öffentliche Rückbesinnung in politisch relevante Fragenzusammenhänge bringt und die Kommunikation entsprechend fördert, bis in den privaten Bereich hinein, muß tatsächlich ganz entschieden berücksichtigen, daß ihr Ziel nicht in einer einheitlichen oder gar geschlossenen Gesamtaussage bestehen kann (siehe Eingangszitat). Ihr oberstes Anliegen muß es – heute und bezüglich der DDR-Vergangenheit – sein, die »Spaltung des deutschen Vergangenheitsdiskurses in ein öffentliches Diktaturgedächtnis und ein privates Lebensgedächtnis« zu verhindern.<sup>25</sup> Im öf-

24 Michael Schwartz, Hermann Wentker: Kein Konsens, in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*, a. a. O., S. 422-427, hier S. 425.

25 Heinz Niemann: *Wer jagt den rosaroten Panther? Der Historiker-Streit um die DDR: Differenzierung, Trivialisierung oder Dämonisierung*, in: *Neues Deutschland* v. 4. November 2006, abgedruckt in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*,



fentlichen *Gedenken* als politisch gelenkter, von Verantwortung getragener, öffentlicher *Würdigung* von Vergangenem indes, welche bestimmte Werte in der Gesellschaft festigt und Maßstäbe für heutiges Handeln setzt, wird sich politischer Wille stärker artikulieren. Erinnerungspolitik beeinflusst über Würdigungs- und Gedenkvorhaben hinaus auch Bildungspolitik, ermuntert Wissenschaft und Kunst zum Dialog. In beidem, Erinnern und Gedenken, sind Vergleiche zuzulassen, ja zu suchen. Erinnerung vergleicht, Erinnerungswissenschaft vergleicht, warum sollte Erinnerungspolitik Vergleiche abschließen?

a) ERINNERUNG vergleicht. Sie tut dies per se, weil sie als geistiger Vorgang der Selbstvergewisserung und des Zeugnisablegens auf einen Vorrat an Begriffen, Sinngebungen und Wertungen zugreift, der dem Sozium Mensch nun einmal infolge verschiedener Denkleistungen, darunter Vergleiche, zur Verfügung steht. Oral History, der es ja primär um *Erfahrung* und erst in deren Kontext um *Ereignisse* geht, weiß das zu berücksichtigen und zu nutzen. Vergleiche machen einen Großteil unserer verbalen und bildhaften Kommunikation aus.

Wer beobachten will, wie stark die DDR in einer Vergleichsperspektive erinnert wird, braucht nicht lange zu suchen. Nicht nur die Medien, die Lehrprogramme und die politische Bildung bieten Vergleiche. Durch diese angeregt und ermuntert, suchen auch die familieninterne Überlieferung, der private Rückblick im Freundeskreis und die ganz individuelle Erinnerung stets Analogien und Unterschiede: Zwischen der alten DDR- und der neuen gesamtdeutschen Erlebniswelt, zwischen der DDR-Erfahrung und der in anderen vormaligen Ostblockländern, schließlich zunehmend und erfreulicherweise auch mit ganz weitem Blick über den europäischen Tellerrand hinaus zwischen verschiedenen modernen Gesellschaften. Nur so kann vergangenes Leben bewertet werden. Hinzu kommt, daß Erinnerung an die DDR seit deren Zusammenbruch auch die Erinnerung an DDR-Umgang mit Vergangenheit einschließt, quasi »Erinnerung an Erinnerung«. Mit ihrer Studie zur Sicht der Deutschen auf ihre NS-Vergangenheit haben die Autoren des Buches »Opa war kein Nazi«<sup>26</sup> vorgeführt, daß auch diese zweistufige Erinnerung an historisch lange Abgeschlossenes politisch brisant sein könnte, zumindest aber für aktuelle Kommunikations- und Identifikationsbedürfnisse im wiedervereinigten Deutschland bedeutsam ist. Erinnerung der Vergleichsperspektive zu berauben ist also schlicht unsinnig.

b) ERINNERUNGS(ERFAHRUNGS)WISSENSCHAFT vergleicht daher nicht nur, weil sie als Wissenschaft – um mit Schwartz und Wentker zu sprechen – »alle Optionen nutzen kann und soll«. Aufgabe der Erinnerungswissenschaft ist es, Faktoren und Komponenten des Erinnerns in ihrem Bedeutungswandel zu untersuchen. Sie findet – u. a. über Vergleiche – heraus, wie Milieus und Familienbande, Bildung, Beruf und Alter die Rückschau bestimmen, wie Erinnerung und Erfahrung korrespondieren. Dabei ist diese Forschung gewissermaßen von ihrem Gegenstand her auch dazu verpflichtet, unterschiedliches Erinnern nicht zuletzt als *unterschiedlich vergleichendes Erinnern* zu untersuchen. In bezug auf die Erinnerung an die DDR wird das heute noch zu wenig getan. Die Autoren

a. a. O., S. 363-367, hier S. 366.

26 Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: Opa war kein Nazi. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2002.

von »Opa war kein Nazi«, beispielsweise, haben diesen Aspekt in ihrer Studie vernachlässigt. So genügt es eben nicht festzustellen, daß sich ostdeutsche Erinnerung an die DDR sehr viel häufiger des Vergleichs zur NS-Diktatur bedient, als es westdeutsche Bemerkungen zur untergegangenen DDR tun. (Obendrein schließt die Studie in unzulässiger Weise von wenigen Interviews auf »die ostdeutsche Erinnerung« und geht der Frage aus dem Weg, wie es sich auswirken werden.) Den Ursachen solchen Vergleichens muß wissenschaftlich nachgegangen werden. Dafür bieten sich unter anderem Paralleluntersuchungen über Rückblicke in anderen Ländern und Kulturen an. Etwa Studien zur Erinnerung im heutigen Ungarn oder in Kroatien, wo die Konstellationen ähnlich sind, d. h. wo die Vergleichbarkeit nicht etwa durch (vermutlich) überwiegend positive, patriotische Erinnerungen an die Zeit vor dem Realsozialismus gemindert ist.

c) ERINNERUNGSPOLITIK muß all dem Rechnung tragen. Sie würde sich notwendiger Vermittlungs- und Einflußmöglichkeiten berauben, wenn sie Vergleiche nicht zuließe, Deutungen nahelegen würde, ohne auf die Vergleichbarkeit einzugehen. Unlängst hat die Politik die große Perspektive sogar zu einem neuen, wichtigen Gesichtspunkt erklärt, der die internationale Kommunikation erleichtern und Ängste im Ausland abbauen sollte: nämlich bei der Ausstellung »Erzwungene Wege« zur Geschichte von Vertreibungen. Namhafte Wissenschaftler haben das Anliegen unterstützt, und vermutlich wird die Ausstellung nun den Grundstock einer künftigen Forschungseinrichtung in Berlin bilden.

Gewiß, *wie* die von Politik protegierten Vergleiche ausfallen, ist eine andere Frage, und man könnte gerade die genannte Ausstellung als Beispiel dafür anführen, daß öffentlich, also politisch »gedelte« Parallelen auch bildungspolitisch kontraproduktiv sein können. Sollten Schwartz und Wentker dies im Auge gehabt haben? Kaum, denn sonst würde ihre Forderung nach mehr Opfergedenken nicht so energisch sein. Die Gefahr fehlgeleiteter Rückbesinnung besteht aber gerade beim Thema Opfer und Gewalt!

Wer heute noch mehr Würdigung für die Opfer der SED-Diktatur wünscht, scheint sich der Tatsache (und der DDR-Erfahrung) nicht bewußt zu sein, daß eine ununterbrochen auf Schrecken und Betroffenheit setzende Gedenkstättenpädagogik letzten Endes viel Überdruß erzeugt. Unter Schülern und Studenten der Bundesrepublik deutet er sich heute bereits an. Die Erziehungs- und Konfliktforschung hat das erkannt, und in einigen Gedenkstätten beginnt man, dies konzeptionell umzusetzen.<sup>27</sup> Dagegen meinen einige Streiter für mehr *Opfergedenken*, die notwendige Schlußfolgerung aus zu wenig Interesse für das »SED-Unrechtsregime« seien mehr Gedenkort und kostspieligere Inszenierungen bis hin zu zweifelhaften (weil nicht hinlänglich verifizierten) Rekonstruktionen von Stätten des Grauens.

Niemand kann ernsthaft behaupten, der Opfer der SED-Diktatur würde in der Bundesrepublik und insbesondere in den neuen Bundesländern nicht umfänglich und vielfältig gedacht. Und es ist absurd, in jedem Wunsch nach mehr Differenziertheit in den Bildern und Texten sowie nach vergleichenden Sichtweisen sofort die Ten-

27 Das wurde kürzlich auf einer Internationalen Begegnung zur Zeitgeschichte (Berlin-Brandenburgisches Forum zur zeitgeschichtlichen Bildung), veranstaltet von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, deutlich. Hier überzeugte insbesondere der Vortrag »Gewaltbelastete Geschichte – Herausforderung für die Gegenwart« von Jörg Lüer, Generalsekretär der Deutschen Kommission Justitia

denz zur Schönfärberei, gar eine wachsende Tendenz, zu sehen. Damit sind wir vollends bei den politischen Fragen unserer Zeit. Sie stellen sich für Wissenschaftler, die sich der DDR-Opposition und den Bürgerbewegungen zurechneten, offensichtlich auch unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz ihrer Widerstandsleistung. Sie müssen sich allen Wissenschaftlern aber ebenso unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit ihres beruflichen Engagements stellen. Die Argumentation von Schwartz und Wentker läuft darauf hinaus, wissenschaftliche Erkenntnisse zuzulassen, sie aber – aus irgendwelchen moralischen Bedenken heraus – nicht oder nur begrenzt öffentlichkeitswirksam zu machen.

Aber es darf keine politisch motivierten Tabus für Erinnerung und keine für demokratische Erinnerungspolitik geben. Gerade falsche (verkürzte, einseitige, geschönte, verzerrte) Erinnerung braucht doch die Konfrontation nicht so sehr mit der akademischen Weisheit, als mit der *anderen* Erfahrung. Das muß man als Historiker aushalten können. Die letzten Jahre zeigten außerdem: Die Gefahr der Verarmung bei der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur ist in erinnerungsorientierten Begegnungen von Nichtprofessionellen nicht größer als die Gefahr politisch motivierter Überzeichnung unter den Professionellen. Trivial kann es hier wie dort zugehen.

#### 4. Öffentliches Erinnern und Gedenken

In letzter Zeit ist viel von dauerhaftem öffentlichem Erinnern die Rede. Manchen ist das nur in Form von Mahnmalen vorstellbar. Die Expertenkommission mußte sich auch dazu äußern und erklärte, es fehle an »*einem Ort in der Hauptstadt, der die Machtmechanismen der SED-Diktatur und die (wechselseitige) Durchdringung von Herrschaft, Gesellschaft und Widerstand in der kommunistischen Diktatur darzustellen vermag*«. <sup>28</sup> Stärker sollten die alltäglichen Erfahrungen und Zusammenhänge thematisiert werden. Wie sollte ein solcher Ort beschaffen sein, welche Stimmung sollte er ausstrahlen?

»*Fehlendes Wissen und Privatisierung der Erinnerung können nur durch eine systematische Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Vergangenheit – auch im Kontext der westdeutschen Parallelgeschichte – überwunden bzw. ergänzt werden*«, schrieb Hans-Jürgen Misselwitz bereits 2002. »*Generell bedarf es dazu eines Klimas der Respektierung unterschiedlicher Erfahrungen wie unterschiedlicher politischer Kontexte – eine Grundvoraussetzung, die gerade demokratische politische Bildung in der Praxis auszeichnet. Im Unterschied zur juristischen Aufarbeitung, politischen Auseinandersetzung und öffentlichen Wertung moralisch-politischen Versagens bietet politische Bildung die Möglichkeit, im Respekt vor den und mit Einfühlungsvermögen in die geschichtlichen Umstände Einsichten zu liefern, die Betroffene und Nichtbetroffene teilen und so zum Bestandteil der kollektiven Erinnerung, zu Aspekten einer gemeinsamen Geschichte machen können.*« <sup>29</sup>

Gedenkpolitik muß in eine solche politische Bildung eingebunden sein. Gedenken heißt dann zum einen POSITIVES WÜRDIGEN, heißt BESTIMMTE HALTUNGEN UND HANDLUNGEN ALS VORBILDICHE HERAUSSTELLEN. Diktatur-Erfahrung auf Opfer-Erfahrung reduziert, ist dazu nur bedingt brauchbar, denn

et Pax, Berlin, am 24. November 2006.

<sup>28</sup> Empfehlungen der Expertenkommission, in: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung*, a. a. O., S. 33.

<sup>29</sup> Hans-Jürgen Misselwitz: *Aufbau Ost*, zweite Hälfte – Eine neue Agenda für die politische Bildung, in: APuZ B 45/2002

(Internetversion).

Herausforderungen wie im »Stasiknast« oder auf einem verminten Grenzstreifen dürfen die meisten jungen Leute heute zu Recht für sich ausschließen. Zugleich bedarf das notwendige Opfergedenken keiner Moralkeulen, die man bald nur noch routinemäßig schwenken würde. Opfergedenken heißt TRAUERN, heißt SCHULD ERKENNEN, heißt STÄNDIG AUFS NEUE NACH BEZÜGEN ZUR GEGENWART FRAGEN. Dafür soll es verschieden erlebbare Gedenkorte geben. Mit einer darüber hinausgehenden Erinnerungskultur wird der Würde der Opfer kein Abbruch getan.

Unstrittig ist, daß öffentliches Gedenken mehr als die Errichtung von Gedenkstätten und die Markierung von »Gedenkorten« sein kann und muß. Künstlerisch-Ästhetisches bleibt mehr oder minder weit verhandelbar, nicht so der Zweck einer Gedenkstätte oder eines Erinnerungsortes. Die Forderung nach *Mahnmalen* korrespondiert mit der oben zitierten Vorstellung, Erinnerung und öffentliches Gedächtnis hätten ausschließlich den Opfern von Gewalt und dem aktiven Widerstand zu gelten. Dabei haben Menschen in Deutschland, in West- wie Ostdeutschland, dringend auch andere Erfahrungen zu bewahren und sie an die nächsten Generationen weiterzugeben, so die im Kennenlernen anderer Kulturen, die im Aushandeln von »Generationenverträgen«, die im zivilen Ungehorsam (was nicht identisch sein muß mit Opfererfahrung), die in öffentlicher Katastrophenbewältigung, die mit einer belasteten Umwelt ... Diese und andere Erfahrungen sollten als zumeist hart erarbeitete Erfahrung vermittelt werden. Und warum könnten nicht weitgehend unpolitische Lebensleistungen in der DDR als Leistungen in Lohnarbeit, selbständigem Gewerbe und Familie eine Würdigung erfahren? Die ostdeutschen Leistungen in Kunst und Architektur, Wissenschaft, Technikentwicklung und Medizin finden doch auch zunehmend wieder (!) Beachtung, selbst wenn das einigen Leuten nostalgisch vorkommt und gegen den Strich geht.

Es böte sich an, eine der zahllosen ostdeutschen Industrie-Ruinen als ein MUSEUM DER DDR-ARBEITSWELT einzurichten. Neben der Darstellung von Arbeitswegen, Berufsbekleidung und Technik, Arbeitsinhalten und -produkten (so wie sie beispielsweise das Museum der Arbeit in Hamburg ausstellt) würde ein solches Museum den DDR-Spezifika sozialer Beziehungen gerecht werden müssen und sowohl »Bindungskräfte« als auch Formen der Benachteiligung, Ausgrenzung und Repression zeigen.

In nachgestellten überalterten und in hochmodernen Hallen könnte man stupide wie auch interessante Arbeitsplätze zeigen, in Kabinetten der Partei- und der Gewerkschaftsleitung die Wettbewerbstafeln, Brigadetagebücher und Betriebszeitungen ausstellen. Planungsprozesse und Prämiensysteme wären verständlich zu machen, zugleich Folgen von Planverzug und Planbetrug. Man erführe etwas von Patenschaftsverträgen mit Schulklassen und vom »Tag in der sozialistischen Produktion«. Ein Raum wäre den Betriebsberufsschulen gewidmet, ein anderer der Frauenarbeit in meist Niedriglohn-Tätigkeit, wo aber auch auf branchenspezifische (für die Bundesrepublik untypische) Berufsausbildung und auf zunehmend mehr Frauen in mittlerer Verantwortung in Produktion und Verwaltung hinzuweisen wäre. Hier würden interne Lohnkämpfe und Privilegien der »Lei-

tungskader« thematisiert werden. Von in die Produktion verbannten, strafversetzten Studenten wäre zu berichten, genau wie von den im Kollektiv zu erziehenden Vorbestraften, von Ernteeinsätzen und von stereotypen Demonstrationen am 1. Mai, denen sich immer mehr Menschen entzogen. Weitere Themen wären Betriebskindergärten und Betriebspolikliniken, Umweltschäden und teils fahrlässiger Arbeitsschutz, Kampfgruppen und Zivilschutz, Arbeiterfestspiele, »Solispenden« ... nicht nostalgisch verklärt dargeboten, sondern mit der gebotenen Kritik an Illusionen, ideologischer Überfrachtung, Routine und Machtmißbrauch. Wer kann sich heute schon vorstellen, wie unterschiedlich die Begegnungen mit sowjetischen Bestarbeitern in den 50er und in den 70er Jahren verliefen, wer weiß schon, was die »Schwedter Initiative« war! Muß ein Zeitgenosse *das* von der DDR wissen? Er sollte es erfahren können. Und er muß es wissen dürfen!

*Schluß: Erinnerungspolitische Verantwortung*

Die Expertenkommission hat der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur einen zentralen Platz bei der erinnerungspolitischen Neukonturierung eingeräumt. Doch stellt sich die Frage, ob die Konzipierung und Errichtung eines Erinnerungsortes im eben skizzierten Sinne von der Stiftung Aufarbeitung geleistet werden kann, ob sie derlei überhaupt will. Die in der Stiftung bestehenden Vorstellungen von Gedenken, dargelegt etwa im Dokumentationsprojekt »Erinnerungsorte an die kommunistischen Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts« (datiert 12. 2. 2006), sind dermaßen auf Stätten der Verfolgung und des Völkermords in sogenannten kommunistischen Regimes, auf authentische Stätten des Leidens und des Widerstandes konzentriert, daß selbst das von der Expertenkommission vorgeschlagene Konzept »Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand« nur wenig Anknüpfungspunkte findet. Die Stiftung meint, der »Topographie der Erinnerung« – auch in den jeweils nationalen und regionalen Erinnerungsdiskursen – mit Orten des Gedenkens an politische Repression und Verfolgung, an Opfer und Widerstand sowie »an die Überwindung der kommunistischen totalitären Systeme durch die Revolutionen 1989/1991« genügen zu können. Zwar gibt es hier auch erfreulich differenzierende Ansichten, wie die von Bernd Faulenbach, doch dem entsprechen die Gedenkkonzepte der Stiftung nicht. Daß die Expertenkommission und einige namhafte Befürworter ihrer Pläne die Stiftung als institutionellen Träger eines »Forums Aufarbeitung« empfahlen, wird wohl als Ausdruck eines internen Kräfteverhältnisses gewertet werden müssen, bei dem als »Erinnerung an die DDR« auch künftig vor allem Opfer- und Widerstandserfahrung gelten wird. Die geplanten »zentralen Lern- und Erinnerungsorte zur alltäglichen Diktaturerfahrung«<sup>30</sup> werden Erfahrungen ausschließlich als Erfahrungen der Opfer der Diktatur und darüber hinaus kaum Erinnerungs- und Gedenkwürdiges vermitteln.

Ein Jahr ist seit der heftigen Debatte ins Land gegangen. Erneut sieht es so aus, als strebten in der Vergangenheitsaufarbeitung engagierte Volksvertreter endlich politische Entscheidungen an. Doch was die inhaltlichen Fragen anbelangt, besteht kein Grund zu weniger Skepsis.

30 Siehe u. a. Mitteldeutsche Zeitung v. 6. Juni 2006; Sächsische Zeitung v. 7. Juni 2006; Süddeutsche Zeitung v. 8. Juni 2006.

## TILMANN VOGT

## »... gehen wir zu ihr!«

## Der Niedergang der DDR im Lichte des Staatskapitalismustheorems von Friedrich Pollock

Die DDR ist Geschichte. Eine langlebige allerdings. So reicht doch ihr Vermächtnis an Problemen, (heute eher unterbelichteten) Bereicherungen, Prägungen und Traditionen sozialer, ökonomischer und kultureller Art in die heutige Zeit hinein. Gerade bei der Behandlung der Probleme in den neuen Bundesländern nach der Wende ist man daher angehalten, sich des Erbes der DDR zu vergewissern, um dadurch einen besseren Einblick in die Schwierigkeiten des »Aufbau Ost« zu erlangen.

Die Deutungshoheit über die Verfasstheit des Staates, dessen Namen man in der alten Bundesrepublik nur in Anführungszeichen zu schreiben pflegte, ist weiterhin ideologisch umkämpft. So sind nicht wenige Analysen des Gesellschaftssystems der DDR mit Selbstgerechtigkeit und Häme über den Niedergang des Oststaates durchtränkt.

Bei einem solchen Grad der Politisierung wird die Frage, warum die DDR scheiterte, eher vernebelt als erhellt.

Klaus Steinitz sieht die schnelle Abfertigung der DDR vor allem durch einen radikalen Verlust des Vertrauens der Menschen in die politische Führung begründet, wobei er dieses vorzugsweise auf deren fehlende Reformfähigkeit zurückführt. Weiter gefasst wäre allerdings zu fragen, warum in der Wendeperiode in so kurzer Zeit eine dermaßen fulminante Entsolidarisierung der Bürger mit dem Staat stattfinden konnte, der mit seinen Institutionen immerhin gut vierzig Jahre bestand und in dem ein Hauptteil der Bevölkerung aufgewachsen war und sozialisiert wurde.

Das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik legt eine Rekapitulation ihrer wirtschaftlichen Verfasstheit nahe, wobei es zu sondieren gilt, welche Faktoren in dieser angelegt waren, die den Staat dann später zu Grunde richteten.

Bei der ökonomischen Analyse wird dazu häufig auf die im Vergleich zur BRD mindere Produktivität gepocht, prinzipiell scheint es *en vogue* zu sein, die DDR und die Bundesrepublik in Chiffrenblöcken gegeneinander konkurrieren zu lassen, dann flugs die ständige Unterlegenheit des Oststaates zu konstatieren, um schlussendlich munter zum schnellen Urteil zu gelangen, die DDR hätte einfach keine Chance gehabt. Diese Perspektive führt allerdings nur begrenzt zu Erkenntnissen. So ist doch auch sie in den ideologischen Scheuklappen der derzeitigen Hegemonie befangen und weigert sich zu begreifen, dass es sich um zweierlei Systeme mit unterschiedlichen Wertemustern handelte, die nicht ohne weiteres unvermittelt neben-

Tilman Vogt – Jg. 1983; Student der Politikwissenschaft an der FU Berlin; Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für politische Ideengeschichte; Kulturreferent des AStA der FU seit 2006.

1 Im Folgenden stammen alle Zitate aus diesem Text, der veröffentlicht ist in: Helmut Dubiel, Alfons Söllner (Hrsg.): *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus: Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942*, Frankfurt/Main 1981, S. 81-109.

einander gestellt werden können, da in ihren Binnenräumen unterschiedliche Prioritäten herrschten, schon die in der DDR unmögliche Arbeitslosigkeit ist hierfür Beispiel genug.

Es bietet sich also eine kritische Analyse der DDR-Wirtschaft an, welche durch den geschichtlichen Gang der Systemkonkurrenz weitgehend unbelastet geblieben ist und sich so zumindest gegen die tendenziöse Siegermentalität resistent weiß. Dazu wäre eine Theorie zu bevorzugen, welche die Kommandowirtschaft der DDR, wenn man so will, immanent »von links« zu kritisieren trachtet und in der Freiheit nicht gleichbedeutend mit der Freiheit des Investors ist.

Ein frühes Modell bietet der in der Kritischen Theorie beheimatete Ökonom Friedrich Pollock an.

Ironischerweise wurde der Kritischen Theorie in der Rezeption innerhalb der DDR wegen ihrer angeblich fehlenden Implikationen der Politischen Ökonomie der marxistische Charakter aberkannt, wohl insgeheim wissend, dass man sich innerhalb ihrer besonders intensiv mit Planwirtschaften und ihren Fehlern auseinandergesetzt hatte. Im Gegensatz zur Kolportage im Ostblock war Pollocks Schwerpunkt genau die Politische Ökonomie mit dem Fokus auf der Analyse von statistischen Modellen, was ihn 1929 die Studie »Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927« veröffentlichten ließ.

In seinem Aufsatz »Staatskapitalismus«<sup>1</sup> versucht er die Tendenz der Verstaatung der Gesellschaften analytisch zu fassen. Dabei schaffte er eine Art Schablone, welche auf verschiedene damalige gesellschaftliche Formationen anzuwenden war. Zwar bezog er sich hauptsächlich auf den jüngst etablierten Nationalsozialismus, trotzdem sollte das Modell auch für die Sowjetunion gelten. Max Horkheimer wandte dieses Schema in seinem Aufsatz »Autoritärer Staat« dann expliziter an und benannte drei damit zu charakterisierende Systemformationen: Faschismus, Integraler Etatismus (Staatssozialismus) und New Deal.

Die zweite Variante entspricht weitgehend der DDR, welche sich ja so weit wie möglich an der UdSSR auszurichten versuchte, auch wenn die Kritiker noch den ungleich rigideren Stalinismus vor Augen hatten. Im Folgenden soll kurz die Theorie des Staatskapitalismus vorgestellt und auf die DDR angewandt werden, wobei das Hauptinteresse auf den Grenzen und Problemen liegt, die Pollock diesem System prophezeit, um dadurch Erkenntnisse über den Niedergang des ostdeutschen Staates und seiner Ökonomie zu gewinnen.

Pollock weist den Staatskapitalismus als notwendige Phase der kapitalistischen Entwicklung aus, welche den Liberalismus sowie den Monopolkapitalismus beerbt, da diese aufgrund der ihnen innewohnenden Krisentendenzen die gesellschaftliche Kohäsion auflösen und durch die sich radikalierenden Antagonismen von dem Zusammenbruch bedroht sind. Der Staatskapitalismus ist also eine Reaktion auf die kapitalistische Krise, deren Ausmaß der Privatkapitalismus nicht mehr meistern kann. Am offensichtlichsten tritt dies bei den Überproduktionskrisen, die von ausufernder Massenarbeitslosigkeit begleitet sind, zu Tage. Beide Krisensymptome bieten den Anschlusspunkt für den Staatskapitalismus, die es zu meistern gilt.

Tatsächlich maß die Konzeption des real-existierenden Sozialismus in der DDR genau diesen Momenten elementaren Charakter zu: die gesellschaftliche Konstruktion war auf ihre Vermeidung angelegt. Dementsprechend bestand in der DDR bis zum Beginn der Auflösung das Dogma des »Rechts auf Arbeit«, wie auch das Projekt der Planwirtschaft für sich den Anspruch hatte, über die zentrale Steuerung der Produktion und der Distribution die zyklische Fehlkalkulation der privatkapitalistischen Produktionsweise zu vermeiden und so zu einer besseren Ausnutzung der Ressourcen zu gelangen.

Was früher der Markt und die Privatkapitalisten im Wechselspiel der Konjunktur besorgten, wird nun vom Staat in zentralisierter Funktion übernommen: »Koordination von Bedarf und Hilfsmitteln, Lenkung der Produktion und Verteilung«. Dazu werden von den staatlichen Behörden Pläne veranschlagt, der Markt verliert seinen freien Charakter, wird zum »Pseudo-Markt«, und die Preise werden festgesetzt. »Die Schaffung einer Wirtschaftssphäre, in die der Staat sich nicht einmischen darf, wie das für die Zeit des Privatkapitalismus wesentlich ist, wird grundsätzlich abgelehnt.« Durch die Zentralisierung der Planungsgewalt bei den verwaltenden Behörden weicht der Mechanismus des »laissez faire« dem Befehl von oben, dies »bedeutet den Übergang von einer vorwiegend wirtschaftlichen zu einer im wesentlichen politischen Ära.«

Dem entspricht aber auch, dass die Angst vor der Arbeitslosigkeit verschwindet, wie sie in der wirtschaftlichen Ära prägend war und die als Antrieb wirkte, welche nun durch direkte politische Drohung und Repression ersetzt wird, damit die Produktivität nicht zu sehr sinkt.

Dem Staatskapitalismus prognostiziert Pollock quasi ungebremste Produktivität, welche durch die rationalere Verteilung und Einsetzung der Güter durch eine Zentralstelle garantiert wird: »Wirtschaftsprobleme im alten Sinn existieren nicht mehr, wenn die Gleichschaltung aller wirtschaftlichen Tätigkeiten nicht mehr durch die natürlichen Marktgesetze, sondern durch die bewusste Planung erreicht wird.«

Waren die vorigen Beschreibungen der Organisation der DDR-Wirtschaft erstaunlich passend, so scheint sich die letzte Aussage durch den Lauf der Geschichte zu blamieren. So stellen die vermeintlichen Überlegenheiten des Staatskapitalismus, wie Produktivität und Systemstabilität, gerade die wunden Punkte dar, welche die Marktwirtschaft den Sieg der Systeme davontragen ließen. Trotzdem wäre es voreilig, die Überlegungen Pollocks auf Grund dieses zugebenermaßen schwergewichtigen faux-pas zu schnell in den Wind zu schlagen. So betrachtet er doch auch die Grenzen des Staatskapitalismus, die zu seinem Zusammenbruch führen können und die hier im Abgleich der Entwicklung der DDR nochmals Erwähnung finden sollen:

»Ohne reichliche Versorgung mit Rohstoffen, Ausstattung mit Maschinen und der Anpassungsfähigkeit moderner Industriearbeiter sind mit dem Eingreifen des Staatskapitalismus große Verluste verbunden, größere wahrscheinlich als mit dem Marktsystem.« In dieser lapidaren Aufzählung sind allerdings viele Punkte, wie die eklatante Demontage von Fabrikanlagen durch die UdSSR, die Flucht von Facharbeitern oder der permanente Rohstoffmangel, angespro-



chen, die tatsächlich dazu führten, dass die DDR dem Marktsystem im Westen unterlegen war.

Dies führt uns zu dem Hauptproblem des Staatskapitalismus in der DDR, welches sich mit Pollocks Analyse konstatieren lässt: »Das wirkliche Problem der Planung liegt nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet, in der Bestimmung der Prinzipien, *welche Bedürfnisse Vorrang* haben sollen, wie viel Zeit auf die Arbeit verwendet, wie viel vom Sozialprodukt verbraucht und wie viel für die Erweiterung der Produktion verwandt werden soll. Unverkennbar können diese Entscheidungen nicht ganz willkürlich sein, sondern hängen weithin von den verfügbaren Mitteln ab.«

Was sich hier auf den ersten Blick als ökonomisches Einmaleins (es darf nicht mehr ausgegeben als eingenommen werden) gebärdet, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ernstzunehmendes Menektekel für die DDR-Ökonomie. In der Planwirtschaft bedarf es nämlich der »Eingliederung (...) des Konsums in den allgemeinen Plan«.

Hier zeigt sich nun, dass die politische Ökonomie auch Sozialwissenschaft ist, die mit Menschen und ihrer Subjektivität verknüpft ist. Am wirkungsmächtigsten gebärdet sich dies im Moment der Bedürfnisse oder, ökonomisch gesprochen: der Nachfrage. Sie ist das Scharnier zwischen vitalem Menschen und kalter Produktionschiffre, welches immer wieder gewaltig in die ökonomischen Berechnungen hineinintervenierte. Die Überproduktion ist das Schreckgespenst der Marktwirtschaft. Doch auch die Planwirtschaft ist dort betroffen, wo sie sich als unfähig erweist, die Bedürfnisse der Bürger in dem Maße zu definieren, dass sie in den Stand setzt, diese auch zu befriedigen.

Hier lag ein Hauptproblem der DDR, welches allerdings politischer Natur war. Durch die kulturelle und geographische Nähe zur Bundesrepublik, durch den ständigen Einfluss der bundesrepublikanischen Medien und der in ihr geprägten Konsumnormen, gelang es der DDR-Führung bis zuletzt nicht, eine eigene, der eigenen wirtschaftlichen Fähigkeit angemessene Bedürfnishierarchie in der Bevölkerung zu verankern.

Allerdings trugen auch die Behörden der DDR erheblich dazu bei, diese Problematik zu verschlimmern. Das ständige Schielen nach »drüben«, verbunden mit der Idealisierung der westdeutschen Produktpalette, wurde sicher nochmals verstärkt, indem man die Intershops als eine Art Warenreservate und Einkaufstempel für die Jubeltage, an denen Devisen zur Verfügung standen, etablierte und durch ihre Rarität nochmals hervorkehrte, wie viel erstrebenswerter die Westprodukte im Vergleich zur Massenware im Osten doch waren. Das System der Intershops könnte man, die rein ökonomischen Beweggründe ihrer Etablierung im Hinterkopf behaltend, zugespitzt als selbstimportierten Bedürfnisimperialismus bezeichnen.

Die DDR befand sich mit der BRD in einem Systemkampf, der am härtesten auf dem materiellen Feld geführt wurde, wo die DDR nach kapitalistischen Maßstäben, welchen sich die DDR-Bürger nicht entziehen konnten, einen eindeutigen Nachteil hatte. Trotz allem versuchte sie den Kampf auf zwei Terrains zu führen. Einerseits wurden die ideologisch-humanen Prämissen der Vollbeschäftigung und Planwirtschaft beibehalten und ausgebaut, was in die BRD und nach

West-Berlin zurückstrahlte. So ist zu vermuten, dass ein guter Teil der Berlinsubventionen und des bundesrepublikanischen Sozialstaates, die heute nach der Blockkonfrontation so eifrig abgebaut werden, der Angst der Politiker im Westen zu verdanken ist, die Zustimmung der arbeitenden Klassen für das kapitalistische System zu verlieren. Andererseits wurde in der DDR aber auch die berühmte Parole ausgegeben, den Kapitalismus zu überholen, ohne ihn einzuholen. Materiell spezifiziert wurde dies zum Beispiel durch Walter Ulbricht, der die dezidierte Marschroute vorgab, es sei die Hauptaufgabe, Westdeutschland im Bezug auf den durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung an wichtigsten Gütern zu übertreffen. Hier wird deutlich, in welches Dilemma sich die DDR-Führung verstrickte. Auf der einen Seite sollte der Staatskapitalismus mit seinen Vorzügen gehalten werden, was aber nach Pollock bedeutet, dass die Verwaltung Herr der Bedürfnisse sein muss. Auf der anderen Seite wurden aber genau diese von außen diktiert, beziehungsweise übernommen, was mit der Machbarkeit der Pläne kollidierte.

So jagte die staatliche Plankommission, welche die offiziellen gesellschaftlichen Bedürfnisse formulierte, irrealen Produktionsprojekten nach, welche von den überlasteten Kombinatennur durch manipulierte Ergebnisberichte eingehalten werden konnten, was einer rationalen Planung die Basis entzog. Die politische Führung war unentwegt bedacht, die vom Westen genährten Bedürfnisse einzufangen und ihnen so ihren subversiven Stachel zu nehmen, was allerdings nur um den Preis des Kopierens der Begehren erreicht wurde. Durch diese politischen Entscheidungen (die sich darüber hinaus auch bei dezidierten Entscheidungen gegen die Meinung von Wirtschaftsexperten durchsetzten, man denke nur an den propagandistisch hochgespielten Kauf einer VW-Produktionsstraße im Jahre 1983, deren Installations- und Modifikationskosten sich von 3 auf 9 Milliarden Mark verdreifachen sollten) wurde die wirtschaftliche Rationalität der Pläne untergraben, der Antagonismus der Gesellschaft von Produzenten und Bürokraten schlug sich auch hier nieder: »Wir werden sehen, dass Planung in einer antagonistischen Gesellschaft nur im technischen Sinne das Werkzeug ist, wie das in einer Gesellschaft wäre, in der Harmonie der Interessen herrscht. Politische Erwägungen greifen bei jedem Schritt in die Aufstellung und Durchführung eines Planes ein, der das Optimum auf jedem Gebiet erstrebt.«

Hier liegt ein Schlüssel für das Verständnis der Entscheidung des VIII. Parteitagess der SED 1971, den Hauptteil der Staatseinnahmen für den Konsum zu verwenden, was zu einer stetigen Unterinvestition führte, die sich dann auf das Veralten der Produktionsanlagen und der Infrastruktur auswirkte und eine innovationsblockierende Atmosphäre erzeugte. Auch die jährlich garantierte Steigerung der Löhne um 4 Prozent fällt in die Rubrik der ideologischen Manöver, welche immer mehr zur Aushöhlung der DDR-Finzen beitragen.

Man kann also resümieren, dass die DDR den Systemkampf mit dem Privatkapitalismus durch den Staatskapitalismus zu führen trachtete, sich den Regeln des Privatkapitalismus mit seinen Normen aber weiterhin zu unterwerfen hatte, indem es nicht gelang, eine an-

dere, der Planwirtschaft angemessene Bedürfnisstruktur zu stimulieren.

Dies müssen auch die DDR-Bürger geahnt haben, welche sich, in der Wendezeit vor die Wahl gestellt, lieber für das Original als für die Kopie entschieden.

Die Folgen dieser induzierten Idealisierung des Westens treten allerdings bis heute noch auf den Plan. Schon bald schienen die Geister, die man rief, Vorboten eines veritablen Desasters zu werden: Der Ruf nach Einheit wurde zum Bumerang und die Akklamation der »Brüder und Schwestern im Osten«: »Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zu ihr!« musste sich in den Ohren der westdeutschen Bürokraten schnell als volkswirtschaftliche Drohung anhören. Da wundert es kaum, dass der ostdeutsche Markt mit seinen Produkten nach der Öffnung der Grenzen prompt zusammenbrach und das Vollziehen der Ankündigung »... gehen wir zu ihr!« zu den katastrophalen demographischen Folgen in Ostdeutschland durch Abwanderung geführt hat, die wir heute kennen.

Umso erstaunlicher ist es, dass Friedrich Pollock die Problematik der Bedürfnisdefinition in ihrer Kollision mit der rationalen Gesamtplanung schon 1941 geahnt hatte und die Probleme des Staatskapitalismus eher als politische, denn als wirtschaftliche definiert. Dies widerspricht einer heute verbreiteten Annahme, die DDR wäre einfach »bankrott« gewesen und aus wirtschaftlichen Gründen gescheitert. Nur wenige Kommentatoren wie Klaus Steinitz stellen dem entgegen, dass zum Untergang des Oststaates die Ökonomie zwar wesentlich beitrug, aber politische Gründe entscheidend waren.

Die Problematik, die Pollock aufwirft, liegt tiefer: Für ihn ist der Staatskapitalismus weiter eine antagonistische Gesellschaft, in der die Menschen über ihre Bedürfnisse nicht selbst entscheiden und danach die Produktion organisieren. Daraus ergibt sich dann für die herrschende Gruppe die Notwendigkeit, die Neigungen der Bevölkerung kontrollieren zu können. Ähnlich beurteilt auch Steinitz die Lage: Für ihn fand in der DDR zwar eine Verstaatlichung, aber keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel statt, was das autoritative Verhältnis mit all seinen entfremdenden Implikationen fortbestehen ließ.

Dies wäre allerdings eine Anklage, die auch auf die heutigen »Sieger« der Weltgeschichte zurückfiel, die mit ihren Heilungskonzepten der Deregulierung quasi denselben Determinismus wie Pollock, nur unter umgekehrten Vorzeichen, anklingen lassen. So hätte dem Staatskapitalismus wie naturgesetzlich der entfesselte Privatkapitalismus zu folgen. Man wird sehen, inwieweit die Geschichte hier ihr Ende findet.

JOHANNES SCHILLO

## Humba Humba DäDeRä

Die politische Bildung bewältigt das Unrechtsregime mit drei Buchstaben

Auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte als Aufgabe der politischen Bildung im vereinigten Deutschland wird wieder besonderer Nachdruck gelegt, noch bevor die Jahre 2009/10, dem Brauch der runden Jahreszahlen folgend, größere geschichtspolitische Inszenierungen erwarten lassen. Verschiedene Gremien und Studien haben Bedarf angemeldet, Debatten im politischen Raum, so auch in der Linkspartei, haben das Ungenügen der bisherigen Aufarbeitung thematisiert, und daneben kümmern sich die größten Bildungsträger der Nation, die Massenmedien, unverdrossen darum, dass »das Leben der Anderen« im anderen deutschen Staat nicht in Vergessenheit gerät oder in Ostalgie versackt. Hier eine Übersicht zum Sach- und Diskussionsstand vor allem in der breit gefächerten außerschulischen politischen Bildung – mit einigen Hinweisen zu den problematischen Punkten dieser Vergangenheitsbewältigung Nr. 2.

Johannes Schillo – Jg. 1949, freier Journalist mit den Schwerpunkten Bildung und Kultur, Redakteur der Fachzeitschrift »Praxis Politische Bildung«.

1 Sigrid Biskupek: Transformationsprozesse in der politischen Bildung – Von der Staatsbürgerkunde in der DDR zum Politikunterricht in den neuen Ländern, Schwalbach/Ts. 2002; vgl. auch Johannes Schillo: Wer transformierte wen?, in: Zukunftswerkstatt Schule, September/Oktober 2002.

2 In der Weiterbildungs-szene verlief der Prozess etwas umständlicher. Bei Workshops und Konferenzen wurde etwa zur Sprache gebracht, dass sich die Bürger im Beitrittsgebiet weiterhin als Objekt einer staatsbürgerlichen Betreuung sehen und dass diesem Eindruck entschieden ent-

### *Vorgeschichte*

Heute ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die DDR Objekt einer Veranstaltung ist, die von der siegreichen Bundesrepublik einem untergegangenen Regime gewidmet wird – mittlerweile weniger mit dem Strafrecht und mehr als allgemeine Bewusstseins- und Meinungsbildung, speziell in den politisch bildenden Abteilungen von Geschichtsunterricht, Sozial- oder Gemeinschaftskunde der Schulen und in den diversen Institutionen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Ganz so selbstverständlich war das in den Zeiten der Wende nicht. Damals gab es auch die Hoffnung, aus der DDR-Pädagogik könnten Impulse in die gesamtdeutsche Bildungsarbeit eingehen, vielleicht sogar einiges aus der Vergangenheit des westdeutschen Staates zu bewältigen sein. Statt dessen vollzog sich ein »Transformationsprozess«, den die Politikwissenschaftlerin Sigrid Biskupek in ihrer schulpädagogisch orientierten Analyse<sup>1</sup> als einen weit gehenden bundesdeutschen »Vereinnahmungsprozess« beschrieb: Die Transformation habe sich insgesamt in einem »Spannungsverhältnis zwischen Demokratisierung und Kolonialisierung« vollzogen, wobei in der ersten Phase bis zu den Volkskammerwahlen vom März 1990 die Rolle der ostdeutschen Akteure, gespeist durch Bürgerbewegung und Vorstellungen eines alternativen, demokratisierten Sozialismus, von einem gewissen Einfluss gewesen sei.<sup>2</sup>

Die Vereinigungsgeschichte ist schlussendlich andere Wege gegangen. Das Fazit von Biskupeks Arbeit läuft darauf hinaus, dass auf

der administrativen und politikdidaktischen Ebene der westdeutsche Staat die Bedingungen setzte, also kolonialisierte, und dass auf der ausführenden Ebene dem pädagogischen Personal gewisse Freiheiten gelassen wurden, dies mit den Idealen eines emanzipatorischen Unterrichts auszufüllen. Zugespitzt gesagt: Die maßgeblichen Entscheidungen wurden per Machtfrage getroffen, die Universitäten gesäubert und mit dem westdeutschen Pluralismus gleichgeschaltet, also mit loyalem Personal besetzt; die ausführenden Lehrkräfte durften sich eine flexible Ausgestaltung ihrer Rolle leisten, so dass diese nicht einfach als Transmissionsriemen der neuen Vorgaben, sondern als Einlösung einer lange unterdrückten zivilgesellschaftlichen Hoffnung erschien. Klaus Peter Wallraven hat sich in seinem »Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern« auch mit der Vorgeschichte befasst. Bei ihm geht es schwerpunktmäßig nicht um den Rückblick, er nimmt es vielmehr als vollendete Tatsache, dass sich eine politische Bildung nach westlichem Vorbild etabliert hat. »Hauptziel« der Veröffentlichung ist es, »den Kampf für die Akzeptanz der bundesrepublikanischen Demokratie in schwierigem Umfeld sichtbar zu machen«.<sup>3</sup>

Unterstellt ist damit, dass das westdeutsche Modell – notgedrungen – einen Missionierungsauftrag zu realisieren hatte. Hierbei sekundieren Autoren wie der Politikdidaktiker Wolfgang Sander (sonst ein eingeschworener Feind missionarischer Bildung), der von der Enttäuschung westdeutscher Kollegen in puncto innerdeutscher Expertendialog berichtet: Man habe einen wechselseitig anregenden Diskurs und das Öffentlichmachen bislang in den Schubladen verborgener »Konzeptideen für eine demokratische politische Bildung« erwartet – doch, Überraschung, »die Schubladen waren leer«.<sup>4</sup> Das ist wenig glaubwürdig. Wallraven selbst problematisiert in einem Schlusskapitel<sup>5</sup> den Transformationsprozess und das »Dilemma politischer Bildung«, wobei sein Plädoyer in der Tat verspätet ist: Es hätte, worauf Kritiker (Bernhard Claußen, Hans-J. Misselwitz) seinerzeit hinwiesen, durchaus eine Chance gegeben, statt der »möglichst ungeschmälerten Übertragung der Strukturen« aus dem Westen einen anderen »Entscheidungspfad«, nämlich den der west-östlichen Integration oder Neugestaltung, einzuschlagen. Doch die Chance wurde vertan, »das Gesetz des Handelns« lag »im Westen«. Wallraven erinnert an entsprechende Initiativen aus dem und für den Osten, »damit niemand später behaupten kann, es hätten keine alternativen Modelle und Ideen zur Verfügung gestanden«. Das Fazit versucht, aus der historischen Möglichkeit eine Perspektive für die Gegenwart zu gewinnen: Zwar sei der »Transformationsexpress« abgefahren, doch könne das – wie allein das Überdauern einer »ostdeutschen Identität« zeige – nicht das letzte Wort sein. »Ebenso wie der Transformationsprozess noch lange als unabgeschlossen zu gelten hat, muss auch die Entwicklung politischer Bildung weiter als offen verstanden werden.«<sup>6</sup>

### *Freiheit vs. Unfreiheit*

Das ist Historie. Wenn die Sabrow-Kommission heute von der »insgesamt gewachsenen Bedeutung der DDR-Geschichte in den schulischen Geschichtslehrplänen« spricht,<sup>7</sup> dann ist der genannte Trans-

gegen zu treten sei. Vgl. KAW – Konzertierte Aktion Weiterbildung (Hg.): Auf unterschiedlichen Wegen? Politische Weiterbildung im Prozess der deutschen Vereinigung. Tagungsdokumentation, Bonn 1996.

3 Klaus Peter Wallraven (Hg.): Handbuch politische Bildung in den neuen Bundesländern. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Thierse, Schwalbach/Ts. 2003, S. 18.

4 Ebenda, S. 345.

5 Ebenda, S. 351 ff. Das Kapitel trägt den Titel »Nachlese, Streitschrift und spätes Plädoyer«.

6 Ebenda, S. 381.

7 Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, hrsg. von Martin Sabrow u. a., Göttingen 2007, S. 29. Das Buch ist auch als Band 619 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.

formationsprozess als fix und fertig unterstellt. Nun ist die Schulpädagogik ins Korsett staatlicher Vorgaben eingezwängt. Was aber ist mit der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung? Sie versteht sich ja in emphatischer Weise als Forum zivilgesellschaftlicher Aktivität, und die in »freier« Trägerschaft, also im Rahmen gesellschaftlicher, parteinaher, verbandlicher, kirchlicher, gewerkschaftlicher etc. Initiativen tätigen Pädagoginnen und Pädagogen sehen sich geradezu im Gegensatz zu einer »staatlich angeordneten« Bildung und somit per se als Gegenbild zur verstaatlichten DDR-Pädagogik, wie es jüngst die Erwachsenenbildner Heidi Behrens, Paul Ciupke und Norbert Reichling in einer einschlägigen Studie<sup>8</sup> formulierten. Die Autoren stammen aus dem Bildungswerk der Humanistischen Union in Nordrhein-Westfalen, das in der historisch-politischen Bildung einen Schwerpunkt setzt. Sie hatten bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur einen Antrag zur Aufarbeitung der Erwachsenenbildungsszene gestellt und erhielten den Auftrag, die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in den Angeboten von Akademien, Bildungswerken, Volkshochschulen und parteinahen Stiftungen der Jahre 1990 bis 2005 zu untersuchen.

Die Studie wurde zum Sommer 2006 vorgelegt<sup>9</sup> und ist zur Grundlage verschiedener Beratungen geworden, die inzwischen auch zu neuen Anstößen für die Bildungsarbeit geführt haben. Als Gesamttrend muss man der Studie zufolge konstatieren, dass es in der außerschulischen Bildung zwar eine stattliche Anzahl von qualifizierten Bildungsangeboten zur DDR-Geschichte gibt, aber in vielen Gegenden und Einrichtungen auch eine auffällige Nichtbeachtung sowie ein deutlicher Angebotsrückgang seit dem Jahr 2000 zu verzeichnen sind. Als gegenläufige Entwicklung lässt sich festhalten, dass im Lauf der Jahre eine Ausdifferenzierung von Themen, Zugängen und Arbeitsformen stattgefunden hat und dass die Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte insofern auf eine breitere Grundlage gestellt worden ist.

Thematisch fallen die meisten Veranstaltungen (50 Prozent) unter die Obertitel »Vereinigung und Folgen« und »Regionale Erkundungen«. Die Autoren erkennen hierin das besondere Profil der Erwachsenenbildung, die nicht nur Spezialisten und vorinformierte Personen erreiche, sondern für einen breiten Teilnehmerkreis niedrigschwellige Angebote mache. Verfehlt sei nämlich die Annahme, wie die Studie ausdrücklich vermerkt, dass sich Veranstaltungen der Erwachsenenbildung ausschließlich aus den wissenschaftlichen Ergebnissen der DDR- und Kommunismusforschung ableiten ließen: »Die Popularisierung wissenschaftlichen Wissens spielt sicher eine wichtige Rolle, aber Träger und Pädagogen bringen ihre spezielle Sicht und ihren politischen und weltanschaulichen Hintergrund, ihr Alltags- und Professionswissen ebenfalls mit ein (...) Die Teilnehmer müssen freiwillig kommen und wollen zumeist ein lebendiges Seminar, das ihnen auch Möglichkeiten der Selbstaktivierung bietet.«<sup>10</sup>

Die Verbindung von Gegenwarts- und historischen Fragen und die Befassung mit der Zeitgeschichte im Kontext aktueller Probleme sollte als eine selbstverständliche Form des Lernens akzeptiert werden – dies markiere nämlich den »Unterschied zwischen einer freiheitlichen politischen Bildung und einer staatlich angeordneten po-

8 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling: Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, Essen 2006; mit beigefügter Kurzfassung. Studie des Bildungswerks der Humanistischen Union (HU), im Internet unter: [www.hu-bildungswerk.de](http://www.hu-bildungswerk.de). – Vgl. den Aufsatz Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling: Mehr als eine »Fußnote« – DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung, in: Praxis Politische Bildung 4/2006.

9 Vgl. auch Johannes Schillo: Good bye DDR, in: Erwachsenenbildung 4/2006.

10 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 70.

litischen Erziehung«. <sup>11</sup> Eine solche Zusammenfassung kann man als Leistungsbilanz der Erwachsenenbildung gelten lassen, als (bildungs-) politische Einschätzung ist sie fraglich, und zwar aus mehreren Gründen. Auch die hiesige Weiterbildung steht und sieht sich in »öffentlicher Verantwortung«, speziell in ihren politischen, kulturellen und »allgemeinen« Abteilungen (während die berufliche sich mehr dem Kapital verpflichtet fühlt). Die Bundeszentrale für politische Bildung z. B., die die politische Erwachsenenbildung fördert, ist laut Erlass (vom 24. Januar 2001) darauf festgelegt, mit ihren Maßnahmen »das demokratische Bewusstsein zu festigen«, und hat diese Aufgabe in den Richtlinien für die von ihr anerkannten Bildungsträger spezifiziert. Und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur legt als »bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts« für jeden, der es noch nicht wissen sollte, ganz unmittelbar fest, wo die Grenze zwischen Demokratie und Diktatur verläuft – zwischen hüben und drüben, zwischen Bundesrepublik und DDR (die deshalb auch immer nur als Kürzel auftreten darf).

### *Beispiel Überwachungsstaat*

Dies lässt sich auch daran ablesen, wie die Bundesstiftung, die staatlicherseits die Untersuchung angeordnet, nämlich über die Vergabe von Forschungsgeldern hoheitlich verfügt hat, die Resultate bewertet. Die Stiftung hält als erstes, positiv gemeintes Bildungsergebnis fest, dass in den Veranstaltungen der »Überwachungs- und Kontrollstaat« DDR kenntlich gemacht werde (Pressemitteilung vom 6. Juli 2006). Nun könnte man dem in einem sachlichen Sinne – als Auftakt zu einer Analyse der betreffenden Mittel und Ziele – zustimmen: Die DDR war ein Überwachungsstaat, derjenige Kritik, die sich nicht aufs konstruktive Mitwirken einließ, ausgrenzte, ihre Wortführer bei Renitenz schikanierte und wegen des ewig ungewissen Übergangs von der kon- zur destruktiven Kritik ziemlich flächendeckend sein Volk kontrollierte. Es stellt sich nur die Frage, ob dies Anno Domini 2006/07 die Unterscheidung zwischen Demokratie und Diktatur hergibt. Ja, man fragt sich, welcher Staat heute kein Überwachungsstaat ist. <sup>12</sup>

Man denke etwa an die Fußball-WM in Deutschland (mit Bundeswehreininsatz im Innern, flächendeckenden Geheimdienst- und Polizeikontrollen etc.), an die Fortschritte bei den Extremistendateien (siehe den Streit um die Erfassung der Religionszugehörigkeit und die Vernetzung der Dienste) oder an die Absicherung des G8-Gipfels (sogar mit einer veritablen Mauer, alias Sperrzaun), von den neuen US-Standards ganz zu schweigen, und man hat umfassende Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen vor sich, denen sich ebenfalls das Attribut totalitär zuordnen ließe, wenn das in der Demokratie erlaubt wäre. Doch solche Vergleiche sind im vereinigten Deutschland verpönt. Die Methoden mögen sich zwar gleichen, die politischen Systeme aber muss man prinzipiell auseinander halten. Dient doch hier und heute alles dem edlen Anliegen, den Standort D in der globalisierten Welt zukunfts-, d. h. konkurrenzfähig zu machen und deswegen alle möglichen Feinde unter Kontrolle zu halten, während die DDR sich dem menschenfeindlichen Zweck verschrieben hatte, die Hauptaufgabe der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu lösen, und dazu keine Alternative kennen wollte.

11 Dieselben, Kurzfassung, a. a. O., S. 3.

12 Zur Situation im heutigen Deutschland vgl. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Auf dem Weg in den Überwachungsstaat, in: Praxis Politische Bildung 3/2007. Bemerkenswert auch ein Vorgang aus dem Förderbereich der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der hier nur angedeutet werden kann: Der aus der DDR-Bürgerbewegung stammenden geheimdienstkritischen Zeitschrift »Horch & Guck« wurden die Mittel entzogen. Die Zeitschrift hatte sich die Freiheit genommen, nicht nur die Zustände im Osten, sondern auch die im Westen zu thematisieren. So ging sie in Heft 56 (2006) auf die neueste Sozialfahndung im Rahmen von Hartz IV und auf Erkenntnisse der Denunziationsforschung ein (»ALG-II-Empfänger als Denunziationsopfer«). Bekanntlich werden bei der Sozialfahndung auch Kinder und Jugendliche über Bedarfsgemeinschaften etc. in der Nachbarschaft befragt, was keinen Skandal darstellt, im Unterschied zu Folgendem: In »Das Leben der Anderen« wird in einer (von Lubitsch geklauten) Schlüsselszene der Stasi-Mann gezeigt, wie er einen Jungen über die Gesinnung der Erwachsenen ausquetscht: ein Sinnbild des menschenverachtenden Charakters geheimdienstlicher Schnüffelei! – Am Beispiel »Horch & Guck« könnte man übrigens auch studieren, dass die damalige Eroberung der Stasi-Archive Anderes im Sinn hatte als ihre heute praktizierte Verwendung. Vgl. Johannes Schillo: Von der Eingemeindung einer

politischen Identität, in: Praxis Politische Bildung, 2/1999.

13 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 32. Der Text der Empfehlungen ist in dem Sammelband abgedruckt, der auch die Diskussion in Presse und Fachöffentlichkeit dokumentiert.

14 Vgl. die Berichterstattung in Praxis Politische Bildung 2/2007 und 3/2007.

15 Die Studie des HU-Bildungswerks stützte sich vor allem auf Programm-Analysen, also auf die Veranstaltungsplanung, und nicht auf die Realisierung, woraus sich Unsicherheitsfaktoren ergeben – allein schon durch die Tatsache, dass nicht alle geplanten Veranstaltungen zustande kommen. Die Autoren bemängeln etwa im Fall der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hier seien viele Veranstaltungsankündigungen so knapp gehalten, dass sie sich »dem weniger kundigen Beobachter aus dem tiefsten Westen kaum« erschließen (Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 28). Im Grunde ist das aber ein strukturelles Problem, wie die Szene sich überhaupt mit dem Grundwiderspruch von Antragslyrik und Tagungsprosa herumschlägt.

Dass sich in der Fixierung auf das Thema »Stasi« Defizite der einschlägigen Bildungsarbeit zeigen, haben auch die Empfehlungen der Sabrow-Kommission angesprochen.<sup>13</sup> Die Empfehlungen setzten den Akzent auf die Aufarbeitung des DDR-Alltags, was zu einer Kontroverse über eine mögliche Verharmlosung der SED-Herrschaft führte. Von der Kommission wurde dagegen klar gestellt, dass hier die Befassung mit den alltäglichen Funktionsmechanismen des Systems gemeint ist, dessen Aufrechterhaltung nicht einfach mit dem Verweis auf den Überwachungsapparat erklärt werden könne. Ähnliche Überlegungen kamen bei einer Fachdebatte zur Sprache, die der »Runde Tisch der politischen Bildung«, das Konsultations- und Koordinationsgremium von Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Trägern der außerschulischen Bildungsarbeit, im ersten Halbjahr 2007 führte.<sup>14</sup> Der Debatte lag die Studie zur politischen Erwachsenenbildung des HU-Bildungswerks zu Grunde. Von Seiten des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), in dem die bundesweit tätigen Bildungsträger zusammengeschlossen sind, wurde in diesem Zusammenhang betont, dass auch die Angebote der politischen Jugendbildung in den Blick zu nehmen seien, die in der Studie nur am Rande vorkommen.

### *Defizite und Desiderate*

Bei der Diskussion des Runden Tisches wurde der von der Erwachsenenbildungsstudie aufgezeigte Trend bestätigt. Hier zeigte sich aber auch wieder die Schwierigkeit, Wirklichkeit und Wirkungen der Bildungspraxis in der breit gefächerten Trägerlandschaft zu dokumentieren.<sup>15</sup> Hingewiesen wurde etwa darauf, dass die Frage nach den beiden deutschen Staaten in der Bildungsarbeit auch als ein Querschnittsthema behandelt wird. Historisch-politische Bildung greift das Thema etwa bei der Auseinandersetzung mit den großen welt-politischen und ideologischen Konfrontationen des 20. Jahrhunderts auf, ohne dass solche Veranstaltungen als DDR-Themen-Seminare ausgewiesen würden. Ein eindeutiges Defizit der Bildungsarbeit wurde von den beiden Autoren Paul Ciupke und Norbert Reichling benannt: Es findet so gut wie keine Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftssystem der DDR statt. Dieses Ergebnis ist erstaunlich, denn der reale Sozialismus konstituierte sich ja immerhin als eine »Zentralverwaltungswirtschaft«, in deren politisch gesetzten Imperativen die SED-Herrschaft ihren Inhalt hatte – und nicht in der immer wieder unterstellten Zwecksetzung, Menschen zu unterdrücken und zu überwachen.

Folgt man der Studie, ergibt sich ein bemerkenswerter Befund: Der Kern des damaligen Weltgegensatzes ist kein Thema der politischen Bildung. Ausnahmen bestätigen die Regel. Am besten schneidet übrigens die Rosa-Luxemburg-Stiftung ab. Hier gebe es »nicht nur wegen der besonderen Intensität der Thematisierung eine viel breitere Betrachtung der DDR, sondern wohl auch wegen der insiderhaften Spezialkenntnisse und -interessen (...) In den Angeboten der RLS finden sich deutlich mehr Veranstaltungen als anderswo zu den Themengebieten ›Gesellschaft‹, ›Bildungspolitik‹ (...) Aber auch von den anderen Stiftungen völlig oder weitgehend vernachlässigte Aspekte wie Kalter Krieg, Außenpolitik (...) Opposition



oder die DDR-Entwicklung vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 werden hier zum Gegenstand gemacht. Wenigstens auf der Oberfläche der Themen ergibt sich damit ein vielfältigeres Bild, von dessen Facettenreichtum die anderen Einrichtungen durchaus profitieren könnten.«<sup>16</sup> In einem Aufsatz von Heidi Behrens u. a.<sup>17</sup> heißt es: »Besonders intensiv und vielfältig (wiewohl partiell in einem gewissen Rechtfertigungstrotz befangen) scheint die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der DDR-Vergangenheit zu ringen.«

In der Aussprache des Runden Tisches wurde eine Reihe weiterer Punkte benannt, etwa die unterschiedlichen Bedingungen von Bildungseinrichtungen mit West- oder Ost-Standort, sich des Themas anzunehmen, aber auch die immer noch bestehenden (biographischen u. a.) Unterschiede beim Zugang zur jüngsten Zeitgeschichte. Angesprochen wurden die unterschiedlichen Blickwinkel der Generationen – ein Sachverhalt, der ebenso bei der ersten Vergangenheitsbewältigung der Nachkriegszeit eine Rolle spielte. Die damit aufgeworfenen Fragen konnten beim Runden Tisch nicht ausdiskutiert werden. Das Gremium kam bei seiner Mai-Sitzung noch einmal auf das DDR-Thema zurück. Doch wurde zunächst nur festgehalten, dass die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in der politischen Erwachsenenbildung wieder stärkeres Gewicht erhalten sollte. Dazu soll die didaktische Debatte fortgeführt werden, ein erstes Fortbildungsangebot ist in Vorbereitung,<sup>18</sup> und der für 2007 vereinbarte bpb-Förderschwerpunkt »DDR – die deutsche Teilung und ihre Überwindung« bleibt auch für das Jahr 2008 erhalten.

### *Was heißt hier Geschichtspolitik?*

Mehr öffentliche Aufmerksamkeit als die pädagogische Fachdebatte erhielt die Arbeit der nach dem Historiker Martin Sabrow benannten »Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ›Aufarbeitung der SED-Diktatur««. Sie konzentrierte sich vor allem auf die Rolle der Gedenkstätten; ihr Ziel war es, »im Zusammenwirken von Fachwissenschaft, Gedenkstättenarbeit und politischer Willensbildung das seit 1989/90 erarbeitete Niveau der öffentlichen Erinnerung an die DDR nachhaltig zu erhöhen.«<sup>19</sup> Sie verhandelte also explizit politische Bildung, obwohl sie zu den Organisationen und Gremien der außerschulischen politischen Bildung auf bemerkenswerte Distanz ging. Sie sah sich mehr als herausgehobenes Gremium, das einen politischen Auftrag erhielt (nämlich im Frühjahr 2005 noch von der rot-grünen Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Christina Weiss) und ihn qua Fachkompetenz abarbeitete, und weniger als eine Agentur der Zivilgesellschaft oder der breit gefächerten Infrastruktur »freier« Träger. In der Hauptsache ging es um die Konzeption eines förderungspolitischen Verbundsystems, das sich in die Kontinuität der staatlichen Gedenkstättenförderung stellt.

Die explizit betonte Kontinuität zu der seit 1989/90 »erarbeiteten« Erinnerungskultur verdient ebenfalls einen Rückblick. Nach der Vereinigung hat es ja einige Auseinandersetzungen um die (überlieferten und neu zu gründenden) Gedenkstätten gegeben. Der Historiker Hasko Zimmer hat das am Beispiel des Buchenwald-Konflikts aufgearbeitet,<sup>20</sup> also an dem auch in der Öffentlichkeit breiter regi-

16 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 28 f.

17 Ebenda, S. 290

18 Näheres siehe [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

19 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 41.

20 Hasko Zimmer: Der Buchenwald-Konflikt – Zum Streit um Geschichte und Erinnerung, Münster 1999.

strierten Unterfangen, den DDR-Antifaschismus abzuwickeln und dafür die DDR-Gedenkstätten zu renovieren. Die Verurteilung der real-sozialistischen Erinnerungskultur konzentrierte sich vor allem auf folgende Vorwürfe: Funktionalisierung und Instrumentalisierung für das drübeige Herrschaftssystem; Ideologisierung, Triumphalismus, Widerstands-Stilisierung und Ausschluss systemwidriger Elemente; Einseitigkeit und selektiver Charakter des zugrunde liegenden Faschismusbegriffs. Solche Vorwürfe sind nicht aus der Luft gegriffen, sie können sich z. B. auf das DDR-»Statut der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« von 1961 stützen (Auszüge sind bei Zimmer 1999 wiedergegeben), durch das die zunächst von den Häftlingsorganisationen getragene Gedenkstättenarbeit verstaatlicht wurde. Es fragt sich nur, von welchem Standpunkt aus diese Kritik erfolgt. Zur Verdeutlichung und zum Vergleich lassen sich etwa die Leitlinien über die Förderung von Gedenkstätten, die Staatsminister Michael Naumann 1999 vorlegte, heranziehen und anhand der oben genannten Kriterien beurteilen.<sup>21</sup> Dazu hier einige Hinweise.

21 Die Leitlinien sind abgedruckt in: Praxis Politische Bildung, 4/1999, S. 310 ff. Seit dem Sommer 2007 liegt übrigens der Entwurf zu einem neuen Gedenkstättenkonzept von Kulturstaatsminister Neumann vor (vgl. »Die Neuordnung der Aufarbeitung« in: FAZ, 6. 7. 07).

Als einen »Eckpunkt« der Gedenkstättenarbeit nennt Naumann: »Die Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und SED-Diktatur sowie das Gedenken an deren Opfer ebenso wie an Opposition und Widerstand gegen die Diktaturen festigen das Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie und den antitotalitären Konsens in Deutschland.« Erstens fällt hier die ungeschminkte Instrumentalisierung und Funktionalisierung des Gedenkens auf. Es ist explizit keine rückwärts gerichtete Tätigkeit, die sich auf die Vergangenheit, etwa auf die Anteilnahme am Schicksal der Opfer oder eine kognitive Leistung richtet, sondern steht im Dienst einer »Festigung« des im neuen Deutschland gültigen Herrschaftssystems, der westlichen Demokratie, die an die Stelle der östlichen »Volksdemokratie« getreten ist. Speziell sollen »Freiheit und Recht« im Bewusstsein der Adressaten verankert werden, womit natürlich nicht die Handlungsfreiheit einer SED oder das rassistische Recht eines NS-Staates gemeint sind, sondern das im heutigen System Gültige und ihm allein Zuzurechnende. Freiheit und Recht benennen das Lernziel der historischen Erinnerung in Kurzform: Legitimationsbeschaffung für die heutige politische Ordnung, Delegitimierung alternativer Systeme, die unter der Signatur »Unfreiheit & Unrecht« abgelegt sind. Inwieweit diese negativen Bestimmungen etwas Charakteristisches über die beiden, zudem noch höchst unterschiedlichen Systeme aussagen, interessiert nicht. Das Wesentliche ist, dass sich die Adressaten der Gedenkstättenpädagogik bei der benannten Frontstellung auf der richtigen Seite einordnen.

Diese Aufgabe wird – zweitens – mit einer einseitigen, selektiven und ideologischen Konstruktion verbunden, mit der offiziellen Erhebung der seit den 70er Jahren im wissenschaftlichen Diskurs eher randständigen und seit der Wende wieder aufgelebten Totalitarismustheorie zum wissenschaftlichen Paradigma. Das ist ein bemerkenswerter wissenschaftspolitischer Akt – nach seiner formellen Seite betrachtet. Es wird ein »antitotalitärer Konsens« als maßgebliche Weltanschauung gesetzt, die andere Positionen als dissident ausgrenzt. Vom Inhalt her gesehen ist es eine explizite Vereinseitigung. Die Vertreter der Totalitarismustheorie haben unter sich Einigkeit

hergestellt, dass sich wegen der Ähnlichkeit politischer Strukturmerkmale (über deren Zahl und Beschaffenheit dann gestritten wird) zwischen faschistischer und realsozialistischer Herrschaft eine Gleichsetzung vornehmen lässt. Man geht dabei selektiv vor, denn diese Analogiebildung wird nicht auf die demokratischen Systeme übertragen (mit Ausnahme einer exzentrischen Verwendung des Totalitarismusbegriffs, wie sie etwa in der Tradition Adornos steht), obwohl dazu angesichts des manipulativen Selbstverständnisses der Mediendemokratie, des dort wuchernden Personenkults oder des vorgetäuschten Programmpluralismus der Parteien nach der Logik der einschlägigen Merkmalslisten genug Anlass bestünde.

Bei den jeweiligen Untersuchungsobjekten wird wiederum einseitig verfahren: Die politisch-formalen Ähnlichkeiten werden hervorgehoben, die inhaltlichen Unterschiede vernachlässigt. Einzelne Bereiche wie etwa die Rolle der Wirtschaft werden eher ausgeblendet. Dies entspricht einem ideologischen Konsens, der in der alten Bundesrepublik so nachhaltig wirkte, dass 50 Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs das überraschte deutsche Publikum mit den Sünden und Versäumnissen der Wirtschaft, z. B. mit dem Geständnis der Deutschen Bank über ihr Engagement in Auschwitz, konfrontiert wurde. Entsprechende Fakten wurden in der westdeutschen Vergangenheitsbewältigung gerne unterdrückt. Das Buch des DDR-Historikers Eberhard Czichon über den Bankier Abs<sup>22</sup> wurde verboten, der OMGUS-Bericht<sup>23</sup> über die Deutsche Bank fand jahrelang keinen Verleger, weil ein entsprechender politisch-wirtschaftlicher Druck dafür sorgte. Als ideologische Rechtfertigung für solche »Vernachlässigungen« fungierte die Totalitarismustheorie, die mit ihrer anti-kommunistischen Stoßrichtung als explizite Herrschaftswissenschaft diente und den Ökonomismus der Dimitroff-Theorie mit einem kongenialen politischen Formalismus konterte.

Dass die Totalitarismus-Doktrin wieder auflebt, drückt ein definitives Siegerbewusstsein der bundesdeutschen Demokratie aus – eine Stilisierung und Erhöhung, die sich mit dem antifaschistischen Siegesstolz der SED, auf der Seite des Fortschritts zu stehen, durchaus messen kann. Der Rechtsnachfolger des Dritten Reichs, der sich durch die antifaschistische Gründungsideologie seines staatlichen Gegenspielers immer herausgefordert sah, setzt nun, nachdem der Konkurrent Schiffbruch erlitten hat, seinen ehemaligen Gegner mit der barbarischen Vorgeschichte gleich. NS und DDR sind unterm Blickwinkel des staatlich geförderten Geschichtsbewusstseins ein und dasselbe. Anders formuliert: Es wird nur deshalb und so gefördert, dass dieses Bewusstsein entsteht und Systemwidriges (z. B. das Erbe bzw. Ansehen des DDR-Antifaschismus) eliminiert wird – eine politische Instrumentalisierung, die unschwer zu erkennen und auch in anderen Bereichen anzutreffen ist. Und die gerade von der Sabrow-Kommission nicht revidiert worden ist.

Insofern stellt sich die Frage, was die Kommission damit meint, dass ihre Empfehlungen »neue Maßstäbe für eine plurale und multiperspektivische Aufarbeitung der deutschen Geschichte im ›Jahrhundert der Extreme‹ setzen« könnte.<sup>24</sup> Die HU-Autoren haben sich in den abschließenden Bemerkungen ihrer Studie deutlicher geäußert: Es müsse »alles, was gesellschaftlich kontrovers ist in der Be-

22 Eberhard Czichon: Die Bank und die Macht – Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995; zuvor bereits: Derselbe: Der Bankier und die Macht: Hermann Josef Abs in der deutschen Politik, Köln 1970. Die ursprüngliche Version des Buches des DDR-Wissenschaftlers war 1969 in Berlin (DDR) unter dem Titel »Hermann Josef Abs: Porträt eines Kreuzritters des Kapitals« erschienen.

23 OMGUS (Office of Military Government for Germany, United States): Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47, Nördlingen 1985.

24 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 41.

25 Heidi Behrens, Paul Ciupke, Norbert Reichling, a. a. O., S. 82 f.

urteilung der DDR, auch in den Veranstaltungen offen diskutierbar bleiben«, wobei explizit »die Suche nach ›legitimen Elementen‹ oder ›unschuldigen Phasen‹ des DDR-Sozialismus« eingeschlossen sind.<sup>25</sup> Das beißt sich gewiss mit dem staatlichen Auftrag, was die Autoren auch in einer Einerseits-Andererseits-Reflexion anklingen lassen. Aber das muss die außerschulische Bildung in der Praxis eben austesten, wie weit sie als zivilgesellschaftliches Forum gehen kann, darf und will.

26 Wohin treibt die DDR-Erinnerung?, a. a. O., S. 392.

Bei der Sabrow-Kommission liest sich das anders. Ihr Vorsitzender hat im Grunde die Abdankung der Geschichtswissenschaft als Gegenspieler von Geschichtspolitik formuliert: »Wer in geschichtspolitischen Beratungsgremien eine Hegemonie der forschenden Wissenschaft fordert, ist sich nicht darüber im Klaren, dass die akademische Zeithistorie längst nicht mehr auf ihre Vorrangstellung in geschichtspolitischen Debatten pochen kann.«<sup>26</sup> Sie erbringt die wissenschaftlichen Erkenntnisse, nur bestimmen darf sie damit nichts. Sie muss sich in ein Konzert einfügen, in dem viele mitspielen. Der Staat beruft und bezahlt hier zwar die Dirigenten oder Mitspieler, aber irgendwie soll seine Rolle ganz unbedeutend sein: »Von wenigen eklatanten Ausnahmen abgesehen, steht staatliches Handeln heute nicht mehr im Ruch, dezidiert eigene geschichtspolitische Ziele zu verfolgen.«<sup>27</sup>

27 Ebenda, S. 393.

Angesichts solch vornehmer Zurückhaltung der Wissenschaft, die weder in der politischen Auftragslage noch bei der Zuteilung oder Verweigerung von Fördermitteln einen üblen Geruch entdecken mag, ist einiges für die Erinnerungskultur der nächsten Jahre zu erwarten. Wenn die Wissenschaftler dann beiseite treten und an den anfallenden Gedenktagen der Hegemonie des geschichtspolitischen Zeitgeistes das Feld überlassen, wird mit Sicherheit wieder kräftig auf die Pauke gehauen – und dann geht's humba humba...

RENATE SCHUSTER

## Die Wende – ein »Mythensturz«?

Lieber Freund,

Du weißt, ich beherrsche nicht die »Kunst der vorgestellten Unterredung«, die jedem wärmstens zu empfehlen ist, der sich zu Wort meldet in einer strittigen Sache.

Ich brauche die lebendige Vorstellung eines, wenigstens eines Gesprächspartners, von dem ich weiß, dass meine Anmerkungen einen Gegenstand berühren, der auch ihm nicht gleichgültig ist.

Du hast mir das Wort »Mythensturz« in unerntester, wenn auch freundlicher Absicht geschenkt. Der Bezug zur »DDR-Geschichtsschreibung« als »Spurensicherung« drängte sich mir auf, und da die eigene Biographie selbst »Spur«, wie winzig auch immer, in jenem Lebenszusammenhang war, da andererseits inzwischen so viele Berufene und Unberufene ihre Urteile – ja, auch über mich – gesprochen haben, wollte ich nun doch auch einmal mein unmaßgebliches Stimmchen im Deutungschor erklingen lassen, ganz ohne die Erwartung, damit irgendeinen Wohl- oder Missklang zu bedienen, nur sagen dürfen: So kam ich unter die Deutschen, mein Bellarmin!

Die Schwierigkeit zu benennen, was »Wir« waren (die Osis, bevor sie Osis wurden), die Mühen, in einer auch für den Rest der Welt verständlichen Sprache aufzuarbeiten diese »40 Jahre Zusammenleben«, die Versuchung auch, die nunmehr geltenden Regeln dessen, was man »gesellschaftlichen Diskurs« nennt, entweder zu ignorieren oder ganz streng zu beachten, wie unangemessen das Vokabular für die bezeichneten Gegenstände auch immer sein mag, all dies könnte solch irritierten Gemütern wie mir natürlich das Bedürfnis nahe legen, sich dem »Unaussprechlichen« nur noch metaphorisch, also mehrdeutig, poetisch verhüllt, auf jeden Fall selbstironisch zu nähern.

Herr Altvater sagt es in seinem Buch »Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen« ganz klar (und nicht nur deshalb verehere ich ihn): »Begriffe verleihen Definitionsgewalt über reale Entwicklungen, da sie die Diskurse strukturieren« (ich würde hinzufügen wollen: »Diskurse verhindern, wenn es denn angeraten scheint«). Wer also z. B. verkündet, der Kommunismus sei gescheitert, der unterstellt, dass es irgendwo auf der Welt realiter Kommunismus gab, was jeder einigermaßen aufgeklärte Kommunist sofort verneinen würde. Vor allem aber drückt der erleichterte Verkünder aus, dass das, was gescheitert ist (ob realiter oder nur als Idee) ja auch wirklich das Letzte sei, was man der Menschheit zumuten sollte. Und schon haben wir wieder ein »ordentliches Gespenst« (nicht nur in Europa)

Renate Schuster –  
Jg. 1945, Dr. phil, Kulturwissenschaftlerin, seit 1993  
Arztshelferin.

und lassen es umgehen. Dass ein Papst für seine unschätzbaren Verdienste beim Verscheuchen des Gespenstes möglicherweise heilig gesprochen wird, grenzt für mich nicht an Wunder. Dass aber manch einer, der sich bisher stolz Kommunist nannte, nun doch lieber »nur« Sozialist, Demokrat, Humanist oder gar nicht »dabei« gewesen sein will, das »bewundere« ich als eben »nachhaltige« Wirkung »ausgeübter Definitionsgewalt«.

Wie gesagt, Altvater darf das Wort von der »Diskurse strukturierenden Definitionsgewalt« sagen, und ich bin froh, dass er es sagt, wir dürfen es nicht, noch nicht. Wir müssen uns tarnen, wir müssen den Eindruck erwecken, als suchten wir den geistigen »Anschluss« an das vermeintliche oder unterstellte wissenschaftliche Niveau, die Begrifflichkeit und Wertungshorizonte einschlägig forschender Westdenker oder endlich geläuterter Ostdenker. Uns wird nahe gelegt zu sagen, ohne rot zu werden (bloß nicht rot), das waren vielleicht »nur« 40 Jahre einer speziellen Variante »nachholender Modernisierung«, wobei schon das Wort »Modernisierung«, weil eindeutig positiv besetzt (außer vielleicht bei »Körperfressern«), und dann natürlich erst recht das Wort »nachholend« anklingen lassen, was als »normal« und wünschenswert zu gelten hat. Und solche Wertung enthält für mich auch unterschwellig die Botschaft: Machen wir uns nichts vor! Im Grunde hatten sich doch die Osterden auf denselben Weg wie die des Westens in ungeahnte Weidegründe gemacht, und sie sind nur deshalb zurückgeblieben, weil sie sich allerlei Umwege gönnten und die falschen Hirten an ihrer Spitze duldeten.

Ich sehe das inzwischen so: Natürlich war »es« auch ein Versuch »nachholender Modernisierung«, ganz besonders da, wo die Minimalvoraussetzungen einer sozialistischen Gesellschaft noch gar nicht ausgebildet sind/oder infolge von Kriegen demoliert waren, weshalb ja auch seinerzeit Erwartungen einer »Systemkonvergenz«, eines Wettstreits gar um die besten »Antworten« auf wissenschaftlich-technische, ökologische, soziale, kulturelle Herausforderungen der »Moderne« in jenen (auch Politik beratenden) sozialwissenschaftlichen Analysen zu finden waren, die mit einer längeren Phase des Nebeneinanderbestehens »unterschiedlich verfasster« (aber offensichtlich vergleichbarer) Gesellschaften rechneten und vielleicht auf einen friedlichen »Wandel durch Annäherung« hofften, wobei der »Wandel« dann natürlich vor allem den Rivalen heimsuchen sollte. Angesichts der idiotischen Rüstungsspirale wäre eine solche »Mission« nicht die ehrenrührigste für ein »sozialistisches Experiment« gewesen, zumal sich ja jetzt zeigt: für Rüstungsgewinn findet sich immer eine »Bedrohung«.

Kurzum: »Modernisierung – ja«, »nachholend« (wo nötig) – ja, aber war »es« nur das und dann noch nicht einmal ordentlich?

Unmittelbar vor der Wende warf ich einen interessierten Blick auf die Resultate bundesdeutscher DDR-Forschung verschiedener Färbung und möchte nun behaupten: Auch die westlichen Sozialwissenschaftler hatten mit ihren Methoden und Denkmodellen wenig zur realistischen Überlebens- oder Untergehensprognose der DDR beizutragen vermocht. Will man nun nicht unterstellen, Gorbi hätte alles vermasselt, glaube ich ganz ketzerisch: Wenn sogar jene For-

scher überrascht wurden von dem, was da unterging, sich selbst verwarf etc., dass vielleicht überhaupt die theoretischen Instrumente zum Begreifen der Ostgesellschaften erst noch erfunden werden müssen, um die »eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes« erfassen zu können. Und das scheint mir keine Frage der unzureichenden Datenbereitstellung, wie man den DDR-Forschern ja noch hätte zugute halten können, sondern vielleicht eine Frage tragfähiger und eben ganz spezifischer Analyse- und Deutungsinstrumente, wie sie selbst Marx nicht entwickeln konnte, weil er mit diesen, seiner Prognose widersprechenden Kuriosa von Gesellschaftstypen, wohl gar nicht gerechnet hat.

Ein wenig pathetisch formuliert:

Dass ein Land gezwungen sein würde, gleichzeitig die »ursprüngliche Akkumulation des Kapitals« wie seinerzeit in England auf Kosten der Landwirtschaft und die Ansätze sozialistischer Planwirtschaft (»Sowjetmacht plus Elektrifizierung«) unter bürgerkriegsähnlichen Bedingungen in Angriff zu nehmen, dass dieses Land keine 30 Jahre später eine ganze Industrie ins Hinterland verlagern bzw. unter Kriegsbedingungen aus dem Boden stampfen musste und in der Folge einen Großteil seiner Akkumulationskraft und Technologiefortschritte auf einen »Kalten Krieg« konzentrieren würde, der ihm zwar nach außen (Gleichgewicht des Schreckens, Weltraumerfolge), aber immer weniger nach innen Prestigegewinne brachte, das alles wäre Marx ( auch ohne die Verbrechen eines überforderten Diktators) sicher sehr abenteuerlich vorgekommen, aber es ist geschehen ...

Ich habe für mich in all meiner Verwirrung nun beschlossen:

Solange ein brauchbares wissenschaftliches Instrumentarium nicht zur Verfügung steht, scheint mir eine bekennend gleichnishafte, suchende Sprache die angemessenste, weit entfernt von wissenschaftlicher »Durchdringung«, für mein Selbst- und Weltverständnis aber brauchbar. Ich darf das in all meiner Narrenfreiheit.

Und so spiele ich denn mit allerlei Förmchen und fiktiven Akteuren in der Buddelkiste meiner Wach- und Albträume:

Ich nehme den Standpunkt eines Archäologen ein, der »Befunde« datieren und interpretieren will. Er wird zuerst ganz trocken und leidenschaftslos (weil nicht anders als forschend verwickelt) die »Scherben« beschreiben und irgendwann den Vergleich mit anderen Scherben, schon datierten und eindeutig zugeordneten herstellen. Mit Vorsicht und Skepsis wird er die ersten Hypothesen wagen über das Umfeld, in dem diese Scherben einst noch zu einem Ganzen, zu einem Produktions-, Tausch-, Lebens- oder gar Bestattungsaltag gehörten. Und so, Schritt für Schritt, wird er – immer auf Überraschungen und Korrekturen gefasst – das Gemeinwesen gedanklich zu rekonstruieren versuchen, sein Werden, sein Eingebettetsein in größere soziale/natürliche Zusammenhänge, sein Vergehen.

Um die Ergebnisse zu benennen, um solche Gemeinwesen von anders verfassten abzugrenzen, müsste er Bezeichnungen erfinden, mit deren Hilfe es möglich wäre, die wesentlichen, typisierenden Merkmale herauszuheben, und er würde sich hüten, die einstigen Selbst- und Fremdbezeichnungen kritiklos zu übernehmen. Er würde damit natürlich den Grund zu erneuten Irrtümern und Verzerrungen legen,

aber das nimmt er vorerst in Kauf, um nicht vorschnell Analogien herzustellen, wo diese zwar bequem sind, weil sie auf das schon Bekannte verweisen, am Ende aber doch auf einen Holzweg führen, dann nämlich, wenn sie den Blick für Spezifika und damit vielleicht das Wesen verstellen.

Wie nun, habe ich mir vorgestellt, könnte man sich (archäologisch) dem Gebilde nähern, dessen Werden und Vergehen man selbst erlebt, das man liebend, leidend, wütend begleitet hat? (Ja, ich weiß, »Missionare im Ruderboot« können wir nicht sein.)

Ich hätte z. B. folgende Idee:

Mein Archäologe sagt, unsicher den Kopf wiegend, zum anderen: Ich glaube, diese »Scherbe« (z. B. ein Roman) wäre in jene Epoche zu datieren, in der das entstand, was man vielleicht (ein Arbeitsbegriff) »Verheißungsgesellschaften« nennen könnte. So nenne ich Gesellschaften, die zwar bestimmte Voraussetzungen hatten, sich auch nicht nur gedanklich ankündigten, sich dann aber fast ausschließlich im Gefolge gewaltiger gesellschaftlicher Krisen (Kriege etc.) bildeten, also beinahe zufällig, und zwar zuerst dort, wo die Krisenauswirkungen besonders hart bedrückten, kaum abgefangen werden konnten und das Volk, bewaffnet wie es gerade war, kurzerhand die »Gewehre umdrehte« und später seinen (opferreichen militärischen) Siegeszug über das eigene Land hinaus dorthin ausdehnte, woher schon wieder Schlächter gekommen waren, und denen eins über den Schädel ... dies übrigens zunächst, aber nur vorübergehend im Bündnis mit jenen, die unter dem übelsten Schlächter auch gelitten hatten.

Solange es nur darum ging, die vermeintlich oder tatsächlich Schuldigen an dem großen Massensterben zu bestrafen und zu entmachten und ihnen ihre Waffenschmieden und Kornkammern zu entreißen, konnten die Führer solcher Revolten bei vielen Menschen auf Zustimmung rechnen, zumal (und das wurde nun auch ganz schnell und mit allen Mitteln ins Bewusstsein gehoben) ja schon eine ganze Weile, vor allen in den ökonomisch entwickelteren Gesellschaften, die Idee herumgeisterte, man müsste eigentlich das ganze Zusammenleben auf völlig neue Grundlagen stellen. Die Ergiebigkeit der Arbeit sei inzwischen so gestiegen, dass die weiterhin ungleiche Verteilung ihrer Resultate nunmehr nicht nur ungerechtfertigt, sondern sogar ein Hemmschuh geworden sei, man sehe ja, was die Mächtigen mit den abgepressten Überschüssen anstellten – Kriege.

So weit. So gut, zumindest einleuchtend.

Es entstanden also (nicht zufällig gerade im ärmeren Teil der nördlichen Welt) die – wir nennen sie einfach mal so – »Verheißungsgesellschaften«. Solche wachsen nicht gleichsam naturwüchsig, durch Markt- und Wertrelationen spontan, durch organisierte Großgruppen und ihre politischen Instrumente beinahe bewusst reguliert, sondern sie organisieren sich mehr oder weniger schwerfällig wie ein Großunternehmen, das alle materiellen wie geistigen Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsprozesse im Inneren planvoll abgestimmt zu meistern versucht, um nach außen erfolgreich kooperieren bzw. in der Konkurrenz bestehen zu können. Und wie jedes Großunternehmen, kann auch dieses nur mit einer klar hierarchisch geordneten Verfügungsgewalt über Ressourcen, Kräfte, Mitbestim-



mungs-, Funktions- und Konsumtionsspielräume überleben. Das Besondere dieser Unternehmen bestand nun nicht darin, dass sie eine bisher unbekannte, auf jeden Fall unerprobte und in ihrer Komplexität kaum überschaubare Größenordnung annahmen, auch nicht darin, dass sie sich allerlei Unbilden bei ihrer Selbstbehauptung gegen anders verfasste Unternehmen gegenübersehen und darauf scharf und in der Folge misstrauisch reagierten, auch nach innen, gar nicht davon zu reden, dass sie weder materiell-technisch, noch organisatorisch, noch personell auf ihre schwere Fahrt in eine unbekannte Zukunft vorbereitet, sondern, wie schon gesagt, die schwer lädierten »Geschöpfe« umfassender Krisen waren, die mitunter kaum mehr als Hoffnung, Enthusiasmus mitbrachten. Das eigentlich Besondere war die Tatsache, dass sich diese Unternehmen nur durch »Verheißung« legitimierten, durch einen Entwurf gewissermaßen, durch ein »Versprechen« an die »Belegschaft«. Sie nannten es »die Sache«. Etwa so: Wenn wir es gemeinsam so und so machen, dann geht alles viel besser: Und jetzt wurde aufgezählt, was alles viel besser geht und schon ist, und es wurde aufgezählt, was dann, wenn man noch viel Besseres erreichen wollte, aber auch zu beachten, zu akzeptieren, vielleicht auch vorerst zurückzustellen wäre. Jeder verantwortungsvolle Manager hätte angesichts solch unwägbarer, ja geradezu beschissener Rahmenbedingungen seine »Geschäftsidee« verworfen, zurückgestellt oder, wenn die »Sache« schon begonnen war, Konkurs angemeldet bzw. die mehr oder weniger »freundliche Übernahme« zu möglichst günstigen Konditionen herbeigeführt. Manche taten das auch (Gorbi?), aber erst, als die Belegschaft ohnehin nicht mehr mitspielen wollte und als – wie immer zustande gekommene – Mehrheiten die »Fleischtöpfe« Ägyptens dem inzwischen abgewirtschafteten und knechtig gewordenen eignen Unternehmen vorzogen.

Manche gewannen dabei, viele verloren, die Relationen sind nicht das spannende, bemerkenswert ist: eine »Verheißungsgesellschaft« wird ganz einfach anders bewertet und auch anders verworfen als eine »natürlich« gewachsene: »Natürliche« Gesellschaften können sich geschichtlich noch so blamiert haben, Berge von Leichen, himelschreiende Ungerechtigkeiten, Vernichtungsfeldzüge gegen unterlegene Völker, gegen die Lebensgrundlagen der Menschheit überhaupt, gegen Anstand, Würde gehäuft, es wird ihnen verziehen, weil sie »natürlich« sind, weil ihre Verwerfungen, Krisen, Unmenschlichkeiten als Folge von »Sachzwängen«, Irrtümern, Lernprozessen, mehr oder weniger zufälligen Gaunereien einzelner (z. B. »Heuschrecken«, na eben Naturwesen) gelten usw., weil sie für sich ja auch gar nicht in Anspruch nehmen, ihre Existenz einem »Entwurf« zu verdanken (wenn man von den »heroischen Illusionen« der geistigen Wegbereiter bürgerlicher Revolutionen absieht), sondern sie sind gewachsen und haben sich weltweit behauptet mit dem Streben der Menschen nach Reichtum oder auch nur nach besseren Lebensbedingungen, koste es, was es wolle. Was man ihnen zugute halten und bestenfalls abverlangen kann, ist, dass sie Formen der Konfliktlösung entwickeln, mit deren Hilfe sie Katastrophen, wenn nicht verhindern, so doch mildern und vor allem die Verantwortung auf breitere Schulter verteilen können. So erscheinen diese Welten als die besten, weil möglichen. Sie gleichen zwar immer noch dem heidni-

schen Götzen, der den Nektar aus den Schädeln Erschlagener trinkt und dabei wächst und immer fetter wird. Trotzdem werden sie wie er angebetet.

Das Volk einer »Verheißungsgesellschaft« aber kann man enttäuschen, und wenn es nun den Eindruck gewinnt, es hätte den falschen Herren gewählt, was heißt überhaupt »gewählt«, und es würde Zeit, den Herrn zu wechseln, weil es sich selbst – wie immer begründet – nicht als Herr seines Lebens begreift, erfährt, behauptet und vor allem verhält –, dann bricht das Gefüge einer solchen Gesellschaft zusammen. Der Zeitpunkt des Zusammenbruchs kündigt sich an mit idiotischen Zugeständnissen der Manager oder mit Repression, meist mit beidem (Zuckerbrot und Peitsche also), er rückt näher mit Fluchtaktionen und Revolten, er vollendet sich, wenn die Repressionsgewalt versagt oder ihr Einsatz vermieden wird, indem schließlich alle Machtpositionen auch den Händen der Revoltierenden (!) entgleiten. Sie mögen, wenn das allmählich und friedlich geschieht, den Zusammenbruch als Sieg erleben und missdeuten, seinem Wesen nach, auf die »Verheißung« bezogen, ist er natürlich eine Niederlage.

Wenn man von den Besonderheiten der DDR absieht, kann der »Wechsel des Herrn« dann eben bedeuten, man vertraut lieber den Mechanismen der »natürlich« gewachsenen Gesellschaften als den schlecht funktionierenden der eigenen, weil letztere mit ihren Defiziten zu allem Überfluss auch noch Akklamation fordern, und das nervt.

Die Archäologen fanden übrigens den Begriff der »natürlichen Gesellschaften« (wenn er auch einen Widerspruch in sich darstellte) recht passend als »Arbeitshypothese«, weil er poetisch schillernd, vielfältig ausdeutbar war. Mit ihm konnte man Positives assoziieren: Wachstum, das vor allem, Lebendigkeit, Triebkraft, Unschuld, rhythmisches, (zyklisches) Werden und Vergehen, Spontaneität, wunderbare Erneuerungsfähigkeit. (Verheerende Brände, so hatte man beobachtet, lieferten kostbaren Dünger den erschöpften Böden und »bereinigten« Lebensraum für neues frisches Leben).

Man konnte sich aber auch erinnert fühlen an: Blindheit, unergründliche Vernichtungswellen, absolute Gleichgültigkeit gegen mühsam Erworbenes, an ein sinn- und verantwortungsloses einfaches Da-Sein, das selbst für sein eigenes Nichtmehr-Sein keinerlei sentimentale Gefühle zu hegen schien.

Wie gesagt, ein ungenauer, aber doch sprechender Begriff, wie das beim »mythischen« Sprechen nicht anders sein kann, bei blumig tastender geistiger Annäherung an die exakte begriffliche (Er-)Fassung von Welt.

Zurück zum »Fund« des Archäologen, einem Roman, z. B. »Franziska Linkerhand« oder so.

Nachdem er sich mühsam ein Bild gemacht hätte vom Typ der Gesellschaft, in die er den Fund hypothetisch einordnen würde, könnte ihm nun aber tatsächlich manches verständlicher werden.

Aha, würde er denken, die Autorin teilt den Emanzipationsanspruch dieser Gesellschaft, und sie misst an ihm. Zum Vergleich herangezogene andere »Scherben« dieser Art könnten seine Vermutung (Befürchtung ) bestätigen: Diese Autoren lebten und schrieben in ei-

nem Gemeinwesen, das sich nicht an tatsächlichen Reifegraden von Produktivität, an möglichen Emanzipationsschritten, an wirklichen Bedürfnissen, sondern an Idealen orientierte, und sie fragten doch tatsächlich, was ja bei einiger Realitätsnähe schon naiv genug wäre, in welchem Maße das Ideal schon verwirklicht sei, und der Adressat ihrer Fragen schien ganz merkwürdig diffus. Dass sie in solchen Gesellschaften und als »Idealverwalter« genauso gut auch hätten sich selbst fragen können, schien ihnen wohl wiederum eher lebensfremd und demagogisch, womit sie ja auch nicht ganz falsch lagen. Also irgendwer musste für die Einlösung von Versprechen zuständig sein. Wer nur? Na ja, wie Kinder eben so denken und fragen in einer richtigen Familie.

Und nun könnte der Archäologe folgende Hypothese formulieren, verkürzt, zugespitzt, eben metaphorisch: Die Hauptsünde aller »Verheißungsgesellschaften« scheint wohl die Ungeduld gewesen zu sein. »Ich stelle mir vor«, sagt er zu seinem Kollegen, »das Ziel war gewaltig, umstritten und weit entfernt, der Weg beschwerlich, und die Menschen – wie auch heute noch – sterblich, also wurde gnadenlos zur Selbstverleugnung angehalten, gelogen, dass sich die Balken bogen, und zwar auf allen Ebenen, gemault wie im Kindergarten, d. h. die Kinder maulten, die Erzieher maulten, und gestraft wurde auch wie im Kindergarten, na ja, manchmal noch ein bisschen schärfer, ganz schön schärfer sogar. Die Zaungäste (natürlich war der Kindergarten eingezäunt, im Interesse der Kinder, versteht sich), die Zaungäste also quitierten dieses Getöse (wie im alten Rom oder beim Stierkampf) mit anfeuernden Zurufen, mal an die Erzieher, mal an die Kinder gerichtet, manche begleiteten auch alles mit einem traurigen Kopfschütteln, und obwohl einige von ihnen einst auch mit solchen Modellen nicht nur geistig gespielt hatten (z. B. in Spanien, Chile, Portugal), beeilten sie sich, einander und der Welt zu verkünden, dass dieser Kindergarten natürlich vom Standpunkt der »Verheißung« eine Affenschande sei und die tolle Verheißungsidee in Misskredit bringe. Viele Kinder diesseits der Zäune, wenn sie davon hörten, fanden das auch, aber sie waren auch der Meinung, dass die Schlauberger da draußen doch bisher nicht einmal so etwas zustande gebracht hätten, also sie sollten doch lieber schweigen und sich mit ihren eigenen Herren auseinandersetzen, und sei es nur, damit die den Eingezäunten nicht immer wieder in die Suppe spuckten und sie dann noch verhöhnten, wenn die Suppe immer weniger genießbar war.«

Der Archäologiekollege merkt nun an, für diese Eigenart gäbe es doch schon den Begriff der »Erziehungsdiktatur«, worauf jener, der vorschlug, diese Gebilde »Verheißungsgesellschaften« zu nennen, meinte, »Erziehungsdiktatur« fasse zwar eine wesentliche Seite, nämlich die harschen Umgangsformen zwischen selbsternannten, nicht immer sehr erzogenen und kaum wissensschweren Erziehern und murrenden, mitunter sehr renitenten Zöglingen, aber er sei dennoch zu eng wie alle Begriffe, die nur das Verhältnis von Führenden und Geführten mehr oder weniger genau beschrieben – wie: diktatorisch, totalitär, autoritär, paternalistisch etc. Wenn man diese Gesellschaften jedoch als komplexe Großunternehmen auffasste, selbstverständlich planmäßig nach innen organisiert, wie jeder ordentlich

geführte Betrieb, und so etwas wollten sie im großen Maßstab auf jeden Fall auch sein, so eigneten sich jene Begriffe bestenfalls, um den Führungsstil, nicht aber den Charakter der Unternehmen zu verstehen, denn das Ziel des Wirtschaftens wie auch seine ökonomische Basis, ihre treibenden (oder hintertreibenden) Kräfte hatten schon ihre Besonderheiten, waren geschichtlich von neuer Art und mit Begriffen, die für Herrschaftsformen gefunden worden waren, eigentlich nicht hinreichend abzubilden.

Im Übrigen: Müsste man nicht vielleicht die Frage aufwerfen, ob ein mehr oder weniger demokratisch und dabei (?) effizient geführtes Großunternehmen, zugleich gewissermaßen sich selbst eingestehen und der Welt verkünden dürfte, es sei eigentlich so etwas wie ein riesiges Forschungslabor, indirekt (aber eben nur indirekt) beauftragt von den Mühseligen und Beladenen in aller Welt, zu erproben, wie man Mühsal und Beladung von den Menschen durch diese selbst nehmen und dabei zugleich noch tausendmal besser als jedes effiziente Großunternehmen alten Typs funktionieren könnte?

Dass sie besser wären, nicht nur ganz anders, haben sie – die Leiter des Unternehmens – zwar immer verkündet, umso lauter, je weniger glaubwürdig, auch um die allmählich ermüdeten und ohnehin skeptischen Mitarbeiter und Zaungäste bei Laune zu halten, aber sie haben nach den bisherigen »Befunden« (sagt der Archäologe) nie etwas von ihrer eigenen Unsicherheit und Unerfahrenheit erzählt und davon, dass alles nur ein Großversuch sei, dem »mildernde Umstände«, Irrtümer zugebilligt werden müssten, dass alle Beteiligten mit Havarien, unvorhersehbaren Störungen durch bisher nicht berücksichtigte Randbedingungen zu rechnen hätten, dass ihnen vielleicht manches Opfer zugemutet würde, und wenn sie es überlebten, vielleicht erst ihre Nachkommen sich besser fühlten. Sie haben sich auch nicht in der Tradition jener gesehen (obwohl sie es waren), die – wie Owen und Fourier – mit ähnlichen Experimenten gescheitert sind. Dabei hätten sie aus diesem Scheitern, vor allem daraus, viel lernen können über die inneren und äußeren Voraussetzungen eines wenigstens kurzen Erfolgs. Sie hielten ihr Wirken nicht für das, was es war, nämlich den – wenn auch halbherzigen – Versuch, eine Utopie, eine Sehnsucht, eben eine grandiose »Verheißung« dem Urteil (oder Strafgericht oder Beifall oder wenigsten einer Duldung) der Weltgeschichte, der Praxis zu überantworten. Die Tragik liegt darin: Selbst wenn sie es gewusst und offen gelegt hätten und zwar von Anfang an: die einen hätten hämisch gelacht im Bewusstsein ihrer Überlegenheit, und die anderen hätten verweigert, und es wäre gar nicht zu dem Großversuch gekommen, wahrscheinlich jedenfalls, man wird es nie beweisen können.

In diesem, äußerste Skepsis ausdrückenden Sinne, hatte einer ihrer Führer gesagt: Siegen muss man, dann hat man Recht (nicht Machiavelli, sondern Lenin). Er baute nicht auf den Heroismus und die Selbstverleugnung der Akteure und schon gar nicht auf die Einsicht und das freiwillige Zurücktreten von der Macht bei den Ausbeutern, sondern auf die Überzeugungskraft, und heute würde man sagen, auf die »Nachhaltigkeit« des Sieges. Und ihm war wie seinen geistigen Vätern bewusst, dass der Sieg nicht nur ein militärischer, nicht einmal nur ein ökonomischer mit allen seinen Konsequenzen für Akku-

mulationskraft, Naturschutz, und ein »gutes Leben für alle« sein musste, sondern vor allem ein kultureller in dem Sinne, dass die gewaltigen Produktivkräfte und die Gesamtverantwortung für ihre Nutzung »unter alle« (d. h. unter jeden einzelnen in Gemeinschaft mit allen, und das ist nicht nur eine Abstraktion von »alle«) subsumiert werden mussten.

Gelang das nicht – und die Bedingungen dafür, dass es gelingen konnte, waren denkbar ungünstig –, so war es nur eine Frage der Zeit, dass die Mühseligen und Beladenen ihren angestammten Herren die abgerungene »Verfügungsgewalt« über einen Teil der ökonomischen Macht wieder zu Füßen legten und versicherten, sie hätten es – wie Goethes Zauberlehrling – schon bereut und ja auch erwiesenermaßen nicht vermocht, nun aber wollten sie ganz brav sein und nicht mehr mit des alten Meisters Utensilien herumspielen, und sie würden versprechen, die bewährten Spielregeln nunmehr hoch zu halten, denn nur das sei doch der Schlüssel zum Erfolg.

Und in der Tat hieß es dann in den Erfolgsberichten aus der Zeit, als »alles vorbei war«: »Und sie hingen an den Lippen der selbst ernannten Jünger des alten Meisters, lauschten andächtig und bewegten jedes der Worte in ihrem beschämten Herzen, und sie prägten sich die noch ungewohnten Worte ein und wussten endlich, wer sie selbst waren, sein sollten und nie mehr, wirklich nie mehr sein wollen sollten, sollten, sollten ... amen.«

Übrigens, die Sachwalter der Ideale waren auch sehr kleinlaut geworden. Man hatte ihnen rechtzeitig gesagt, nun würde es sich zeigen, wer sich auf dem Markt (der Sensationen) Gehör verschaffen könnte. Jetzt würde sich die »Spreu vom Weizen« trennen. Es zeigte und trennte sich. Einer von ihnen, ein besonders renitenter Barde, den die genervten Erzieher schon lange vorher des Kindergartens und an die Zaungäste verwiesen hatten, dieser nun erlebte und gestaltete noch einmal (s)eine große Stunde, als die der Heimholung gefeiert wurde und er als nunmehr »Wissender« auch mahnende Worte an die noch Freiheitstrunkenen richtete. Es gab die Legende, er habe kurz nach seiner vorzeitigen »Heimreise« gesungen: »Bin gekommen vom Regen in die Jauche!« Na ja, Legenden eben. Aber da sieht man wieder einmal: Man kann es den »Idealverwaltern« eben nie recht machen ....

Dieses Bild jedenfalls haben die Archäologen aus den verstreuten Zeugnissen vom Ende jener »Verheißungsgesellschaften« rekonstruieren können, wobei sie nicht ausschließen wollten, dass solche Überlieferung – wie sie es auch von anderen Epochen kannten – nicht alles war, was hätte Zeugnis ablegen können, und dass manche dieser Gedanken eben die dann später wieder herrschenden, also die Gedanken der Herrschenden, also die Gedanken einer Herrschaft waren, demnach nicht alle gedachten Gedanken, denn wo Herrschaft, da gab es immer auch Knechte, und die dachten nicht nur die herrschenden, sondern auch ihre eigenen Gedanken, aber die waren ja nur spärlich überliefert, weil keiner sie für würdig hielt, gespeichert zu werden und auch weil die Knechte sich selbst dieser Gedanken schämten, denn es waren ja eben die Gedanken der Knechtschaft und zwar der »frei gewählten«. Und nun gab es auch keinen Adressaten mehr für ihr Maulen, denn bis auf den ersten Verführer,

den mit den »blühenden Landschaften«, genau den, hat keiner mehr etwas versprochen. Wozu auch? Sie waren doch alle wieder zu Hause, d. h. bei ihren Herren und als Knechte.

Gute Archäologen verabscheuen das Spekulieren, das schließt aber nicht aus, dass sie nach getaner Arbeit noch zusammensitzen und ein wenig plaudern, dass sie wie die alten Briests nach Effis Tod ihren ganz persönlichen und für die Wissenschaft unmaßgeblichen Gedanken nachhängen, noch einmal das kurze Leben der Verblichenen Revue passieren lassen, um schließlich – wie der alte Briest – resignierend den Spruch vom »zu weiten Feld« ins nächste Jahrtausend zu hauchen.

»Tja«, sagt vielleicht der eine Archäologe, irgendwie angerührt, »das waren schon merkwürdige Leute. Man kann sich das heute kaum mehr vorstellen, dass so etwas ›Unprofessionelles‹ überhaupt mehr als einen Winter überstehen konnte!«

Nun aber erinnert ihn sein Kollege daran, dass es damals, wie die Geologen herausfanden, zwar manchen harten Winter gab, aber die Nordhälfte der Erde immerhin noch – jedenfalls drei Viertel des Jahres – weitgehend eisfrei war, ja sogar grünte.

»Tja«, sagt da der erste Archäologie wieder, »das kann man sich nun schon erst recht nicht vorstellen!«

In diesem Sinne, genießen wir wenigsten noch ein Weilchen den keimenden Frühling und Sommer der Nordhälfte!

## HELMUT BOCK

# Von einem, der auszog, der Revolution zuvorzukommen

### Zum Beginn der Preußischen Reformen vor 200 Jahren

Jede »Haupt- und Staatsaktion« hat ihre Vorgeschichte – diese hier beginnt genau ein halbes Jahrhundert vor dem bedeutenden Ereignis. Soeben schlägt die Armee Friedrichs II. von Preußen die Väter der Bastillestürmer bei Rossbach und obendrein die Österreicher bei Leuthen. Aber der Krieg, den der Potentat und Landräuber zum dritten Mal um Schlesien führt, ist nur ein augenblickliches Geschehen, hinter dessen Waffengetöse und Mordgeschrei in aller Ruhe die langlebigen Zeitzünder geistiger und sozialer Explosivkräfte ticken. Montesquieus »Geist der Gesetze« inspiriert das Denken der Aufklärer gegen den monarchischen Absolutismus. Kants Theorie vom Werden des physikalischen Sonnensystems nährt die Überzeugung von ähnlich naturhafter Entwicklung des Gesellschaftslebens. Lessing reinigt die deutsche Tragödienbühne von der Alleinherrschaft hochgeborener Standeshelden. Und eben der unternehmende Stand, die werdende Klasse, für die der Dichter das Theater erobern will, errichtet jetzt die Eisenhütte Sankt-Antony, aus der die Montanindustrie des Ruhrgebiets erwachsen wird. Sie beginnt in den Bleierzgruben bei Düsseldorf mit der Dampfmaschine des Engländers Newcomen das Produktionstempo eines neuen Zeitalters voranzutreiben.

In diese Welt der noch intakten, aber schon fraglich werdenden Strukturen des Feudalismus gerät am 26. Oktober 1757 ein Neugeborener: Karl Freiherr von und zum Stein, nach etlichen Schwestern endlich der willkommene Stammhalter eines Geschlechts deutscher Reichsritter. Die Familie wurzelt seit einem halben Jahrtausend in Nassau an den Ufern der Lahn, wo sie über rund acht Quadratkilometer Land mit einigen Hundert Bewohnern gebietet – der Grundbesitz in Flecken verstreut und von Produzenten bewirtschaftet, die zumeist Pächter, nicht Fronbauern sind. Feudalrenten und Zinsen sichern in Natura die Früchte, Kornscheffel, Eier, Butter und Speckseiten, in klingender Münze die Gulden, Kreuzer und Pfennige, von denen diese betagten Ritter ihre bevorzugte Lebensweise noch immer bestreiten.

Der junge Mensch wird zu protestantischer Frömmigkeit, zu Standeshere und dem Pflichtgefühl erzogen, sein Leben »gemeinnützigen Zwecken«, vor allem den Interessen von Kaiser und Reich zu widmen.<sup>1</sup> Noch ist ungewiss, ob ihn im Schoß der traditionsbewussten Familie, in der Idylle patriarchalischer Dörflichkeit und der Landschaft sagenumwobener Flüsse, Burgen und Weinberge die Stimmen der heraufziehenden neuen Zeit erreichen. Während der

Helmut Bock – Jg. 1928;  
Prof. em. Dr. phil. habil.;  
Historiker, Mitglied der  
Leibniz-Sozietät. Zuletzt in  
UTOPIEKreativ: Was ist des  
Deutschen Vaterland?  
175 Jahre Hambacher Fest,  
Heft 200 (Juni 2007).

1 Freiherr vom Stein: Erinnerung ans Vergangene (Autobiographische Aufzeichnungen), in: Briefe und amtliche Schriften, bearb. von Erich Botzenhardt, neu hrsg. von Walther Hubatsch, Bd. IX, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1972, S. 865.

Vater seine Reichsunmittelbarkeit mitsamt allen Privilegien im endlosen Rechtsstreit gegen den Zugriff des Fürsten von Nassau verteidigt, öffnet die literarisch bewegte Mutter das Haus für die »Stürmer und Dränger« Lavather und Goethe. Der Sohn verschlingt indes Shakespeares Königsdramen und Goethes »Götz« – wie in dem Ritter der eisernen Hand, so nistet in seinen frühen Gedanken der Widerwille gegen die deutschen Zaunkönige des Absolutismus. Das könnte eine romantische Rückwendung ins schöngefärbte Mittelalter bedeuten. Eine vergebliche Sehnsucht nach des alten Reiches Herrlichkeit mit starken Kaisern und ihrer treu schützenden Ritterschaft. Steins Worte, mit denen er von sich sagen wird,<sup>2</sup> er habe seine Ansicht der Welt und der menschlichen Verhältnisse aus der Geschichte geschöpft: Weisen sie in die Sackgasse unwiederholbarer Vergangenheit – oder auf die offene Bahn eines Fortschreitens von Staat und Gesellschaft, das in der Gegenwart schon begonnen hat?

2 Ebenda, S. 865.

Die Eltern wünschen den Jüngling als Juristen bei den Gerichten des Reiches. So gelangt er von der Lahn zuerst nach Göttingen: an die Universität des Staates Hannover, dessen Landesherr zugleich als ein konstitutioneller König in England thront. Das norddeutsche Territorium ist vom Absolutismus verschont geblieben, wenn auch der einheimische Adel als unmittelbarer Vollstrecker der Staatsgewalt seine Privilegien und altständischen Institutionen hütet. Auf der deutschen Hochburg des englischen Liberalismus bildet sich der studiosus iuræ an altem Reichsrecht und modernen Staatsideen. Er besucht die Vorlesungen des Staatsrechtlers Pütter, der mit einem »Kopf voll deutscher Paragraphen« und einem »Herz voll englischer Freiheit« lehrt,<sup>3</sup> dass kein Fürst berechtigt sei, von seinen Untertanen ohne deren Zustimmung irgendwelche Steuern zu erpressen. Auch hört er bei Schlözer »Universalgeschichte«, wonach sich die Menschheit in stetiger Aufwärtsentwicklung befinde, und er lässt sich von der Idee durchdringen, dass tiefere Einsicht in die Geschichte einen jeden, zumal einen Staatsmann, zu richtigen Entscheidungen befähige.

3 Franz Herre: Freiherr vom Stein. Zwischen Revolution und Reformation, München 1973, S. 20.

Der Umgang mit bürgerlichen Studienfreunden leitet ihn zu den Schriften des Franzosen Montesquieu, der seine Prinzipien des parlamentarisch kontrollierten Königtums und der Gewaltenteilung von Britanniens Staatsstrukturen abgeleitet hat. Stein wird den »Esprit des lois« sein Leben lang studieren, zitieren und den Hauptsatz verfechten: Man tötet »den Gemeingeist und den Geist der Monarchie«, wenn der »Eigentümer« von den Geschäften der Staatsverwaltung ausgeschlossen bleibt.<sup>4</sup> In Göttingens freigeistigem Klima wagt der junge Reichsritter seine erste Entscheidung, die solcher Kritik eine tätige Richtung gibt: Er überschreitet adlige Standesgrenzen und lässt sich in die naturrechtlich gleichmachende Loge der Freimaurer aufnehmen.

4 Stein: Nassauer Denkschrift, in: Briefe und amtliche Schriften, Bd. II/1, Stuttgart 1959, S. 390.

An die Göttinger Zeit fügen sich drei Jahre der Studienreisen und Rechtspraktika. Im Hörsaal hat Stein gelernt: Nur am Reichskammergericht zu Wetzlar, am Reichstag zu Regensburg und am Kaiserhof zu Wien sei die Einheit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation noch erlebbar. In derselben Reihenfolge grast er nun die bemoosten Reichsbastionen ab. Bei der Judikatur in Wetzlar, wo er fünf Jahre nach seinem Fachkollegen Goethe, nach dessen Lieb-



schaft und phantasiereicher Abschweifung zu »Werthers Leiden« das Praktikum beginnt, studiert er mit strenger Selbstdisziplin die »merkwürdigsten Rechtsfälle« im Staub von Jahrhundertakten. Dann reist er zur Legislative des Reiches nach Regensburg, wo aber nichts als ein permanent tagender, intrigenreicher Gesandtenkongress, ein ewiger Jahrmarkt der Staatseitelkeiten zu finden ist. Abschluss der Reisezeit ist ein längerer Aufenthalt in Wien, dem Sitz der reichshofrätlichen Exekutive. Der junge Mann hat den Kaiser gesucht, dem er dienen soll. Er hat die Institutionen des bald tausendjährigen Reiches geprüft, ob sie es wert seien, seine Lebensfrist und Tatkraft zu empfangen. Was er gefunden hat, muss alles andere als überzeugend gewesen sein. Freunde, die in seiner Weltsicht und Urteilsweise zuweilen ein genialisches Aufblitzen gewahren, bemerken auch seine Entfremdung vom reichsritterlichen Lebensplan.

In Wien wird ein Schlusstrich gezogen, wovon Stein in seiner späteren Autobiographie mit lakonischer Kürze berichtet: »Hier lebte ich neun Monate sehr zerstreut, dem geselligen Leben allein hingeeben. [...] Meine Abneigung gegen eine Anstellung bei den Reichsgerichten hatte sich unterdessen befestigt, meine Eltern gaben ihr nach.«<sup>5</sup>

5 Derselbe: Erinnerung ans Vergangene, Bd. IX, S. 866.

#### *Im friderizianischen »Regiesystem«*

Es ist 1780, als der Dreiundzwanzigjährige in den Dienst des Monarchen von Preußen tritt. Sehen wir davon ab, dass sich der Protestant nicht für die römisch-katholischen Habsburger, sondern für den protestantischen Hohenzollern entscheidet, so wird doch dieser Entschluss selbst preußisch gesinnten Historikern merkwürdig erscheinen.<sup>6</sup> Denn schon der Student hat Friederich II. kritisch beurteilt: »[...] Ein König, der das Universum durch seine Waffen zittern macht, der in Erstaunen versetzt durch die Größe seines Genies und seine Untertanen ächzen lässt unter der Last seines Zepters.«<sup>7</sup> Im abermaligen Widerspruch zu den Wünschen der Eltern, die ihren Sohn nunmehr als Diplomaten sehen möchten, setzt Stein eine ganz und gar unerwartete Anstellung durch. Er wird Referendarius im staatlichen Bergwerks- und Hüttendepartement der preußischen Monarchie.

6 Vgl. Gerhard Ritter: Stein. Eine politische Biographie, Stuttgart 1958, S. 32 ff.

7 Stein an seine Mutter, Göttingen (1773?), in: Briefe und amtliche Schriften, Bd. I, S. 14 (französ.).

Nach einem Jahr Dienstzeit findet sich in seinem amtlichen Bericht über eine Inspektionsreise durch Polen der polemische Satz: »In Pohlen fehlt der ganze Mittel- oder Bürgerstand, der dem Staat die aufgeklärtesten und tätigsten Menschen zu liefern pflegt [...]. Der Reichthum der Nation ist in den Händen des Adels, der ihn auf eine unvernünftige Art verschwendet und ihn auf Frivolitäten, nicht auf Gegenstände, wodurch der National-Reichthum vermehrt wird, verwendet.«<sup>8</sup> Noch ist Polen der Gegenstand einer Kritik, die sich bald und noch anders gegen Preußen wendet.

8 Stein: Bericht über die Bereisung einiger Provinzen des Königreichs Polen an den Minister von Heinitz, Breslau, 9. November 1781, ebenda, S. 129 f.

Mit vollem Einsatz seines starken und hungrigen Intellekts bildet sich Stein durch Studien und weitere Dienstreisen zum Montanfachmann aus. Nach zwei Jahren schon empfängt er seine Ernennung zum Oberbergrat. Doch der Erfolg darf nicht vergessen lassen: Dieser Aufsteiger reibt sich an den bürokratischen Schranken des Absolutismus. Er nennt Preußens Regierungsweise ein »ruinöses Regiesystem«, weil der König seine Entschlüsse in selbstherrlicher

9 Stein an Reden, Berlin, 29. Dezember 1781, ebenda, S. 132 f.

10 Stein an Reden, Wetter, 26. Februar 1785, ebenda, S. 205.

11 Stein: Erinnerung ans Vergangene, ebenda, Bd. IX, S. 867.

12 Ebenda, S. 868.

13 Gerhard Ritter: Das Problem des Militarismus in Deutschland, in: Historische Zeitschrift, Bd. 177 (1954), S. 27, 29; Sebastian Haffner: Preußen ohne Legende, Hamburg 1981, S. 243.

Einsamkeit fasse, wirkliche Klugheit und Tatkraft nicht würdige, sich vielmehr am Kitzel seiner »Überwucht« erfreue.<sup>9</sup> Nach weiteren drei Jahren will er seinen Dienst quittieren – doch es kommt anders. Er lässt sich die Rangstufenleiter weit höher hinauf, als Direktor der preußisch-westfälischen Bergämter von Berlin nach Wetter an der Ruhr schieben. Nach wiederum fünf Jahren schreibt er von dort an den Freund und künftigen Staatsminister Friedrich Wilhelm v. Reden: »Alles das, was der Preußische Dienst mir giebt und geben kann, ist gegen das, was ich mir als wünschenswerth denke, so klein, so unbedeutend.«<sup>10</sup> Man könnte dies für einen Ausfluss aus übersteigertem Ehrgeiz halten, wenn nicht die Dokumente belegten, dass dieser Staatsdiener zu Recht gegen die alten Zöpfe des Staatsapparats und die feudalen Privilegien der Gewerke zürnt. Noch im Alter wird Stein sarkastisch bemerken: Er sei damals »von der Nichtigkeit des toten Buchstabens und der Papierthätigkeit recht innig« überzeugt worden.<sup>11</sup>

Für ihn aber gibt es keinen Ausweg. Wohl folgen dem außerordentlichen Auftrag, als Gesandter nach Mainz zu fahren (1785), wo er den Erzkanzler des Reiches von den Habsburgern trennt und für Preußen gewinnt, sehr verlockende Angebote: Er könnte die Gesandtschaft in Den Haag, sogar in Petersburg übernehmen. Stein aber ist dem diplomatischen Dienst abgeneigt. Wie er selbst schreibt: »[...] Wegen der Wandelbarkeit der Politik der Höfe, des Wechsels von Müßiggang und einer schlaunen, berechnenden Geschäftstätigkeit, des Treibens, um Neuigkeiten und Geheimnisse zu erforschen, der Nothwendigkeit, meine Aufmerksamkeit auf das Leben in der großen Welt und auf ihre Genüsse, Konvenienzen, Kleinlichkeiten, Langeweile zu wenden, endlich wegen meines Hangs zur Unabhängigkeit, meiner Offenheit und Reizbarkeit.«<sup>12</sup> Diese Absage an die Karriere des Diplomaten zeigt reife Beobachtung und Selbsterkenntnis. Sie gründet vor allem im Wesen eines strengen Moralisten. Stein unterscheidet sich grundsätzlich von vergleichbaren Gestalten wie Hardenberg und Metternich – und wird deshalb von Potentaten und späteren Historikern den Vorwurf erleiden müssen: Er habe in seiner knorrigten Unbedingtheit und Gradlinigkeit »immer mit dem Kopf durch die Wand« gewollt, indes die geschmeidigen Diplomaten die weitaus besseren Politiker gewesen seien.<sup>13</sup>

So verbleibt Stein in seiner einmal begonnenen Ämterspirale, wo sein Charakter an Originalität, an Einmaligkeit durchaus gewinnt. Er verargt Schlendrian und Geistreichelei, Schläue und Intrigenspiel. Seine Aktivitäten entfalten sich sehr bewusst und absolut fern von der raffiniert bewältigten Langeweile und Genüsslichkeit der Kavaliere des höfischen Barock. Wie keinem zweiten der deutschen Zeitgenossen, die zu politischer Größe geraten werden, ist Stein tagtäglich die robuste Kleinarbeit für eine Sache abverlangt, die Selbsterziehung, Zähigkeit, Überzeugungskraft, einen langen Atem erfordert. Es sind am Ende zwei ganze Jahrzehnte, in denen er die Bergwerke, das Fabrik- und Verkehrswesen, den Wege- und Wasserbau in Westfalen verwaltet und fördert – die wirtschaftliche Entwicklungsbasis im fortgeschrittensten Gebiet der preußischen Monarchie.

Das Amt erfordert neuartige Ideen und Handlungen. In Steins Briefen und Akten flackert der Widerschein gewisser »Feuer-Ma-

schinen«, die in den Bergwerken die Pumpen betreiben, mit Hilfe einer Transmission aber auch andere Maschinen bewegen. Sein Blick ist nach England gerichtet, wo soeben durch Wissenschaft, umwälzende Technik und Mechanisierung der Industrie ein nie gekanntes Wachstum der Produktivkräfte beginnt. Was da entsteht, wird in historischer Überschau eine »Industrielle Revolution« genannt werden – die größte Kulturrevolution, die seit der Erfindung des Reibfeuers und der dadurch ermöglichten Sesshaftwerdung des Menschen stattfindet. Sie verweist traditionale Lebensweisen, die seit den ältesten Zeiten auf bloßer Naturkraft und Handarbeit beruhen, ins Abseits der Geschichte.

Stein erkennt zunächst freilich nur die Zyklopenkraft der »Feuer-Maschinen«. Er reist im November 1786 – König Friedrich ist tot – für einen zehnmonatigen Aufenthalt nach Britannien. In London verhandelt er mit James Watt und Matthew Boulton, den Pionieren des Industriezeitalters, über den Ankauf einer ihrer Dampfmaschinen. Die Engländer aber sind durch ausländische Industriespionage nervös geworden. Weil Stein eine Dampfmaschine hat zeichnen lassen, ohne die Erlaubnis der Erfinder einzuholen, laufen die Verhandlungen schlecht. »He is the most dangerous of all the spies«, schreibt Boulton warnend nach Cornwall,<sup>14</sup> wo dem Mann aus Preußen auch prompt die Besichtigung der Kohlenbergwerke und weiterer Maschinen verweigert wird.

Die Komplikationen der englischen Reise können jedoch die Erkenntnis nicht verdunkeln, dass die »Feuer-Maschine« sowohl sensationellstes Erzeugnis als auch gigantische Bewegungskraft der neuen Industriegewalten ist. »Lassen Sie uns auf Einführung der Englischen Eisenindustrie in Deutschland bedacht sein«, agitiert Stein nach seiner Rückkehr.<sup>15</sup> Er denkt an eine Verbesserung der Hochöfen, der Mischung des Eisens, der Gießereien sowie an die Errichtung von Schneide-, Walz- und Weißblechwerken.

### *Im Kraftfeld der Französischen Revolution*

Während Stein die allmähliche Evolution von Staat und Gesellschaft mit der geduldvollen Schiebetaktik des subalternen Staatsdieners bewirken muss, eröffnet nicht weitab die wahrhaft politische Revolution eine neue Epoche. Gilt Britannien als ein weltpolitisches Musterland, wo der Übergang von feudalen zu bürgerlich-liberalen Strukturen im Ausgleich zwischen Adelsaristokratie und bürgerlichem Besitzstand erfolgt, so wird Frankreich zum Schmelztiegel grundstürzender Umwälzung: Unter Führung wechselnder Fraktionen der bürgerlichen Besitzklasse zerstören die Volksmassen im Kampf gegen innere und äußere Konterrevolution die Macht des Adels radikal. Es ist ein Unterschied, den die Zeitgenossen erst erfahren müssen und der auch Stein vor die Schwierigkeit stellt, ein eigenes Gegenwartsverständnis zu gewinnen.

Noch 1790 spricht er von »Freunden jenseits des Rheines«, findet er in den Sitzungsberichten der Pariser Nationalversammlung »viel Belehrendes«, das ihn berührt. Er wünscht sich, eine Zeitlang unter »diesem aufbrausenden gärenden Volk« zu leben und möchte nach Straßburg gehen.<sup>16</sup> Solche Erwägungen sind mit geharnischten Ausfällen gegen Preußens »despotische Verfassung« und die Staatsbüro-

14 Matthew Boulton an Thomas Wilson, Birmingham, 17. März 1787, in: Stein. Briefe und amtliche Schriften, Bd. I, S. 266.

15 Stein an Reden, Wetter, 4. Mai 1788, ebenda, S. 280 ff.

16 Stein an Reden, Hamm, 10. Juli 1790 und Cleve, 14. Dezember 1790, ebenda, S. 298, 303.

kratie vermischt. Doch die Reise nach Straßburg, der Blick durch das französische Fenster auf den flammenden Herd der Umwälzung, kommt nicht zustande. Es vergehen kaum zwei Jahre, so wird der aufmüpfige Beamte durch die Dienstplichten im konterrevolutionären Krieg diszipliniert: als Verpflegungskommissar der Armee und diplomatischer Sonderbeauftragter muss Stein gegen die Revolution kämpfen.

Bei Valmy zwingen die Revolutionäre die Interventionsarmee Preußens zum kläglichen Rückzug, indes ihnen selbst der Vorstoß zum Rhein gelingt, wo sie Anhänger finden, die die Marseillaise singen, die Trikolore feiern. Anders Stein, bei dem von »Freunden jenseits des Rheines« nun nicht mehr die Rede ist. Befragt, was aus dem »Drängen von Menschen und Gedanken und Meinungen für Deutschland entstehen werde«, lautet am 5. März 1793 die Antwort: »Ich erwarte mir einen Krieg von mehreren Jahren, aber seine Einflüsse sind vortheilhaft, sie stellen Energie und Muth wieder her, sie geben einen Reiz zur Thätigkeit, sie werden die Abneigung gegen die scheußliche Nation der Franzosen vermehren.«<sup>17</sup> Das ewige Kalkül politischer Rechner, die vom Krieg nach außen eine Reinigung im Innern erwarten, erscheint hier bei einem Kritiker des Absolutismus, der die Revolution aber nur bis zur Gründung der konstitutionellen Monarchie (1791) billigen mag. Bürgerliche Republik und zumal revolutionär-demokratische Jakobinerdiktatur werden mit Entsetzen verneint.

Mainz, die Hauptstadt der Rheinisch-deutschen Republik, wird zum Schauplatz, wo Deutsche gegen Deutsche stehen: auf den Festungswällen die »Freunde der Freiheit und Gleichheit«, die Weggenossen Georg Forsters – hinter den Schanzen der Belagerer etliche, die Rang und Namen haben oder gewinnen werden: Goethe, Heinrich von Kleist, Carl von Clausewitz und ebenso Stein. Als die Festung kapituliert, die französische Besatzung abzieht, die Mainzer Jakobiner aber gejagt und misshandelt werden, blickt Goethe mit humaner Betroffenheit auf den weißen Terror. Stein sieht und urteilt jetzt nur noch durch die Brille der Konterrevolution: »Der Ausdruck von Frechheit, dummem Uebermuth, Unsittlichkeit auf dem Gesichte der ausmarschierenden Garnison war unausstehlich, und es war nicht ein Gesicht unter ihnen, das man mit Behaglichkeit ansehen konnte.«<sup>18</sup> Dieser Augen- und Tatzeuge hat soeben erst seine angestammten Güter in Nassau inspiziert, seine Verwalter und Bauern auf Treue und Redlichkeit geprüft. Er bejaht die Niederschlagung der Mainzer Republik – und tut dies mit Worten, die Revolution und Jakobiner nicht bloß als eine Bedrohung der Adelsprivilegien, sondern auch des bürgerlichen Besitzstandes denunzieren: Die Gefahr für »die Ruhe und Sicherheit des Eigenthums« sei durch diese Eroberung vom deutschen Reiche abgewendet.<sup>19</sup>

In die westfälischen Ämter zurückgekehrt, steigert Stein seinen Hass gegen alles Französische, ganz gleich, ob es ihm in Gestalten der Revolution oder der adligen Emigranten begegnet. Er wird den Baseler Frieden (1795) niemals billigen, durch den sich Preußen vom Kriegsschauplatz zurückzieht – nicht ohne Verlust des westlichen Rheinuferes, aber auch mit der geheim-diplomatischen Abmachung, Einverständnis, sich durch Annexion deutscher Zwergstaaten

17 Stein an Frau von Berg, Cleve, 5. März 1793, ebenda, S. 350 f.

18 Stein an Frau von Berg, Hamm, 24. August 1793, ebenda, S. 359.

19 Ebenda (Hervorhebung – H. B.).

östlich des Rheins entschädigen zu können. Dennoch hat das Epochenereignis, haben Kampf und Sieg der Revolution, den Franzosenhasser zutiefst gezeichnet. »Seit 2 Jahren bin ich durch Situationen durchgerissen worden, die das Innerste meines Ideen und Empfindungs Systems angegriffen haben«, gesteht er dem Freund Reden am 22. Februar 1794. Er nennt Folgerungen, die hinfort Denken und Handeln bestimmen: »Freylich sollten unsere Bemühungen fortschreitend seyn [...]. Bildung der unteren Classen und Verbesserung ihres Zustandes scheint mir das sicherste Mittel, um Revolution zuvorzukommen.«<sup>20</sup> Kulturelle und politische Verbesserungen für die bürgerliche Besitzklasse und das arbeitende Volk – zwecks Vermeidung einer gewaltsamen Revolution in Preußen und Deutschland! Diese auf Fortschritt und zugleich Abwiegelung zielende Idee bleibt allerdings angewiesen auf eine reformatorische Kraft, die höher stehen müsste als Stein in seinen preußisch-westfälischen Ämtern. »Aber wohin und wie, wer ist es, der uns leitet und mit starkem Arm dem Ziele näher rückt [...]?«<sup>21</sup>

In den folgenden Jahren empfindet Stein ein »tötendes Gefühl der Leere«. Er liest Plutarch, die Lebensbeschreibungen großer Griechen und Römer, um sich durch ihr Vorbild »gegen die zerstörenden Eindrücke verderbter und kleiner Umgebungen« zu schützen.<sup>22</sup> Dem Hohenzollernprinzen Louis Ferdinand schreibt er unverblümt: »Die despotischen Regierungen vernichten den Charakter des Volkes, da sie es von den öffentlichen Geschäften entfernen und deren Verwaltung einem eingeübten, ränkevollen Beamtenheer anvertrauen.«<sup>23</sup> Solche Kritik wird zunehmend von Handlungen begleitet, die im Widerspruch zu den obersten Staatsbehörden erfolgen. Stein gibt Getreide, das vom Oberkriegskollegium in den Heeresmagazinen gehortet wird, zugunsten der notleidenden Arbeiterbevölkerung frei und zieht dadurch die scharfe Missbilligung einer königlichen Kabinettsorder auf sich.<sup>24</sup> Im Generalbericht an die Regierung vom 10. März 1801 vertritt er die Notwendigkeit, alle Bauern aus feudalarrechtlicher Bedrückung zu befreien und ihnen das Recht des ungeteilten Grundeigentums gegen eine angemessene Entschädigung des Adels zuzubilligen.<sup>25</sup> Überdies fordert er schützende Maßnahmen für die »arbeitende Classe« gegen die Lohndrückerei von Unternehmern.<sup>26</sup>

Wir sehen nun einen Mann herangewachsen, der bei seiner Sisypheismühe für Preußens Staat und Gesellschaft den Absolutismus und den Feudalismus zunehmend und sogar grundsätzlich in Frage stellt. Von den Ideen der Aufklärung berührt, rezipiert er fernerhin Montesquieu und den gemäßigten Konstitutionalismus – nicht Rousseau und dessen demokratisches Prinzip der »Volkssouveränität«. Er schenkt Edmund Burke, dem englischen Konservativen, Beifall für dessen literarische Polemik gegen die Pariser Revolutionäre. Stein wird sich niemals zur universalhistorischen Bedeutung der Französischen Revolution bekennen. Aber als Mensch einer Epoche der Neuerungen und der Umbrüche hegt er Gedanken, die auch für Preußen ein verändertes Regierungssystem wünschen.

1804 erhält Stein von König Friedrich Wilhelm III. die Ernennung zum preußischen Finanz- und Wirtschaftsminister. Er folgt ihr in der Absicht, das hohe Amt für Reformen zu nutzen. So lässt er englische

20 Stein an Reden, Cleve, 22. Februar 1794, ebenda, S. 371 (Hervorhg. – H. B.).

21 Ebenda, S. 371.

22 Stein an Prinz Louis Ferdinand, Minden, 17. November 1796, ebenda, S. 439 (französ.).

23 Ebenda, S. 438 (französ.).

24 Kabinetts-Ordre an Stein, Charlottenburg, 29. Juni 1795, ebenda, S. 421.

25 Steins General-Bericht an das General-Direktorium über den Zustand der Provinz Minden-Ravensberg, Minden, 10. März 1801, ebenda, S. 508 ff.

26 Bemerkungen Steins zum Bericht der cleveschen Kammer, Wesel, 13. März 1798, ebenda, S. 471.

27 Stein: Erinnerungen ans Vergangene, Bd. IX, S. 870.

28 Denkschrift Steins: »Darstellung der fehlerhaften Organisation des Kabinetts und der Notwendigkeit der Bildung einer Ministerialkonferenz«, Berlin, 26./27. August 1806, ebenda, Bd. II/1, S. 208.

29 Helmut Bock: Altpreußens Götterdämmerung. Tragikomische Impressionen, in: UTOPIE kreativ, Heft 192 (Oktober 2006), S. 869 ff.; Derselbe: Napoleon Bonaparte. Aufstieg und Sturz eines bürgerlichen Hegemonialpolitikers (Pankower Vorträge, Heft 88), Helle Panke e. V., Berlin 2006, S. 19 ff.

30 Friedrich Wilhelm III. an Stein, Königsberg, 3. Januar 1807, in: Briefe und amtliche Schriften, Bd. II/1, S. 330.

31 Stein: Nassauer Denkschrift (im Juni 1807), ebenda, Bd. II/1, S. 394 f.

Maschinen für die fabrikmäßige Baumwollspinnerei einführen – und fördert nun in Preußen tatsächlich die Anfänge der industriellen Revolution. Er beseitigt die Binnen- und Provinzialzölle – und schafft Grundlagen für Preußens künftige Markteinheit. Er unterminiert die Bürokratie, der er doch selbst angehört – und wird sich die einseitigen Resultate im Lebensrückblick gutschreiben: »Verminderung des unnützen Schreibwerks, indem ich eine große Masse von leerem Papierkram ganz einstellte und die Selbständigkeit der unteren Behörden vermehrte.«<sup>27</sup> Er formuliert sogar die Quintessenz seiner Kritiken: »Der preußische Staat hat keine Staatsverfassung, die oberste Gewalt ist nicht zwischen dem Oberhaupt und Stellvertretern der Nation geteilt.«<sup>28</sup> Jedoch der Monarch will das absolute Königtum bewahren. Abermals straft er Stein mit einer Rüge – diesmal wegen einer streitbaren Eingabe, die gegen die geheimen und störenden Kabinettsräte des Königs gerichtet ist.

In den aufbrechenden Riss zwischen Monarch und Minister schmettert Kaiser Napoleon im Krieg von 1806/07 die Axt des bürgerlichen Militarismus. Bei Jena und Auerstedt stürzt das friderizianische Heerwesen Altpreußens durch die Gewalt, die unbezwingbar von außen kommt.<sup>29</sup> Mitten in Chaos und allgemeiner Flucht, als nur Charaktere wie Scharnhorst, Blücher, Gneisenau, wenige andere dem Ansturm entschlossen begegnen, sucht der König den siegreich vordringenden Eroberer zu besänftigen, indem er – schon während des Krieges – dessen Hofhaltung in Berlin und anderswo mit Preußens Kapitalien zu bezahlen verspricht. Als aber der Finanzminister sich verweigert, nennt ihn der König einen »widerspenstigen, trotzigem, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener«, auf dessen »fernere Dienste der Staat keine große Rechnung machen« könne.<sup>30</sup> Stein gewährt den verkappten Entlassungsbescheid und sorgt für klare Entscheidung. Noch am selben 3. Januar 1807 schickt er dem Hohenzollern sein Ministerportefeuille zurück. Dann reist er nach 27jähriger Amtstätigkeit für Preußen als ein unabhängiger Adliger zum Schloss seiner Väter.

Was der bald Fünfzigjährige dort findet, muss ihm jede Behaglichkeit verleiden. Seit dem Vorjahr ist das Staatsgebilde eines ganzen Jahrtausends – das deutsche Kaiserreich – abgeschafft. Zusammen mit fünfzehn weiteren Potentaten hat sich der Fürst des Landes Nassau in den Rheinbund und somit unter die Schirmherrschaft Napoleons begeben; auch er hat für den Gewinn eines Herzogtums dem Kaiser in Wien die Gefolgschaft aufgekündigt und den Sturz des Reiches bewirkt. Es ist ein Bruch in der deutschen Geschichte, den Stein um so tiefer empfindet, als seine reichsritterlichen Souveränitätsrechte zugunsten der Macht des Herzogs liquidiert sind und ihm dieser Bündnispartner des Kaisers der Franzosen als ein Verräter an der deutschen Nation erscheint. Er denkt an eine Alternative, die noch immer mit Preußen verbindet, aber auch seine Verwurzelung im ritterlichen Patriotismus des alten Reiches erkennen lässt.

Resultat ist die »Nassauer Denkschrift«.<sup>31</sup> Eine Reform der preußischen Behördenstruktur soll die »Classe der Eigenthümer« an den lokalen und regionalen Staatsgeschäften unmittelbar beteiligen – und auch den bislang feudalhörigen Bauern soll ein Zugang zu bür-

gerlichen Freiheiten geöffnet werden. Stein denkt an Selbstverwaltungsorgane und Ständeparlamente, die den »Gemeingeist und Bürgersinn« heben, die »zerstreut liegenden Kenntnisse« benutzen, den »Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen, und denen der Staatsbehörden« herbeiführen: damit die »Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre« wieder belebt werden. Von unten nach oben sollen sich die freien Gemeinden, die Kreistage, die Provinziallandtage bis zu den »Reichsständen« ganz Preußens erheben. Als höchstes, aber noch unscharf gesehenes Ziel erscheint die Wiedergeburt des deutschen Reiches.

Das ist ein Entwurf, der den bürokratischen Staatsapparat teils einschränken, teils überflüssig machen will. »Der Formenkram und Dienst-Mechanismus [...] wird durch Aufnahme von Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens zertrümmert, und an seine Stelle tritt ein lebendiger, fortstrebender, schaffender Geist und ein aus der Natur genommener Reichtum von Ansichten und Gefühlen.« In letzter Konsequenz verweist Stein den Adel aus den bequemen Lehnstühlen der Aristokratie und Privilegiertheit auf die härteren Bänke der bürgerlichen Rechtsgleichheit: »Alle Kräfte der Nation werden in Anspruch genommen, und sinken die höheren Classen derselben durch Weichlichkeit und Gewinnsucht, so treten die folgenden mit verjüngter Kraft auf, erringen sich Einfluss, Ansehen und Vermögen und erhalten das ehrwürdige Gebäude einer freien, selbständigen, unabhängigen Verfassung.« Steins Hauptsatz lautet klar: »Soll die Nation veredelt werden, so muss man dem unterdrückten Theile derselben Freiheit, Selbständigkeit und Eigenthum geben und ihm den Schutz der Gesetze angedeihen lassen.« Allerdings argumentiert das Konzept nur im Namen von »Eigenthümern«: Minderbemittelte und Besitzlose der »arbeitenden Classe« bleiben stillschweigend zur politischen Unmündigkeit verdammt.

Das Memorandum ist Zeugnis eines individuellen Denkvorgangs, ungestört von Amtsgeschäften und politischen Rücksichten. Da zeigt sich, dass neben Erfahrung und Staatsgesinnung des entlassenen Ministers auch Geschichtsdenken und Standesgesinnung des Reichsriters nachwirken. Stein besinnt sich auf Institutionen des Mittelalters, wo Adel, Bürger und Bauern in »quasi-demokratischen« Ständerepräsentationen ihre eigenen Interessen gegenüber dem Fürsten vertraten, wo die Landesangelegenheiten und das Gemeindewesen noch nicht der besoldeten, zunehmend volksfremden Bürokratie überantwortet waren. Es ist dieses Idealbild »altdeutscher Freiheit«, das die Abneigung gegen das Staatsbeamtentum des Absolutismus bestärkt und die Teilnahme gewählter Vertreter der genannten Stände an den inneren Staatsgeschäften wünschen lässt. Ziel dieses Reformdenkens ist die sittliche Veredelung des Volkes durch staatsbürgerliche Arbeit: damit »den Kräften der Nation eine freie Thätigkeit und eine Richtung auf das Gemeinnützig« gegeben werde – anstatt auf »müßigen sinnlichen Genuss«, »leere Hirngespinnste der Metaphysik« oder »Verfolgung bloß eigennütziger Zwecke«.

So spricht Steins handfester Moralismus. Dieser gründet sich weniger auf Deduktionen der Philosophie als auf nützliche Tugendlehre und lutheranische Pflichtauffassung. Wie weit entfernt dieses Denken von Kants Kosmopolitismus, Fichtes Nationalerziehung und zu-

mal Wilhelm von Humboldts individualistischem Bildungshumanismus auch sein mag – mit diesen gemeinsam hegt Stein den Fortschrittsglauben des 18. Jahrhunderts an die Entwicklungsfähigkeit des Menschen und seiner sozialen Beziehungen. Auch sein Freiheitsbegriff lebt von der Überzeugung, dass sich der Mensch erst im Dienst an der Gemeinschaft zur freien, sittlichen Persönlichkeit erheben kann. Stein-Biograf Gerhard Ritter wird dies (nicht frei von nationalistischer Einfärbung) als den »Grundgedanken des ganzen älteren deutschen Liberalismus im Gegensatz zur Utilitätsphilosophie der westlichen Revolutionäre« bezeichnen.<sup>32</sup> Doch in Stein lebt tatsächlich die Auffassung: Nicht die Anhäufung von Macht und Reichtum, von materiellen Gütern, sei das herrschende Prinzip wahrer Politik, sondern die moralische Erziehung des Menschen und künftigen Staatsbürgers.

32 Gerhard Ritter: Stein, S. 198.

### *Leitender Reformminister*

Während solcher Denkkoperationen vollzieht Napoleon den militärischen Sieg Frankreichs über Preußen und Russland. Er einigt sich mit dem Zaren gütlich und gewinnt diesen als Teilnehmer der Kontinentalsperre gegen England. Dem Hohenzollern hingegen wird am 9. Juli 1807 der Raubfrieden von Tilsit diktiert, wodurch Preußen die Hälfte seines Staatsgebietes verliert: sämtliche Territorien westlich der Elbe und fast alle ehemals polnischen Gebiete. Napoleon wird die annektierten Länder für liberalistische Reformen benutzen und wie ein Sporn in die Flanken des Reststaates Preußen treiben. Von dessen Provinzen sind nur Ostpreußen, Westpreußen und litauische Gebiete der Regierung Friedrich Wilhelms III. unmittelbar unterstellt. Brandenburg, Pommern und Schlesien sollen hingegen so lange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis Preußen eine Kriegskontribution an Frankreich zahlt. Deren Summe steigert Napoleon willkürlich von 73 auf 154 Millionen Franken. Weil der preußische Staat nicht zahlen kann, werden die Staatseinnahmen in den besetzten Provinzen konfisziert und überdies die Unterhaltskosten für 157 000 Besatzungssoldaten eingetrieben.

Der Eroberer beeinflusst sogar die Neubildung des preußischen Regierungskabinetts. Er empfiehlt die Wiederberufung Steins in dem Glauben, der in Ungnade entlassene Finanzfachmann sei vor den Karren der französischen Interessen zu spannen. So kommt es, dass sich Friedrich Wilhelm III. an seinen unliebsamen Staatsminister erinnert, der vielen nun als fähig erscheint, dem geschundenen Königreich als leitende Gestalt vorzustehen. Mit großzügigem Verzicht auf jede individuelle Bedingung nimmt Stein die Berufung an.

Inzwischen hat der Monarch Regierungskommissionen zur provisorischen Staatsverwaltung einsetzen müssen: zumeist ostpreußische Beamte, die durch bürgerlich-liberalistische Praxis und Theorie geprägt sind – den früheren Seehandel ihrer Provinz mit England, die Freihandelslehre des Schotten Adam Smith, die an Königsbergs Universität gelehrten Aufklärungsideen Kants und des Nationalökonom Jacob Kraus. In der tiefsten Krise der Monarchie haben die Beamten dem König eine Reform der Eigentumsverhältnisse vorgeschlagen, die den bürgerlichen Wohlstand verbessern und eine darauf basierende Erhöhung der staatlichen Steuereinnahmen ermögli-



chen soll. Die neuen Gesetzentwürfe sind nahezu fertig, als Stein am 4. Oktober 1807 in der Residenz zu Memel das Amt des Ersten Staatsministers übernimmt. Durch ihn werden die Pläne des ostpreußischen Liberalismus modifiziert: Denn Stein, der kein bedingungsloser Anhänger der Freihandelslehre ist, hat in seinen langen Dienstjahren auch maßlosen Eigennutz von Wohlhabenden und Gebildeten erfahren, so dass er den notwendigen Freiheiten des Individuums im Namen des Gemeinwohls durchaus noch gesetzliche Schranken belassen will. Der Gegensatz zwischen individualistischer Freiheitsauffassung und humanem Konservatismus charakterisiert das Arbeitsklima des von Stein geleiteten Regierungskollegiums.

Die preußischen Reformen beginnen bereits am 9. Oktober 1807 mit Paukenschlag: Stein eröffnet für ganz Restpreußen die Reformen, die das System des Feudalismus aufsprengen, den langfristigen Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Staat und die freiere Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft initiieren.<sup>33</sup> Das historisch berühmte »Oktoberedikt« proklamiert die »Güterfreiheit«, indem es die Heilige Kuh des privilegierten Adels – den Grundbesitz – von allen Beschränkungen des Kaufes und des Verkaufes entbindet, Bürgern und Bauern gestattet, Rittergüter zu erwerben, Adligen aber auch, ihren gutsherrlichen Landbesitz zu vergrößern und Unternehmer zu werden. Außerdem wird die feudale Erbuntertänigkeit der Bauern mit Wirkung vom 11. November 1810 aufgehoben. Damit endet der Gesindezwangsdienst; die Bauern und ihre Angehörigen gewinnen für individuelle Entscheidungen (Wohnsitz, Berufswahl, Heirat etc.) die Freiheit der Persönlichkeit. »Nach dem Martini-Tage 1810 gibt es nur freie Leute«, lautet die entscheidende Aussage, die die Bauernmassen für die Schicksalsfragen ihres Vaterlandes gewinnen soll.

Wie die Agrarumwälzung des napoleonischen Protektoratstaats »Westphalen«, so steht auch die preußische Reform im Gegensatz zur Französischen Revolution. Die Jakobiner haben die Agrarfrage bekanntlich auf revolutionär-demokratische Weise entschieden: den Emigrantenadel enteignet, den Anspruch aller Adligen auf Entschädigung verworfen, einen erheblichen Teil des Bodens in Parzellen an freie Bauern vergeben – alles in allem eine Konsequenz, die die wirtschaftliche Basis des bereits politisch entmachteten Standes beseitigt hat. Anders in Preußen. Das Land bleibt Eigentum der Großgrundbesitzer, und der Bauer, der im formalen Sinne des Gesetzes sehr bald als Person »frei« sein wird, aber auf einem Landstück des Grundherrn wohnen bleibt und wirtschaftet, muss diesem übergeordneten Eigentümer als Entgelt für die Bodennutzung weiterhin Renten in der Form von Frondiensten und Abgaben entrichten. Im Gegensatz zur agrarischen Umwälzung im »Königreich Westphalen« behalten die Gutsbesitzer in Preußen außerdem noch den feudalen Rechtstitel der lokalen Gerichts- und Polizeigewalt (»Patrimonialgerichtsbarkeit«), der dem Rittergutsbesitz als zugehörig gilt. Ist dies eine einstweilige Akzeptanz überkommener Privilegien, so erlaubt die neue Gesetzgebung im Namen der liberalistischen »Güterfreiheit« den Rittergutsbesitzern obendrein, den früher an die Bauern vergebenen Boden zwecks Vergrößerung der Gutsbetriebe wieder

33 Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend, Memel, 9. Oktober 1807, in: Das Reformministerium Stein. Akten zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte aus den Jahren 1807/08, Bd. I, hrsg. von Heinrich Scheel, Berlin/DDR 1966, S. 11 ff.

einzuziehen. Preußens Agrarreform wird folglich durch ein Dekret eingeleitet, das die wirtschaftliche und politische Macht des Adels nicht zerstört, sondern in einen neuen eigentumsrechtlichen Status überführt.

Das Edikt ist allerdings ein Kompromiss, mit dem die Reformer sowohl ihre eigenen Meinungsverschiedenheiten als auch ihren gemeinsamen Gegensatz zum herrschenden Adel auszugleichen versuchen. Stein selbst tritt für wirtschaftlich starke Bauernwirtschaften ein – zumal er in der Landbevölkerung die Steuerzahler für den Staat, die Ständevertreter für die lokalen Selbstverwaltungsorgane und die regionalen Vertretungskörper, die Patrioten für das Vaterland gewinnen will. Er muss aber der liberalistischen Doktrin seiner Mitarbeiter entgegenkommen, die gemäß ihrem englischen Vorbild eine auf Großgrundbesitz beruhende und rationell betriebene Landwirtschaft anstreben. Doch alle Reformer gemeinsam sehen sich den wütenden Angriffen des Landadels ausgesetzt, der gegen die Aufhebung des Gesindezwangsdienstes protestiert und demagogisch die »Freiheit des Bauernlegens« beansprucht.

Stein ist bei seinem Amtsantritt sogleich in den Strudel des staatlichen Notstands und einen Handlungszwang geraten, der ihm das »Oktober-Edikt« überstürzt abverlangt hat. Jetzt aber sinnt er auf bauernfreundliche Korrekturen. Gegen die großagrarischen Absichten seiner liberalistischen Mitarbeiter einerseits und des Landadels andererseits bewirkt er die Verordnung vom 14. Februar 1808: Danach müssen die Rittergutsbesitzer von der Hälfte des Landes, das sie durch »Bauernlegen« einziehen, neue und unabhängige Bauernstellen schaffen.<sup>34</sup> Allerdings kann Stein diese mittelbäuerlichen Höfe nur durch die Preisgabe einer großen Masse kleiner Bauern erkaufen, die durch Einziehung der anderen Hälfte des Landes in bezitzlose Tagelöhner verwandelt werden.

Mit dem Argument, die Masse der steuerzahlenden Eigentümer müsse zum Wohle des Staates vergrößert werden, gewinnt der Minister den Monarchen auch für die weitere Verordnung vom 27. Juli 1808: Die Bauern auf den königlichen Besitzungen (Domänen) in Ostpreußen, Westpreußen, den litauischen Gebieten – immerhin 47 000 Familien – gewinnen die von ihnen besiedelten Grundstücke als freies, ungeteiltes Eigentum.<sup>35</sup> Stein lässt den feudalen Mühlenzwang, eine profitable Einnahmequelle der Rittergutsbesitzer, liquidieren. Er plant sogar die Abschaffung der adligen Steuerbefreiung und der Patrimonialgerichtsbarkeit, wodurch er den gesteigerten Junkerhass auf seine eigene Person zieht.

Der Erste Staatsminister und seine Mitarbeiter suchen zwei weitere Reformen erfolgreicher zu verwirklichen, die in der »Nassauer Denkschrift« bereits vorgedacht worden sind. Eine neue Organisation der oberen Staatsbehörden soll deren sachliche Zentralisation bewirken. Höchstes Organ des Königreiches wird eine Staatsregierung, die in moderner Weise aus verantwortlichen Ressortministern für Inneres, Finanzen, Auswärtiges, Kriegswesen und Justiz besteht. Das Staatsterritorium wird in Provinzen, Regierungsbezirke und Kreise gegliedert, deren Behörden von Provinzialregierungen, Bezirkspräsidenten und Landräten zu leiten sind. Weil Stein aber ein Gegner des autoritären Bürokratismus und der Volksfremdheit des

34 Verordnung wegen Zusammenziehung bäuerlicher Grundstücke oder Verwandlung derselben in Vorwerkmland mit Bezug auf [...] Edikt vom 9. Oktober 1807 [...]. Für die Provinzen Ostpreußen, Litauen und Westpreußen, Königsberg, 14. Februar 1808, ebenda, Bd. I, S. 369 ff.

35 Verordnung wegen Verleihung des Eigentums von den Grundstücken der Immediateinsassen in den Domänen von Ostpreußen, Litauen und Westpreußen, Königsberg, 27. Juli 1808, ebenda, Bd. II, S. 693 ff.

Staates ist, ergänzt er die rational gegliederte Behördenstruktur durch staatliche und gesellschaftliche Kontrollorgane. An der Spitze soll das Kollegium eines Staatsrates, dem auch die Minister angehören, die Leitung und Kontrolle des gesamten Staatsapparats übernehmen. Neben die Behörden aller unteren Ebenen sollen Ständerversammlungen und Selbstverwaltungen treten. Diese Reorganisation des Staates Preußen wird am 24. November 1808 durch königliche Verordnung genehmigt.<sup>36</sup>

Das geschieht nun ein ganzes Jahr nach Napoleons bürgerlich-liberalistischer Konstitutionsakte für den Protektoratstaat »Westphalen«, dessen Staatsgrundgesetz die erste geschriebene und öffentlich proklamierte Verfassung in Deutschland ist.<sup>37</sup> Angesichts dieser Herausforderung enthält die Verordnung des Preußenkönigs jetzt auch die Absichtserklärung, »Reichsstände« für die Monarchie – eine Art parlamentarischer Vertretung – genehmigen und ebenfalls durch eine Verfassung garantieren zu wollen. Es ist ein Zugeständnis, das der Monarch in Krisenzeiten noch zweimal wiederholen, schließlich aber auf den Sankt-Nimmerleins-Tag seiner Regentszeit verschoben wird.

Eine tatsächliche Repräsentation und Selbstverwaltung verwirklicht Steins regierendes Kollegium in den Städten, wo Gewerbe und Industrie konzentriert sind und reiche Steuerquellen fließen. Bislang hat die Bürgerschaft unter der Aufsicht des königlichen Steuerrats und des Garnisonkommandanten gestanden. Aber durch die »Ordnung für sämtliche Städte der preußischen Monarchie« vom 19. November 1808 wird die städtische Selbstverwaltung mit sofortiger Wirkung eingeführt. Gemäß der Maxime, dass die freie Gemeinde die grundlegende Existenzform politischer Freiheit ist, erhalten die Stadtgemeinden eine Autonomie für Haushalt und Steuersachen, Armenfürsorge, Kirchen-, Schul- und Gesundheitswesen. Aus dieser gesetzlichen Funktion ergeben sich antifeudale Neuerungen. War das Bürgerrecht bislang ein Privileg, so muss jetzt jeder unbescholtenen Einwohner, der über Grundbesitz oder ein bemessenes Jahreseinkommen verfügt, als Bürger mit aktivem und passivem Wahlrecht anerkannt werden: Er wählt in gleicher und geheimer Wahl eine Stadtverordnetenversammlung, deren ehrenamtliche Mitglieder nicht mehr Vertreter von Korporationen und Zünften, sondern individuelle Repräsentanten der gesamten Gemeinde sind. Diese wählen den Magistrat als ausführendes und verantwortliches Organ. Die Wahlfunktionen sind Ämter auf Zeit.<sup>38</sup>

Diese Städteordnung übernimmt Elemente der französischen Munizipalverfassung, ist also Steins sichtliche Anlehnung an ein Resultat der Französischen Revolution. Während seine Entwürfe für die Provinziallandtage ständisch-korporativer Überlieferung verpflichtet bleiben, siegt hier das bürgerliche Repräsentativdenken auf der Grundlage persönlicher Freiheitsrechte. Die städtische Selbstverwaltung ist ein erster, entscheidender Schritt zur kommunalpolitischen Verantwortung der bürgerlichen Klassen in Preußen. Sie wird das patriotische Bewusstsein erheblich stärken.

Ein viertes Reformbemühen gilt dem Militärwesen. Eine Kommission unter der Leitung des Generalmajors Scharnhorst, der die weiteren Offiziere Gneisenau, Boyen, Grolman und als Mitarbeiter

36 Verordnung, die veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden in der Preußischen Monarchie betreffend, Königsberg, 24. November 1808, ebenda, Bd. III, S. 1088 ff.

37 Helmut Bock: Stachel im Fürstenfleisch. Napoleons deutsches Musterland, in: Napoleon Bonaparte, S. 40 ff.

38 Ordnung für sämtliche Stände der preußischen Monarchie, Königsberg, 19. November 1808, in: Das Reformministerium Stein, Bd. III, S. 1038 ff.

der junge Clausewitz angehören, folgert aus Frankreichs militärischer Überlegenheit die Notwendigkeit einer Heeresreform, die allerdings bis 1813 dauern wird. Ihre zentrale Aufgabe ist die Volksbewaffnung auf der Grundlage allgemeiner Wehrpflicht der männlichen Staatsangehörigen. Das bedeutet nichts weniger als den vollständigen Umbruch der preußischen Militärverfassung: die Ablösung der friderizianischen Feudalarmee gedungener Söldner und gepresster Untertanen durch eine Armee bürgerlich freier Soldaten – verbunden mit allen Neuerungen der Heeresorganisation, Feldzugsstrategie und Gefechtstaktik. Als Erster Staatsminister nimmt Stein an den Beratungen und ihren Beschlüssen teil.

Es fragt sich nun, ob dieses ganze System sozialer und politischer Reformen nur die Erneuerung Preußens im Innern bezweckt – oder ob von Anfang an auch das außenpolitische Ziel eines Kampfes für die Unabhängigkeit von Frankreichs Vorherrschaft beabsichtigt ist. Den Generalen der napoleonischen Besatzungsmacht erklärt Stein: Die Reformen seien der »zivilisatorische« Fortschritt, den Napoleon selbst so sehr wünsche, damit die Kriegskontribution gezahlt werde. Doch über den Zusammenhang aller Reformen mit dem Ziel der nationalen Erhebung sagt er in seiner Autobiographie unmissverständlich: »Man ging von der Hauptidee aus, den sittlichen, religiösen, vaterländischen Geist in der Nation zu heben, ihr wieder Muth, Selbstvertrauen, Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für Unabhängigkeit von Fremden und für Nationalehre einzuflößen, um die erste Gelegenheit zur Unternehmung des blutigen wagnisvollen Kampfes für beides zu ergreifen [...].«<sup>39</sup> Theodor v. Schön, Steins Mitarbeiter, bezeugt ebenfalls: »Einig waren wir unbedingt darin, dass das französische Joch abgeschüttelt und Selbständigkeit erlangt werden sowie dass unser Staat seine verrotteten Institutionen verlassen und angemessene Einrichtungen zum Fortschritt und zur Belebung des Volkes treffen müsse.«<sup>40</sup>

#### *Steins Sturz*

Die patriotischen Absichten erfahren im Frühjahr 1808 eine plötzliche und nachhaltige Ermütigung. Ein Volksaufstand in Spanien zwingt Napoleon, seine in Preußen befindliche Armee für den Krieg auf der Pyrenäenhalbinsel abzuziehen. Der spanische Volks- und Guerillakrieg ist das Fanal, das den Empörungsgedanken der Reformer aktiviert: Bewaffnete Insurrektionen der Massen sollen die Operationen der regulären Armee unterstützen. Mit Denkschriften bestürmen Stein, Scharnhorst und Gneisenau ihren Monarchen, um ihn für die nationale Erhebung zu gewinnen. Stein selbst schreibt am 11. August 1808: »Es muss in der Nation das Gefühl des Unwillens erhalten werden über den Druck und die Abhängigkeit von einem fremden [...] Volke. [...] Man muss gewisse Ideen über die Art, wie eine Insurrektion zu erregen und zu leiten ist, verbreiten und beleben.«<sup>41</sup>

Insurrektion, bewaffneter Volksaufstand zur Unterstützung der Armee! – das ist ein Plan, den preußische Staatsminister zuvor nie zu denken, geschweige denn in offiziellem Memorandum zu äußern wagten. Insbesondere Gneisenau ist der politische Kopf, der jetzt die nationale Alternative gegen Napoleon und den Rheinbund formuliert – die Schaffung eines norddeutschen Nationalstaats: Die Reformen

39 Stein: Erinnerung ans Vergangene, in: Briefe und amtliche Schriften, Bd. IX, S. 878.

40 Th. von Schön: Aus den Papieren, Bd. 4, o. O. u. J., zit. nach Karl Obermann: Bemerkungen über die soziale und nationale Bedeutung der preußischen Reformbewegung unter dem Ministerium des Freiherrn vom Stein, in: Die Volksmassen – Gestalter der Geschichte, Berlin 1962, S. 135.

41 Max Lehmann: Freiherr vom Stein, Leipzig 1921, S. 318; siehe auch F. Thimme: Zu den Erhebungsplänen der preußischen Patrioten im Sommer 1808, in: Historische Zeitschrift, Nr. 86 (1901); Franz Herre: Freiherr vom Stein, S. 198.

in Preußen sollen auch andere Deutsche ermutigen, unter der Hohenzollernkrone für die Unabhängigkeit des gemeinsamen Vaterlandes zu kämpfen. Es sollen sogar revolutionär-demokratische Maßnahmen eines Volksbefreiungskriegs angewandt werden – so die Absetzung aller nicht zum Kampf bereiten Obrigkeiten, die Enteignung unpatriotischer Adliger, die entschädigungslose Übergabe des Bodens an patriotische Bauern und nicht zuletzt: die Entmachtung der Rheinbundfürsten.<sup>42</sup> Es sind radikalpolitische Ideen, die aus dem Epochenerlebnis der Französischen Revolution gewachsen und durch Friedrich Schillers freiheitliche Dramen, zumal »Wilhelm Tell«, ermutigt sind. Die Reformer lassen insgeheim schon gleichgesinnte Beamte, Offiziere, Intellektuelle und Priester mobilisieren, die das Volk agitieren und Rüstungen vorantreiben. Illegale Aufstandskomitees knüpfen ein Netzwerk zu den französisch besetzten Festungsstädten, den norddeutschen Häfen, den ehemals preußischen Gebieten des »Königreiches Westphalen«, dem Emigrantenzentrum Prag und sogar zum Wiener Kaiserhof.

Gerade jetzt verstärkt der gegnerische Adel seinen Widerstand gegen Steins Ministerium; er wittert die drohende Tendenz, dass sich die antifeudale Politik mit Hilfe des Unabhängigkeitskampfes radikalieren werde. So überschüttet nunmehr der Landadel den König mit Beschwerdeschriften. Er boykottiert in den Provinzen die Bekanntmachung der neuen Agrargesetze, und weil er die alte Ausbeutungsweise mit gutsherrlicher Gewalt aufrecht erhält, gären Bauernunruhen in Schlesien. Eine Gruppe der Hofkamarilla, die seit der Katastrophe bei Jena und Auerstedt für Preußens andauernden Kniefall vor Napoleon wirkt, stellt sich gegen die außenpolitischen Absichten der Reformer: Nur Unterordnung unter die Wünsche des Kaisers der Franzosen und Anlehnung an seinen Verbündeten, den russischen Zaren, gebe der Hohenzollerndynastie eine historische Überlebenschance. Dieser Gegensatz zwischen den Reformpatrioten und den widerständischen Adelsfraktionen führt zu Ereignissen, die das Staatsministerium zu Fall bringen.

Heftige Leidenschaft und Ungeduld des Ersten Ministers veranlassen selbst die Katastrophe. Eine Sendung unverschlüsselter Briefe, in denen er persönlich den spanischen Volkskrieg als beispielhaft für die Deutschen rühmt und sogar Angaben über Aufstandsvorbereitungen im »Königreich Westphalen« macht, wird an die Franzosen verraten. Diese verhaften den Kurier, finden die kompromittierenden Schriftstücke und schicken sie umgehend nach Paris.<sup>43</sup> Die kriegerischen Absichten des Ministeriums sind enthüllt.

Der Vorfall kommt Napoleon gelegen. In der ungünstigen Situation, Preußen auch ohne vollständige Kontributionszahlung räumen zu müssen, bekommt er den politischen Trumpf in die Hand, den Hohenzollern zu erpressen. Er zwingt dessen Unterhändler am 8. September 1808 zur Annahme einer wiederum knechtenden Konvention. Auf die subversive Tätigkeit des Ersten Ministers reagiert er mit despotischer Kürze: »Stein, der Unruhen in Deutschland zu erregen sucht, wird für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärt. [...] Persönlich wird besagter Stein überall, wo er von unsren oder unsrer Verbündeten Truppen erreicht werden kann, verhaftet.« Steins Güter in Nassau werden konfisziert.<sup>44</sup>

42 Neidhardt von Gneisenau: Denkschrift vom Sommer 1808 über die Idee eines Volksaufstandes, in: *Ausgewählte militärische Schriften*, hrsg. von Gerhard Förster u. Christa Gudzent, Berlin/DDR 1984, S. 117 ff.; Derselbe: *Aus der Konstitution für die allgemeine Waffenerhebung des nördlichen Deutschlands gegen Frankreich vom August 1808*, ebenda, S. 122 ff.

43 Stein: *Briefe und amtliche Schriften*, Bd. II/2, S. 817 f. Da die Originalschreiben verschollen sind, wird ihr Inhalt aus französischen Zeitungsnachrichten entnommen. Siehe: *Das Reformministerium Stein*, Bd. III, S. 898, Anm. 1.

44 Zit nach Lehmann: *Freiherr vom Stein*, S. 349.

Friedrich Wilhelm III. hat Stein und seine Reformhelfer als eine Kraft gewähren lassen, die er ebenso beargwöhnte wie er sie benötigte, die Dynastie und den Staat aus der akuten Krise zu reißen. Jetzt klafft der offene Widerspruch zwischen den Interessen des Königs, den Bestand der Hohenzollerndynastie in Preußen zu retten, und den auf die Befreiung ganz Deutschlands gerichteten Reformern. Hinter dem Rücken seines Staatsministers ratifiziert der Monarch den neuen Vertrag mit Frankreich. Zum zweiten Mal muss Stein seinen Abschied einreichen. Er bewirkt noch die rechtliche Inkraftsetzung der Behördenreform und der Städteordnung – und scheidet am 24. November 1808 aus dem Amt. Dem Zugriff der Franzosen und ihrer Verbündeten entweicht er in die österreichische, später russische Emigration, wo er als ein führender Kopf des antinapoleonischen Widerstands der Deutschen fortwirken wird.

Napoleons Befehl und die diplomatische Unterwerfung des Preußenkönigs zerschneiden das Reformwerk eines Mannes, dessen Absichten über die vollzogenen Wandlungen erheblich hinausreichen. Das »Politische Testament«, das Stein seinen Mitarbeitern und Nachfolgern hinterlässt, bezeichnet weitere Schritte der bürgerlichen Umgestaltung.<sup>45</sup> An der Spitze steht die politische Entmachtung des Landadels durch Beseitigung der gutsherrlichen Polizeigewalt, der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Gesindeordnung. Dann werden weitere Reformen verlangt: Einführung der preußischen Nationalrepräsentation mit dem Wahlrecht für männliche Staatsbürger, Liquidation der Geburtsprivilegien des Adels, Abschaffung der bäuerlichen Frondienste, patriotische Erziehung und Bildung des Volkes, Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht. Mit Ausnahme der letzteren wird Steins Vermächtnis nicht erfüllt. Jedoch es sind nicht nur die wirklichen Gedanken und Taten, die das Wirken und Wollen historischer Persönlichkeiten bezeugen. Auch die entworfenen Ideen, überlieferten Pläne, gescheiterten Absichten müssen in den Annalen der Geschichte unvergessen bleiben.

Freilich wird über Steins Sturz in Preußen triumphiert. Junker von der Marwitz und General Yorck schimpfen den Leiter der begonnenen Reformen ein »Haupt der Verräter«, die »die Revolution ins Land brachten«.<sup>46</sup> Ins gleiche Horn stößt Napoleons abziehende Besatzungsmacht. So lautet die Proklamation, die der Marschall Davout am 30. November 1808 an die Berliner Bevölkerung richtet: »Hier so wie überall gibt es überspannte Köpfe und Abenteurer, welchen der Umsturz aller Ordnung und jede Neuerung ein Gegenstand der Hoffnung und ein Bedürfnis ist; diese schädlichen Köpfe sind im Zaum gehalten worden. Der Adel, die Eigenthümer, die Geistlichkeit, der Bürger und der Kaufmann und alle Einrichtungen, auf welchen die gesellschaftliche Ordnung beruht, sind gegen alle Versuche jener Neuerer verteidigt worden.«<sup>47</sup> So weit entfernt steht Frankreichs Kaisertum im Jahre 1808 von der revolutionären Republik des Jahres 1793, die Steins große und schwierige Herausforderung war. Napoleons Hegemonialpolitik fürchtet im preußischen Reformpatriotismus die Vereinigung bürgerlicher Erneuerung mit den Absichten des deutsch-nationalen Widerstands.

45 Minister Freiherr vom Stein an die Mitglieder des Generaldepartements (das sog. »Politische Testament«), in: Das Reformministerium Stein, Bd. III, S. 1136 ff.

46 Friedrich August Ludwig von der Marwitz: Ein märkischer Junker im Zeitalter der Befreiungskriege, hrsg. von F. Meusel, Bd. 1, Berlin 1908, S. 492.

47 Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen, Nr. 144 vom 1. Dezember 1808.

*Postskriptum*

Als Erster Minister der preußischen Staatsregierung von 1807 bis 1808 personifiziert Stein den Beginn der Preußischen Reformen. Diese wurden seit 1810 unter der Leitung des Staatskanzlers Hardenberg fortgesetzt. Ideen und Werk beider Regierungen haben in der Geschichtsschreibung zur Unterscheidung zwischen »zwei Tendenzen« der Reformen geführt: der von Stein vertretenen »gemäßigten, mit dem Humanismus der Feudalzeit gemischten« und der von Hardenberg vollzogenen »rein kapitalistischen« Tendenz.

Jürgen Kuczynski urteilte über den Beginner der Reformen: »Stein war kein Vertreter des Kapitalismus und neigte mehr dem zu, was man ›feudalen Humanismus‹ nennen kann.«<sup>48</sup> Im Gegensatz zu seinen liberalistischen Mitarbeitern, die von England das Beispiel einer auf großen Gütern betriebenen kapitalistischen Landwirtschaft zu übernehmen gedachten, wollte Stein die Bauern vor sozialer Entwurzelung, die »arbeitende Classe« vor Willkür des Reichtums und der Reichen schützen. Das geschah gemäß den tief empfundenen Fürsorgepflichten des Altadligen, den Erfahrungen seiner ökonomisch-sozialen Amtstätigkeit und seinem Gegensatz zur Französischen Revolution: »Bildung der unteren Classen und Verbesserung ihres Zustandes« sollten der »Revolution zuvorkommen«. Weil aber Preußen und Deutschland unter die Vorherrschaft Frankreichs gerieten, sollten die bürgerlichen Reformen das Volk auch für den Unabhängigkeitskampf gegen das napoleonische Hegemonialsystem gewinnen. So wurden Stein und seine reformpatriotischen Mitstreiter zu Schrittmachern der vaterländischen, sogar rebellischen Bewegung, die 1813 das Bündnis der Fürsten mit Napoleon sprengte und den nationalen Krieg gegen ihn erzwang. Dass aus den begonnenen Preußischen Reformen letztendlich eine Gesellschaft des Kapitalismus der freien Konkurrenz, des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, des sozialen Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat hervorgehen würde, entsprach nicht Steins Erwartungen, nicht seiner historischen Perspektive.

Anders erscheint die Gestalt des zweiten namhaften Reformers. Karl August v. Hardenberg war unter mehreren deutschen Fürsten und Dienstherren als Verwaltungsbeamter und Diplomat gewachsen. Seinem Wesen nach ganz Staatsbürokrat, folgte er aus der Französischen Revolution und ihrem Werdegang zum postrevolutionären Staatswesen Napoleons eine von Preußens monarchischer Regierung selbst geleitete »Revolution von oben«.<sup>49</sup> Wie Kaiser Napoleon die bürgerlich-liberalistischen Errungenschaften der Revolution bewahrte, aber die autoritäre Macht des Staates, gestützt auf Beamten-schaft und Militär, wiederherstellte, so vertrat Hardenberg ein Konzept der Bewilligung liberalistischer »Freiheit« und »Gleichheit«, aber auch der Kräftigung des Staats der Hohenzollern. Zu diesem Zweck erstrebte er die Verwandlung aller Untertanen in staatlich verpflichtete Steuerbürger und die Zulassung einer preußischen »Nationalrepräsentation«, die in Wirklichkeit allerdings nur kurzfristig als ein konstitutionelles Feigenblatt der Autorität des Monarchen existierte. Hardenberg selbst konzipierte diese Institution als eine Landesvertretung von steuerzahlenden, deshalb auch wahlfähigen

48 Jürgen Kuczynski: Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin/DDR 1975, S. 71.

49 Karl August von Hardenberg: Rigaer Denkschrift vom 12. September 1807, in: Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg, 1. Teil / 1. Band, hrsg. von Georg Winter, Leipzig 1931 (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven 93), S. 302 – 363.

Besitzbürgern, die Probleme des Staats und der Gesellschaft nur beraten und formulieren durften, indes die politischen Aktivitäten alleinige Sache der Bürokratie blieben. Steins Argwohn gegen »Dienstmechanismus« und Volksfremdheit des Beamtenapparats, sein Bemühen um Selbstverwaltung und gemeinnützig tätige Ständevertretungen der Staatsbürger waren Napoleon wie auch Hardenberg fremd.

Für den Staatskanzler waren die andauernden Kontributionsforderungen des Kaisers der Franzosen ein unmittelbarer Beweggrund seiner Reformen – es war denn auch ein Finanzedikt, mit dem sein Wirken begann. Er vermehrte den Zufluss von Steuern durch den Verkauf von königlichen Domänen, die Beschlagnahme und Veräußerung von Kirchengütern, die Zulassung der Juden (darunter finanzkräftige Bankiers- und Kaufmannsfamilien) zu den Staatsbürgerrechten. Entscheidend war die Einführung der Gewerbefreiheit, wonach jedermann Produktion und Handel gestattet wurde, sofern er eine Gewerbesteuer entrichtete. Freie wirtschaftliche Betätigung der Staatsbürger und Besteuerung durch den Staat hieß das Reformprinzip, das mit immer noch existierenden Rechtsgewohnheiten und Privilegien brach. Problematisch aber war die Art der Anwendung dieses Prinzips auf dem Agrarsektor.

Steins »Oktoberedikt«, das die persönliche Freiheit der Bauern bewirkte, hatte für die Nutzung von Adelsland die Entrichtung einer Feudalrente in der Form »dinglicher Lasten« (Geld und Naturalien) beibehalten. Eine revolutionäre Fortsetzung der Bauernbefreiung hätte die entschädigungslose und möglichst viele Bauern berücksichtigende Übereignung des Bodens erfordert, wofür es sogar schon Entwürfe gab. Hardenberg entschied einen anderen Weg. Ein Regulierungsedikt von 1811 verhiess den Bauern, die auf dem Boden eines adligen Landeigentümers wohnten und wirtschafteten, denselben als volles und eigenes Eigentum erwerben zu können. Doch als Bedingung galt eine Entschädigungspflicht, wonach die Bauern ein Drittel oder die Hälfte des von ihnen genutzten Bodens an die Grund- und Gutsherren ausliefern mussten. Das Edikt begünstigte somit die ostelbischen Rittergutsbesitzer, die nicht nur von Abgaben der Bauern lebten, sondern auch selbst agrarische Produktion und Handel mit den Produkten betrieben – und deren Interesse es war: möglichst große Ländereien als ihr unbeschränktes Eigentum einzubehalten und die entwurzelten Bauernfamilien als billige Arbeitskräfte auf ihren Gütern auszubeuten. Dieser »preußische Weg« der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, der wegen der Entschädigungsmodalitäten einige Jahrzehnte beanspruchte, ermöglichte die Verwandlung des feudalen Landadels in kapitalistisch wirtschaftende Großgrundbesitzer, eine Klasse von Agrarkapitalisten. Der frühere Bauernstand hingegen spaltete sich in eine bürgerliche Klasse überlebender, aber lange und tief verschuldeter Hof- und Landeigentümer sowie eine Millionenmasse von Landproletariern und überdies Menschen, die sehr bald als Paupers und Frühproletarier zum Strandgut des Industriekapitalismus degenerierten – von Marx »industrielle Reservearmee« genannt.

So erklärt sich im Ganzen, dass bei Hardenberg von einer »rein kapitalistischen« Tendenz seiner Reformtätigkeit gesprochen wird.



Jedoch ein Reformpatriot Preußens oder gar Deutschlands war er nicht. Während er überaus lange im Bündnis mit Napoleon verharrte, wuchs Stein zum Vorreiter des Ringens um nationale Unabhängigkeit. Bildung der Russisch-deutschen Legion, Anbahnung der rebellischen Konvention von Tauroggen, Organisierung der nahezu insurrektionellen Volksbewaffnung Ostpreußens, Einholung des zaudernden Preußenkönigs in das Kriegsbündnis gegen Napoleon, Autorschaft des ursprünglichen, auf den Sturz der Rheinbundfürsten gerichteten Kriegszielprogramms im Frühjahr 1813 – dies alles sind Wegmarken, wo der geborene Reichsritter wieder und wieder Barrieren herkömmlicher Feudalpolitik und absolutistischer Staatsräson übersprang. Der aus dem Konservatismus der Reichsritterschaft, aber auch der herausfordernden Begegnung mit England und Frankreich aufsteigende Mann weckte und stärkte die Kraft nationaler Selbstbehauptung, die im großen historischen Sinne notwendig war: Nicht nur in England und Frankreich, sondern auch in Deutschland musste sich zukünftig eine Nation politisch konstituieren. Reformpatrioten wie Stein, Scharnhorst und Gneisenau handelten daher gemäß einer historischen Entwicklung, die mit der Perspektive, einen bürgerlich-nationalen Staat hervorzubringen, die nationale Unabhängigkeit gebot.

Vielleicht ist zum Schluss auch richtig zu sagen, dass mit Hardenbergs »rein kapitalistischer« Tendenz liberalistische Neuerungen hervorgebracht wurden, die vom Kapitalismus tatsächlich benötigt, integriert, aber auch abgenutzt wurden. Stein hingegen bezeugt, dass der Begriff »humaner Konservatismus« nicht Rückständigkeit oder Reaktion bedeuten muss. Das Denken und Handeln des Mannes, der »ausgezogen war, der Revolution zuvorzukommen«, enthielt fürsorgliche, prädemokratische, gemeinverantwortliche Elemente, die bis heute noch immer nicht abgegolten sind.

ANNEGRET KÜNZEL

## Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit?

Ziel der Tagung war es, eine Bilanz des wirtschaftlichen Einigungsprozesses zu ziehen und wirtschaftspolitische Alternativen für die Zukunft aufzuzeigen. Die Wahl des Tagungsortes fiel – wie von *Joachim Ragnitz* vom veranstaltenden Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einleitend festgestellt – nicht von ungefähr auf das beschauliche Tutzing, da hierdurch ein exklusiver Kreis prominenter Referentinnen und Referenten gewonnen werden konnte, der sich wohl kaum in einem beliebigen ostdeutschen Tagungsort eingefunden hätte. Aufbau Ost in Tutzing – dank der elitären Ortswahl gab es daher auch kaum Publikum, sondern die vortragenden Wirtschaftsexpertinnen und -experten des Einigungsprozesses blieben weitgehend unter sich.

Im Eröffnungsvortrag »Wirtschaft Ost – Nachwirkungen der DDR-Vergangenheit und Fehler im Vereinigungsprozess« stellte *Ullrich Heilemann* von der Universität Leipzig vier Thesen zum wirtschaftlichen Einigungsprozess vor. Erstens habe es nie eine »Stunde Null« in der Geschichte gegeben, so auch nicht bei der Deutschen Einigung. Daraus resultierten die verschiedenen Prägungen der Menschen in Ost und West. Zweitens seien bei der Vereinigung natürlich Fehler gemacht worden, die heute oft aus einer verengten ökonomischen Perspektive diskutiert würden und dann als Fehler erschienen. Damals jedoch sowie in einer weiteren Perspektive stellten sich diese vermeintlichen Fehler nicht unbedingt als solche dar. Drittens sei die Zahl der eigentlichen Fehler weit geringer, als heute glauben gemacht werde, aber diese wenigen originären Fehler hatten teilweise erhebliche und komplexe Folgen. Viertens schließlich seien viele Fehler und Fehleinschätzungen nachträglich korrigiert worden. Insgesamt – so schloss Heilemann – habe es keine realistischen Schätzungen zu wirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Prognosen und zudem eine Überschätzung der zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstumsprozesse in Ostdeutschland gegeben. Die Entwicklung vom Stier zum Ochsen, so Heilemann, sei leicht, einen Ochsen zum Stier zu verwandeln, dagegen schwieriger.

In seinem Kommentar zu diesem Eröffnungsvortrag wies *Manfred Wegner*, Gründungsdirektor des IWH, auf die westdeutsche Ignoranz gegenüber dem Osten hin. Der Kardinalfehler bei der Vereinigung sei es gewesen, anstelle einer Reform der eigenen kranken bundesrepublikanischen Systeme diese dem maroden System der DDR überzustülpen. Anschließend zog *Klaus Deutsch* von Deutsche

Annegret Künzel – Jg. 1978, M.A. in Gender Studies, 2006 in einem Forschungsprojekt an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg und am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; seit 2007 Referentin für Ostdeutschland bei der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag; ausgewählte Publikationen: Feministische Theorien und Debatten, in: Lena Foljanty, Ulrike Lembke (Hg.): Feministische Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch, Nomos, 2006; Von Alleingelassen bis Mitversorgt. Empirische Befunde zu Einstandspflichten in Paarbeziehungen, in: Kirsten Scheiwe (Hg.): Soziale Sicherungsmodelle revisited. Existenzsicherung durch Sozial- und Familienrecht und ihre Geschlechterdimensionen, Nomos 2007.

Bank Research zum Thema »Ist der Aufbau Ost gescheitert?« eine Zwischenbilanz aus makroökonomischer Perspektive.

Bemerkenswert waren die Überlegungen von *Peter Hampe*, Technische Universität Dresden, in seinem Kommentar über die mentalen Einstellungen in Ostdeutschland. Hampe zitierte eine Allensbachumfrage, die eine ausgesprochen negative Stimmung im Osten feststellt. Die Gründe für dieses Stimmungstief vermochte sich der Redner jedoch nicht zu erklären und staunte daher explizit über das ostdeutsche Jammern. Offenbar, so Hampe, spielten auch psychologische Gründe eine Rolle im Vereinigungsprozess, beispielsweise hätten sich die – volkswirtschaftlich eigentlich gebotenen – geringeren Löhne unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Osten nicht vermitteln lassen.

Höhepunkt der Tagung war eine Podiumsdiskussion mit *Richard Schröder*, Humboldt-Universität zu Berlin, *Kurt Biedenkopf*, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen a. D., und *Klaus von Dohnanyi*, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a. D., zum Thema »Wie geht es weiter mit Ostdeutschland«, moderiert von *Heinrich Oberreuter*, Direktor der Akademie für politische Bildung. Zunächst stellte von Dohnanyi fest, dass »Ostdeutschland ein gottloses Land geworden sei«, denn es erhielten mehr junge Menschen die Jugendweihe als die Kommunion, mithin sei der bürgerliche Hintergrund der Menschen während der DDR verlorengegangen. Biedenkopf betonte, dass die ökonomischen Probleme der Wiedervereinigung letztlich eine Spätfolge des Krieges und der deutschen Teilung seien, sonst wären heute die Hauptsitze der großen Unternehmen auch in Ostdeutschland. Schröder kritisierte, dass sich die Menschen hinsichtlich ihrer Lebenszufriedenheit und des Erfolges der Vereinigung ausschließlich an westdeutschen Maßstäben orientierten. In der sich anschließenden Diskussion dominierte die Idee einer Neustrukturierung des föderalen Systems, wobei einzig Schröder nicht glaubte, dass das Föderalismusproblem das zentrale für Ostdeutschland sei. Zudem wurden ausholende grundsätzliche Überlegungen über den Zusammenhang von Staat und regionaler Identität der Menschen angestellt, die eher auf die Hilflosigkeit der Diskutanten verwies, sich über konkrete aktuelle Problemlagen auseinanderzusetzen. Der im Diskussionstitel angekündigte Blick in die Zukunft jedenfalls unterblieb zugunsten einer – manchmal reichlich nostalgisch gefärbten – Rückschau in die Vergangenheit. Auffallend häufig wurden aktuelle wirtschaftliche Probleme in Ost- und Westdeutschland gern mit unterschiedlichen Mentalitäten in Ost und West erklärt.

Am zweiten Konferenztag sprach *Joachim Ragnitz* vom IWH über »Strukturveränderungen in der ostdeutschen Wirtschaft«. Er kam zu dem wenig erhellenden Fazit, dass der Osten zwar hinter den Westen zurück falle, es aber dennoch gute Entwicklungen gebe. Insgesamt zeigten sich demnach aber divergierende Ergebnisse in Ost und West, die deswegen lediglich grundsätzliche Aussagen zuließen.

Weit interessanter war dagegen der Kommentar von *Rainer Lingenthal*, Leiter der Abteilung »Angelegenheiten der neuen Länder« im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BM-VBS), die federführend für die Bundesregierung den Aufbau Ost be-

Tagung des Instituts für  
Wirtschaftsforschung Halle  
(IWH) und der Akademie für  
politische Bildung Tutzing  
am 16. und 17. März 2007

arbeitet. Lingenthal stellte zunächst richtig fest, dass das Thema Ostdeutschland »in der Luft liege«. Die Spekulationen über die Fortführung oder Infragestellung des Solidarpakts II kommentierte er dahingehend, dass es nach 2019 keinen Solidarpakt III geben werde, die Mittel im Solidarpakt II bis dahin jedoch sicher seien. Für die Strukturschwäche von Regionen in Ost und West – so Lingenthal – gebe es unterschiedliche Ursachen, daher sei auch eine unterschiedliche Behandlung vonnöten. Die gezielte Förderung Ostdeutschlands sei richtig und wichtig. Der größte Standortnachteil der neuen Länder, so führte Lingenthal kurzweilig an, sei es, in Deutschland zu liegen, da die Bundesrepublik gerade bei ausländischen Investoren ein schlechtes Image habe. So gebe es einen »gesamtdeutschen Grauschleier« in den Köpfen der Investoren. Die zukünftige wirtschaftliche Aufbau-Ost-Strategie der Bundesregierung schließlich – so schloss Lingenthal – konzentriere sich auf Cluster im Sinne von Netzwerken zwischen Forschung und Industrie.

Die demographischen Probleme der neuen Länder stellte anschließend *Nicola Hülskamp* vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln vor. Sie verwies unter anderem auf den in Diskussionen oft ignorierten Fakt, dass die Zuwanderung aus dem Ausland die Alterung als demographisches Problem in Ostdeutschland nicht aufhalten werde. In seinem fundierten Vortrag über den ostdeutschen Arbeitsmarkt betrachtete *Marcel Thum* von der Technischen Universität Dresden Ostdeutschland als Laboratorium, in dem zukünftige westdeutsche Probleme vorweggenommen bearbeitet werden könnten. Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Mittel- und Geringqualifizierten in Ostdeutschland sei auf den Mangel an Hochqualifizierten zurückzuführen. So sei es deren Abwanderung bzw. deren rückläufige Anzahl, die den Rückbau der hohen Arbeitslosigkeit im Osten verhinderten. Die Zahl der Hochqualifizierten könne erhöht werden durch eine erhöhte Frauenerwerbstätigkeit, eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer sowie durch mehr Hochschulabsolventen.

Thums Vortrag kommentierte *Christian Geinitz*, Wirtschaftskorrespondent für die neuen Bundesländer der FAZ. Geinitz stellte fest, dass die Entlohnung für Geringqualifizierte im Osten und die Sozialtransfers zu hoch seien, so dass sie keine Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gebe. Der beste Aufbau Ost jedoch, so Geinitz, sei auch für den Arbeitsmarkt ein Umbau West.

*Hans-Werner Sinn*, Präsident des Münchner Ifo-Institut, stellte rückblickend fest, dass die Löhne im Osten der Produktivität vorausgeeilt seien, sie dieser aber eigentlich folgen müssten. Aufgrund zu hoher Lohnkosten wachse die Wirtschaft im Osten nicht und es kämen keine Investoren. Gleichzeitig böten zu hohe Sozialtransfers keine Anreize zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit. Sinn warf auch eine Aufsehen erregende Zahl in die Runde, indem er mit Blick auf die innerdeutschen Finanztransfers darauf hinwies, dass gemessen am BIP 31 Cent eines jeden in Ostdeutschland ausgegebenen Euros aus dem Westen stamme. Es handele sich im Osten um eine Transferökonomie, da es noch nie eine Region dieser Größe auf der Welt gegeben habe, die von so einem umfangreichen Zustrom finanzieller Leistungen profitiert hatte.

*Hartmut Mangold* von der Abteilung »Angelegenheiten der neuen Länder« im BMVBS verwies auf den schwierigen Diskussionsprozess, in dem sich Bund und Länder hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik befänden. Auch Mangold verknüpfte seine Einschätzung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Situation in Ostdeutschland mit Bewertungen der mentalen Einstellungen der Bevölkerung: In Westdeutschland sei die Erwartung der Menschen größer, dass sich jemand mit der Selbstzurechnung zum Prekariat selbst helfe, im Osten hingegen sei diese Einstellung geringer ausgeprägt und die Erwartung an den Staat größer.

Im Fazit lässt sich die Konferenz überspitzt als »Veteranentreffen« von führenden Wirtschaftsexperten im Prozess der Deutschen Einheit charakterisieren. Es dominierte in erster Linie Eigenlob darüber, das wirtschaftspolitische Großprojekt der deutschen Einheit überhaupt in Angriff genommen zu haben. Alternativen, so das wohlwollende Fazit der Hauptredner, zum damaligen Vorgehen seien damals nicht gesehen worden und wären auch nicht durchsetzbar gewesen. Insgesamt dominierten – manchmal verkürzte – volkswirtschaftliche Analysen sowie ausladende Diskussionen über die zu Beginn der 1990er Jahre begangenen politischen Fehler. Da diese teils recht selbstgefällige Rückschau auf den wirtschaftlichen Einigungsprozess oft mit psychologistischen Einschätzungen vermischt wurde, blieb das Publikum häufig rat- und hilflos zwischen komplexen volkswirtschaftlichen Diagnosen und Diagrammen sowie simplifizierenden Bewertungen über die ostdeutsche Psyche zurück. Die erforderlichen und angekündigten wirtschaftspolitischen Lehren für die Zukunft wurden von den Referentinnen und Referenten genauso wenig gezogen wie visionäre Ausblicke gewagt wurden. Angesichts der ambitionierten Zielsetzung der Konferenz wäre es wünschenswert gewesen, mehr Gäste einzuladen, die sich heute mit den wirtschaftlichen und auch sozialen Folgen der Deutschen Einheit in Ost und West beschäftigen. Die in Tutzing geführten Diskussionsrunden prominenter Rednerinnen und Redner haben mit ihrem tendenziell rückwärts gewandten Blick jedenfalls keine neuen Perspektiven für den Aufbau Ost eröffnet.

WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Es gibt zuweilen Regionalereignisse, deren Aussagekraft über das Regionale (nicht vollständig unmöglich wäre auch die Verwendung des Vokabelpaars »das Provinzielle«) hinausgeht: In Berlin fetzten sich unlängst die Regionalpolitiker über Skandale in einem Jugendgefängnis. Und wie es Brauch ist, echauffierten sich darob die drei Berliner Oppositionsparteien, natürlich heftig und laut und sachlich und unsachlich gleichermaßen. Und die Regierungspartei spielte den Skandal pflichtschuldiger herunter, sprach der zuständigen Senatorin das Vertrauen aus, war aber gewillt, sich zu kümmern; die Mitregierungspartei hielt sich – erwartungsgemäß – in der Angelegenheit sehr bedeckt und befließigte sich eines moderaten Tonfalls. Zwar wäre es nun wahrlich zu einfach gestrickt und zu billig, jetzt hier die Floskel »Wes' Brot ich eß ... « einzuflechten, aber wenn ich mir vorstelle, wie die Berliner Lederer-Linksler gekräht hätten, wenn dieser Gefängnissskandal unter einem CDU- oder CDU/FDP-Senat geschehen wäre, wie die Spalten des Lokalteils der Zeitung *Neues Deutschland* vor Empörung geradezu geborsten wären, ja dann ... – »Gestaltungswillen« hat eben seinen Preis. Und das eben nicht nur in Berlin, sondern überregional.

In Sachsen soll es – einer Umfrage zufolge – die SPD geschafft haben, in der Wählergunst hinter die NPD zurückzufallen. Natürlich liegt es jetzt nahe, das Faß zu öffnen und kübelweise Häme über die Dresdener Eierschecken zu kippen. Aber da wir in unserem tiefsten Innern – mach' was dagegen – die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tatsächlich immer noch irgendwie und ein Stückchen für eine linke Gruppierung halten, lassen wir jetzt mal den Stopfen im Faß und stimmen einem Kommentator des bürgerlichen *Tages-*

*spiegels* zu, der den Kampf gegen die NPD zu einer »Nationalen Aufgabe« erklärte – stören wir uns ausnahmsweise nicht am Vokabular.

Doch die eigentliche Crux zeigt sich daran, daß jetzt wieder landesweit Politiker das Für und Wider eines NPD-Verbots abwägen, statt über die NPD-*Wähler* nachzudenken. Hier offenbart sich eine sträfliche Arroganz; schiefer als schief liegt, wer meint, mit dem Verbot der NPD sei die auch aus den Köpfen ihrer Wähler verschwunden. Man muß das Führungskorps der Rechten vielleicht intellek-

tuell nicht ernstnehmen, aber auf die Argumente und Umstände, mit denen bei den Wählern gepunktet wird, sollte schon eingegangen werden. Hartz-IV (nur einmal als Beispiel) wird doch nicht dadurch besser, daß (auch) die NPD bei ihren Zusammenrottungen Anti-Hartz-IV-Transparente in die Luft hält ...

Der Widergänger Pfarrer Hintzes, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, sprach sich Anfang September in einem Interview mit der *F.A.S.* dafür aus, in allen Schulen Kruzifixe anzubringen. »Als Partei, die das Christliche im Namen trägt, wollen wir, daß das Bekenntnis zum Christentum im öffentlichen Raum erhalten bleibt. Dazu gehören Schulen, auch Gerichte oder Behörden.« Nein, Pofalla ist weder katholisch noch Bayer. Was wir geneigt sind, so zu interpretieren: Nicht nur Papst Benedikt hat deutsche Speerspitzen, auch die evangelische Kirche hat ihre Aktivisten. Aber das wissen wir eigentlich schon seit längerem, zumindest seit sich der Berliner Bischof Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der *EKD*, so effektiv in staatliche Belange einmischt/einbringt. Zwar sind die Kirchen, zumal nördlich des Mains, nach wie vor weitestgehend leer; aber das hindert diesen Berliner Gottesmann nicht, so zu tun, als sei die Rolle seiner Kirche bedeutend. Im übrigen: Die gesetzlich verankerte Trennung von Kirche und Staat hindert eine Berliner nichtkirchliche Universität nicht daran, das neue Studienjahr durch ihn eröffnen zu lassen.

Die Anzeige war stattlich und nicht zu übersehen: Es wurde zu einem »Alternativen 3. Oktober 2007« eingeladen. Die Redner der Veranstaltung waren von Prominenz, zumindest einstiger. Es ist ein anderer »3. Oktober« als der regierungsoffizielle Nationalfeiertag vorgesehen. Ein Vorhaben, das aller Ehren wert sein sollte, weil ja auch nicht von jedermann einzusehen sein muß, daß er seine Niederkunft im Kapitalismus feiern soll; es ist wahrlich anderes vorstellbar und wünschenswert als diese Pflegestufengesellschaft. Indes: Ich lese die Namen der Organisatoren und der Redner und komme zu dem Schluß: allesamt Leute, die ihre Chance gehabt hatten – und denen das Volk die Rote Karte gezeigt hat, die von ihm schmähschlich davongejagt worden sind. Eben das macht derartige Veranstaltungen voll geballter Larmoyanz so ungenießbar: Daß sich in ihnen nicht geschämt wird, so eine wunderschöne Angelegenheit, wie (vielleicht) der Sozialismus hätte werden können, mitverantwortlich vergeigt zu haben. Sie lecken ihre Wunden, fühlen sie sich ungerecht behandelt. Schuld sind andere.

Es mangelt mir nicht an Phantasie vorzustellen, daß diese anderen vielleicht heute noch im Umerziehungslager säßen ... Nun schreie

**Philo, Greg; Berry Mike:  
Bad News from Israel,  
Pluto Press London 2004, 315 S.  
(10.99 £)**

Das vorliegende Buch ist eine Studie zur Nachrichtenberichterstattung über den Konflikt zwischen Israel und den Palästinenserinnen und Palästinensern während der zweiten Intifada.

Die Forscher von der Media Group der Universität Glasgow, neben den beiden Hauptautoren Greg Philo und Mike Berry noch Alison Gilmour, Maureen Gilmour, Suzanna Rust und Lucy West, haben es sich zur Aufgabe gemacht, fast den gesamten Prozess einer Nachricht aus diesem Themenbereich zu verfolgen. Dementsprechend behandeln sie drei Hauptebenen, nämlich a) die Ereignisse, b) die Auswahl und Behandlung/Darstellung dieser in den Nachrichten und c) die Rezeption beim Publikum.

So ist im Wesentlichen auch das Buch aufgebaut. Das erste Kapitel behandelt die Geschichte des Nahostkonfliktes von der ersten Alijah (jüdische Einwanderung) bis zur Sharon-Regierung. Dem folgen die eigentlichen empirischen Kapitel.

Kapitel zwei ist das Resultat einer groß angelegten inhaltsanalytischen Untersuchung der TV-Nachrichtenberichterstattung auf den britischen Sendern BBC1 und ITV. Detailliert ausgewertet wurden vier kürzere Zeitabschnitte aus den Jahren 2000-2002. Das Ergebnis ist für die Autorinnen und Autoren eindeutig. Die britische Nachrichtenberichterstattung, besonders auf BBC1, unterstütze deutlich eine Sichtweise des Konfliktes, die der israelischen Regierung sehr genehm sein kann. So werden Israelis mehr als doppelt so lange und oft interviewt wie Palästinenserinnen und Palästinenser. Israelische Handlungen werden eher kontextualisiert und erklärt, meist als »Reaktion« auf palästinensische, während die palästinensische Konfliktseite eher als Urheber gewalttätiger Ereignisse erscheint. Israeli-schen Opfern wird deutlich mehr Raum gewährt, obwohl ihre Zahl deutlich geringer ist als die der Palästinenserinnen und Palästinenser. Auch die Art der Präsentation unterscheidet sich gewaltig. Wörter wie »Grausamkeit«,

»brutaler Mord« oder »kaltblütige Tötung« kommen nur zur Schilderung von palästinensischen Gewaltakten vor. Das Wort »Terrorist« ist selbst bei deutlich ähnlichen Gewalttaten nur für Palästinenserinnen und Palästinenser vorbehalten. Zusätzlich wird US-Offiziellen, die Israel stark unterstützen, großer Raum gelassen. Sie erscheinen in diesem Zusammenhang häufiger als Politiker aller anderen Länder und doppelt so häufig wie britische.

Besonderen Wert legen die Autorinnen und Autoren auf ihre Feststellung, dass die Berichterstattung von Gewaltereignissen dominiert werde, während Informationen über die Hintergründe und die Entstehung des Konfliktes fast komplett fehlen. So werden die israelischen/jüdischen Siedlungen eher als verletzliche Gemeinden dargestellt, denn als strategische Elemente einer illegalen Besatzungspolitik. All diese Elemente tauchen auch in den in der Rezeptionsanalyse (Kapitel 2) geäußerten Vorstellungen in den Medienrezeptionen vom Konflikt wieder auf.

Das Thema »fehlender historischer Hintergrund« ist die auf fast jeder Seite zu findende implizite Anklage des Buches an die Medien. Und sie ist auch berechtigt, zu oft ist Medienberichterstattung mehr Form als Inhalt, wenn beispielsweise von gewalttätigen Auseinandersetzungen berichtet wird, aber kaum Zeit für die Benennung von Streitthemen und deren Hintergründen bleibt. Die stete Anklage ist allerdings auch etwas aufdringlich. Denn unbestritten ist sicher, dass die Abendnachrichten kein Ersatz für Geschichtsunterricht sein können.

Aber diese Präsentation der Nachrichten hat Folgen. Sie ist – so Philo, Berry und Mitstreiterinnen und Mitstreiter – die Ursache dafür, dass das Publikum, welches sich seine Informationen zum größten Teil nur aus den Fernsehnachrichten hole, reichlich desinformiert ist. Diesen Aspekten widmet sich das zweite Kapitel. Insgesamt 100 Personen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher sozialer Herkunft wurden in Fokusgruppen zum Nahostkonflikt befragt bzw. diskutierten das Thema unter Anleitung eines Moderators mit Journalistinnen und Journalisten. Zusätzlich wurden Fragebögen, mit ähnlichen, aber knapper formulierten Fragen, unter Studierenden in Großbritannien (2 Messzeitpunkte) und Deutsch-



land sowie den USA (je ein Messzeitpunkt) verteilt. Erstaunlich ist das Ergebnis, dass nur wenige auch nur die grundlegendsten Aspekte des Konfliktes kennen. Viele wissen beispielsweise nicht, wer denn die in den Nachrichten auftauchenden Parteien sind und welchen Konflikt diese eigentlich ausfechten. Kaum bekannt sind die verschiedenen Kriege aus der unendlichen Geschichte des Konfliktes und somit auch nicht die Tatsache, dass die Millionen palästinensischer Flüchtlinge aus diesen Kriegen herrühren. Einige denken, die Palästinenserinnen und Palästinenser wären die Besatzungsmacht, andere halten den Konflikt für eine Grenzstreitigkeit zwischen zwei souveränen Staaten. Die Mehrheit überschätzt die Zahl israelischer Opfer und unterschätzt die palästinensischen.

Im dritten empirischen Kapitel schließlich wollen Philo, Berry und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herausfinden, warum die Medien, mit den beschriebenen Folgen, so defizitär berichten. Diese Informationen gewinnen sie aus Gesprächen mit Journalistinnen und Journalisten. Benannt werden verschiedene Elemente. Zuerst wirke die Komplexität des Konfliktes bei gleichzeitig rigiden Zeitvorgaben der Sender. Weitere Gründe finden sich in der größeren kulturellen Nähe der westlichen Journalistinnen und Journalisten zu Israel, in der Tatsache, dass die wenigsten von ihnen in den besetzten Gebieten leben, und im viel höheren Engagement Israels für *Public Relations*. Weiterhin wird die Trägheit der Journalistinnen und Journalisten bzw. der Mangel an Zeit für Investigation erwähnt sowie die institutionelle Behinderungen der Presse durch israelische und palästinensischen Behörden. Nicht zu unterschätzen sei auch der Druck von meist pro-israelischen Lobbygruppen, insbesondere auch durch US-Politiker.

Interessant ist der leider sehr kurz geratene internationale Vergleich (UK, USA, D), der leider auch nur die Rezeptionsanalyse beinhaltet. Interessanterweise sind die deutschen und die US-amerikanischen Studierenden jeweils *deutlich* besser informiert als ihre britischen Pendanten. Dies ist aber nicht unbedingt eine als national zu interpretierende Differenz. Vielmehr weist das Ergebnis auch auf eine Schwachstelle der Studie im methodischen Bereich hin. So bestand das amerikanische

Sample nur aus Journalistik-Studierenden, wahrlich kein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung, das deutsche wird hingegen gar nicht beschrieben.

Auch die Gesamtdarstellung lässt Zweifel an der Gültigkeit einiger Interpretationen aufkommen. Dass die teilweise recht kruden Ansichten vom Konflikt auf die Fernsehnachrichten zurückgehen, wird sehr schwach – nur mit einigen Äußerungen der Interviewten – belegt. Das ganze methodische Vorgehen und die dahinter liegenden theoretischen Annahmen werden nur angerissen, die Stichproben werden nicht systematisch beschrieben. Schade ist, dass Einschränkungen der Gültigkeit der Ergebnisse kaum diskutiert werden. Die Autorinnen und Autoren konstatieren beispielsweise das große Bedürfnis der Mediennutzer nach mehr Hintergrundinformation. Allerdings wurde dies nach langen Diskussionen zum Thema Nahostkonflikt geäußert. Ob dieses Interesse im Alltag bei nicht so vorbereiteten Menschen wirklich besteht, bleibt offen.

Insbesondere im inhaltsanalytischen Teil verliert man sich auch etwas in der Vielzahl der Beispiele, oft ohne Genaueres über deren Stellenwert zu erfahren. Die Leserinnen und Leser könnten auch durch Einleitungen, Zusammenfassungen und größere Explikation der Gliederung etwas mehr an die Hand genommen werden.

Den selbst gesetzten Anspruch, nämlich die Ausgewogenheit der Berichterstattung zu überprüfen (und das Gegenteil gegebenenfalls zu kritisieren), kann die Forschungsgruppe selbst nicht so einlösen. Ganz klar erkennbar neigen die Autoren zu Standpunkten, die näher an einer palästinensischen oder links-israelischen Sicht der Dinge liegen. Am deutlichsten wird dies im vorangestellten neunzig Seiten langen Geschichtskapitel. Dort wird ganz und gar nicht, wie angekündigt, eine Gegenüberstellung der konkurrierenden *histories of the conflict* vorgenommen, sondern eine Sicht vertreten, für die in Israel die Generation der »Neuen Historiker« (im Buch insbesondere Avi Shlaim) steht. Nichts spricht dagegen, diesen Standpunkt einzunehmen. Es stünde der Studie aber etwas mehr Ehrlichkeit über den eigenen Standort gut zu Gesicht. Es ist gerade bei diesem Konflikt, der so vielfältig behandelt und kontrovers diskutiert wird, kaum glaubwürdig, wenn jemand

vorgibt, von einer neutralen, nicht vorbelasteten Position zu sprechen.

PETER ULLRICH

**Arno Polzin:  
Der Wandel Robert Havemanns  
vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum  
Dissidenten im Spiegel der MfS-  
Akten, 2. überarb. Aufl., Berlin  
2006. (BStU, Abteilung Bildung  
und Forschung, BF informiert 26)  
(2,50 €)**

Die kleine Broschüre Arno Polzins über Robert Havemann und dessen Verflechtung mit den Geheimdiensten der DDR und der Sowjetunion zeigt die ganze Ambivalenz der Intellektuellen und Wissenschaftler in den Ländern des Ostblocks auf. Einerseits zählt Havemann ganz unbestritten neben Rudolf Bahro, Wolf Biermann, Walter Janka und Wolfgang Harich zu den prominentesten Kritikern des Staatssozialismus. In zahlreichen Texten, Büchern, Aufsätzen und Zeitungsartikeln, Interviews und Briefen formulierte er eine dezidierte und mehrere Ebenen umfassende Kritik an den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der DDR. Dabei thematisierte er die hierarchische und zentralisierte Staatsstruktur ebenso wie die fehlende Meinungs- und Pressefreiheit oder die nicht forcierte Emanzipation der Frau. Der wichtigste Punkt seiner Auseinandersetzung mit dem politischen Überbau betraf die ökologische Frage, deren Lösung er anmahnte. Zahlreiche seiner Bücher erschienen im westlichen Teil Deutschlands, ebenso verschiedene Beiträge für den *Spiegel* oder den *Stern*. Sein bekanntestes Buch *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg* wurde 1980 bei Rowohlt in Hamburg publiziert. So gesehen, kann Havemann durchaus als »typischer« Vertreter der DDR-Opposition gelten, die Verbindungen zu den oben genannten Intellektuellen sind evident.

Andererseits war Havemann am Aufbau der DDR maßgeblich beteiligt, wie etwa seine Kritik des Arbeiteraufstandes von 1953 zeigt. In den letzten Jahren hat sich dann bestätigt, dass

Havemann in das Geheimdienstsystem des Ostblocks verstrickt war. Auch wenn dies schon seit längerem bekannt war, so überrascht doch die von Polzin nun zusammengestellte Intensität der Mitarbeit. Die Kooperation Havemanns erstreckte sich über knapp zwei Jahrzehnte und bezog sich auf unterschiedliche Geheimdienste und Abteilungen. (S. 23 ff.) So gab es Beziehungen zur sowjetischen Aufklärung bzw. zum Militärapparat, Havemann fungierte als Kontaktperson und Geheimer Informator des MfS und hatte Verbindungen zur Armeeaufklärung. Nachweislich lieferte er Informationen zu 38 ostdeutschen und 37 westdeutschen Wissenschaftlern, klärte über die Stimmung an der Humboldt Universität (Berlin) auf, belastete in 19 Fällen andere Personen wegen Äußerungen über die DDR. Hinzu treten Dossiers über Dienstreisen oder Personen aus seinem privaten Umfeld. (S. 38) Dabei verwendete er auch Topoi wie »charakterliche Schwäche«, denunzierte die Beziehung zwischen einer Sekretärin und einem Dolmetscher bei einer Reise in die Sowjetunion und gab negative Aussagen gegenüber dem Regime weiter. (S. 30 f.) Als besonders kritikwürdig muss Havemanns Rolle im Zuge der Verhaftung Wolfgang Harichs eingestuft werden. Havemann selbst hat in seinen Büchern Harich mehrfach Opportunismus vorgeworfen und gegen ihn polemisiert. Als dieser 1956 verhaftet und zu zehn Jahren Zuchthaus in Bautzen verurteilt wurde, meldete Havemann dem MfS, dass ihm zwei Begebenheiten eingefallen seien, »die mit Harichs Ost-West-Kontakten zu tun hatten und nun aus der Sicht Havemanns einen anderen Sinn bekommen hätten, weshalb er sie nun mitteile« (S. 30). Darüber hinaus ließ Havemann die Staatssicherheit wissen, dass in Künstlerkreisen, zu denen er Kontakt habe, Harichs Verhaftung kritisiert werde. (S. 31) In mehreren Akten des MfS und des sowjetischen Geheimdienstes wurde Havemann als verlässlicher und zuverlässiger Mitarbeiter eingestuft, dessen Informationen richtig seien. Wenn wir heute dieses Material sichten, das Polzin neu aufgearbeitet und strukturiert hat, das ist die eigentliche Leistung seines Buches, dann ist deutlich zu erkennen, dass Havemann über das notwendige Maß weit hinausging. Er lieferte also nicht nur sachliche und/oder des-

kriptive Berichte, sondern nutzte die Möglichkeit zu persönlichen Denunziationen und war sich bewusst, dass seine Aussagen zu Konsequenzen führen und den Belasteten schaden könnten. Er schrieb und sagte mehr als er musste und gefährdete damit das Leben bzw. die Sicherheit Dritter.

Ende der 50er Jahre scheint Havemann die negativen Dimensionen seines Handelns erkannt zu haben, zumindest stellte das MfS fest, dass eine Überprüfung Havemanns erforderlich sei. Nun geriet er selbst ins Visier der Staatssicherheit. (S. 41) In den folgenden Jahrzehnten setzten die Repressalien gegen ihn ein. Freilich wurde er nie verhaftet, sondern bis zu seinem Tod in seinem Wohnhaus von der Öffentlichkeit isoliert. Allerdings, darauf hat Polzin explizit hingewiesen, war es nicht Havemann, von dem die Beendigung der Zusammenarbeit ausging. »Aus den MfS-Akten ist nicht ersichtlich, dass sich Robert Havemann der Zusammenarbeit mit dem MfS entzogen hätte oder dies beabsichtigte. Es ist jedoch deutlich erkennbar, dass das MfS aufgrund der nicht abreißenden ideologischen Auseinandersetzungen um seine Person zunehmend selbst Zweifel am Sinn einer solchen Zusammenarbeit hatte und diese dann folgerichtig einstellte.« (S. 48) Durch Havemanns Biographie laufen die Brüche, die auch das 20. Jahrhundert prägten. Seinem Widerstand gegen die Nationalsozialisten folgte die Verhaftung. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war an dann am Aufbau der DDR beteiligt, deren Kritiker er in den 60er Jahren wurde. Gleichzeitig war für ihn eine Aussöhnung mit der parlamentarischen Demokratie des Westens aber nicht möglich, da er diese immer in der Tradition des Faschismus interpretierte. Es ist etwas bedauerlich, dass Polzin die Auseinandersetzung Havemanns mit der DDR und die Repressionen gegen ihn ein Stück weit vernachlässigt hat. Gleichwohl aber ist es ein wichtiges Unterfangen, diese nicht absolut zu stellen, sondern zumindest in der analytischen Brechung mit seiner Beteiligung an den Geheimdiensten in Verbindung zu bringen. Dass Havemann in all seinen autobiographischen Schriften diesen (verwerflichen) Teil seiner Biographie ausgespart hat, ist bedauerlich und legitimiert letztendlich Polzins Versuch, ihn stärker in der öffentli-

chen und wissenschaftlichen Diskussion zu verankern.

ANDREAS HEYER

**Stefan Bollinger:**  
**Imperialismustheorien.**  
**Historische Grundlagen für eine**  
**aktuelle Kritik. Edition Linke**  
**Klassiker, Promedia Druck- und**  
**Verlagsgesellschaft m.b.H,**  
**Wien 2004, 173 S. (12,90 €)**

Seit dem Übergang Osteuropas zum Kapitalismus bestand selbst innerhalb der Linken eine ausgeprägte Scheu, bestimmte Gesellschaftssysteme als »imperialistisch« oder »monopolkapitalistisch« zu bezeichnen. Die real existierenden Staaten des Imperialismus erschienen ausschließlich als Inkarnation von Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Nachdem die übrig gebliebene Supermacht USA seit anderthalb Jahrzehnten ungeniert und brutal die Weltherrschaft anstrebt und das Wesen des neuen Kapitalismus von Warschau bis Moskau sich mehr und mehr selbst entlarvt, ist der Imperialismus-Begriff auf die politische Bühne zurückgekehrt. Da weder die proletarische Revolution und der Staatssozialismus, noch die reformsozialistischen und sozialreformistischen Versuche, dem Imperialismus nach einem Jahrhundert den Garaus machen konnten, ist das Fortführen der Anfang des 20. Jahrhunderts begonnene Analyse solcher Denker und Politiker wie A. Hobson, R. Hilferding, R. Luxemburg, K. Kautsky, W. I. Lenin und N. I. Bucharin mehr als dringlich. In diesem Sinne ist die Arbeit Bollingers nicht nur anregend, sie verweist vor allem auf jene Punkte, an die es gegenwärtig anzuknüpfen gilt, um grundsätzlicher und wirksamer als bisher die neoliberal angepaßten Theoretiker als die eigentlichen Interessenvertreter des globalen und nationalen Imperialismus festzumachen:

- Wesenskern des Imperialismus ist das Monopolverhältnis, dessen politischer Ausdruck eine aggressive (mit welchen Mitteln auch immer betriebene Expansionspolitik) ist.
- Aus heutiger Sicht ist der Imperialismus-

Begriff auf die politische Dimension dieser Monopolverhältnisse anzuwenden und die Definition des Monopolkapitalismus auf die neue Etappe des Kapitalismus, die jedoch durchaus nicht deren höchstes und letztes Stadium darstellt. Erst bei einer solchen Unterscheidung sind Mißverständnisse und Verkürzungen zu vermeiden, die in der kommunistischen Bewegung politisch verhängnisvoll waren.

- Künftige Analysen müssen die Vermittlungsglieder zwischen den ökonomischen und politischen Ebenen herausfinden, um den expansionistischen Imperialismus zu begrenzen und schließlich zu überwinden.

Eine grundsätzliche Aufgabe besteht auch darin, Genese und Wesen des Kapitalismus in Osteuropa, Rußland und China zu entschlüsseln. Die oft verwendeten Begriffe für diesen Restaurationsprozeß wie »Frühkapitalismus« oder »ursprüngliche Akkumulation« sind m. E. abwegig. Der vorliegende Reader soll jene Analysen linker Theoretiker in Erinnerung rufen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts die imperialistische Expansionspolitik Englands und Deutschlands aufs Korn nahmen und verschieden Seiten und Ebenen der neuen Stufe des Kapitalismus und seiner inhärenten Aggressionspolitik beleuchteten. Der Herausgeber kommentiert die Textstellen der genannten klassischen Autoren und vergegenwärtigt deren historischen Kontext. Sein Anliegen ist aber nicht, die unterschiedlichen Theorieansätze und damit alle Fragen der theoretischen Herleitung des Imperialismus ausdiskutieren.

KARL-HEINZ GRÄFE

**Konrad Paul Liessmann:**  
**Theorie der Unbildung – Die**  
**Irrtümer der Wissensgesellschaft,**  
**Paul Zsolnay Verlag Wien 2006,**  
**176 S. (17,90 €)**

In einer Streitschrift wider den Zeitgeist kritisiert Konrad Paul Liessmann den Reformeifer im Bildungsbereich in der inzwischen lauthals proklamierten Wissensgesellschaft. Als notwendige Konsequenz der Kapitalisierung des

Geistes erkennt er – provozierend – eine verbreitete Unbildung. Der vielfach erklärte Wechsel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft besteht wohl eher darin, dass das Wissen schlichtweg industrialisiert wird.

Es lohne sich, den Unterschied zwischen lexikalischem Wissen und einem tiefer gehenden Wissen um Zusammenhänge zu verfolgen. Populäre Rateshows (wie »Wer wird Millionär«) favorisieren öffentlichkeitswirksam lexikalisches Wissen gegenüber wahrer Bildung, in der es um Sinn, um Bedeutung, um erkannte Zusammenhänge geht. Ist tiefgehendes Wissen überhaupt noch erforderlich, um gesellschaftliche Anerkennung finden und wirtschaftlichen Erfolg erringen zu können?

Hat die Aufklärung mit ihrer Utopie vom gebildeten Menschen in einer modernen Welt unter den Trends der Globalisierung, Individualisierung und Digitalisierung noch Entwicklungschancen? Natürlich gibt es heute vielfältige Möglichkeiten, Wissen zu erwerben, und noch nie war der Zugang so leicht. Gerade deshalb verhalten sich die quantitativen Möglichkeiten zu Wissen umgekehrt zu dem, was qualitativ tatsächlich gewusst wird. Offenbar blockieren die Verfügbarkeit von und die Leichtigkeit des Zugangs zu Wissen die subjektive und kollektive Aneignung.

Inzwischen orientieren sich Wissen und Bildung an nützlichen Wirtschaftsfaktoren. Unter dieser Prämisse erscheinen Allgemein- und Persönlichkeitsbildung als gestrig. In einer sich rasch wandelnden Welt, in der sich auch Wissensinhalte und -bestände ständig ändern, sind verbindliche Werte und geistige Traditionen verzichtbar geworden, erklärt der Autor. Das verbreitete betriebswirtschaftliche Ranglistendenken führt zu einer Gleichschaltung der Strukturen und letztlich der Kulturen. Primitive »Rankings« fungieren als wirksame Steuerungs- und Kontrollmechanismen. Sie treiben dem Bildungsgeschehen den letzten Rest Freiheit aus, der ihm als Relikt humanistischer Ideale geblieben ist.

Nach den Plänen der Bildungsminister gilt es heute, einen einheitlichen europäischen Hochschulrahmen zu schaffen. Der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit in nur dreijährigen Bachelor-Studien ist gefährdet und in den anschließenden Masterstudiengängen für eine

Minderheit der Studenten in hohem Maße vorstrukturiert. Der modulare Aufbau der Studiengänge ist gekennzeichnet durch Planbarkeit, Standardisierung und Kontrolle – »Tugenden« der effizienzorientierten Wirtschaft. Haben originelle Forschungsansätze und unorthodoxe Fragestellungen unter solchen Rahmenbedingungen noch Chancen?

Das Wissensmanagement agiert wie ein Betrieb, und der Wissensmanager versucht, unabhängig von Wahrheits- und Geltungsfragen herauszufinden, welche Art von Wissen sein Unternehmen zur Lösung seiner Probleme benötigt. Begriffe wie »Wissensbilanz«, »Halbwertszeit des Wissens« und »Wissensballast« signalisieren, dass Wissen ausgerechnet in der Wissensgesellschaft an Achtung eingebüßt hat.

Vieles von dem, was zwecks Effizienzsteigerung zur Reform des Bildungswesens unternommen wird, gehorcht dem Prinzip der Industrialisierung. Zitat: »Es ist nicht der Arbeiter, der zum Wissenden wird, sondern der Wissende, der zum Arbeiter wird.« Andernfalls würden wir Unternehmen in Universitäten verwandeln und nicht umgekehrt. Eine Gesellschaft, die im Namen vermeintlicher Effizienzsteigerung die Freiheit des Denkens beschneidet und sich damit der Möglichkeit beraubt, Illusionen als solche zu erkennen, verpflichtet sich der Unbildung.

Liessmann karikiert den derzeitigen Reformeifer und die Reformeiferer. Verblüfft beobachtet er die Demut, mit der Reformen um der Reform willen vielerorts hingenommen werden. Dem Buch liegt die alte Rechtschreibung zugrunde. Diese scheinbar formelle Eigenart passt zu Liessmanns Inhalten: Es ist ihm gelungen, gezielt zu provozieren.

Gespannt sein dürfen wir auf die zu erwartenden Anschlussarbeiten mit konstruktiven Antworten auf die gegen den allgemeinen Trend aufgeworfenen Fragen.

Konrad Paul Liessmann, geboren 1953 in Villach, ist Professor am Institut für Philosophie der Universität Wien. Er erhielt 2004 den Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz im Denken und Handeln.

KARL-HEINZ STRECH

REINHARD MOCEK  
 On the Treshold of the »Intellectual  
 Modern Times«

The author reviews a new edition of Francis Bacon's famous work »Of the Proficiency and Advancement of Learning«, originally published in 1605, republished in 1623 and translated into German at the end of the 18<sup>th</sup> century. Hermann Klenner recently edited and commented an entirely new German translation by Jutta Schlösser, entitled »Über die Würde und die Förderung der Wissenschaften«. The topicality of the book on the role of sciences in the development of a humanitarian society, the author says, remains uninterrupted.

HELMUT SEIDEL  
 On the Practical and Theoretical Relationship  
 between Man and Reality  
 The new Edition of Chapter I, Vol. I of Marx'  
 and Engels' »Deutsche Ideologie«

In honor of the (East) German Philosopher Helmut Seidel (1929-2007) »UTOPIE kreativ« reprints this article which was originally published in the GDR in the journal »Deutsche Zeitschrift für Philosophie« No. 10/1966. At the time, the article provoked a sharp discussion opposing Seidel's view of practice being a central category of Marxism and ultimately in opposition to a creative approach in dealing with the Marxist history of theories in general. As a consequence, the author was banned from teaching and publishing for a couple of years. His plea for a vivid exchange between the systems and new understanding appears also topical for current left debates.

ELKE SCHERSTJANOI  
 Reminiscence of the GDR

Seventeen years ago, on October 3<sup>rd</sup>, 1990 the two German states became united. Since then, in the Eastern part of the unified country there is much reminiscence about the German Democratic Republic (GDR). Reviewing the book »Wohin treibt die DDR-Erinnerung?« the author analyses attempts by the mainstream political circles and media to scrutinize, steer and censor these memories, to exaggerate the value of certain memories and devalue and suppress others, as well as alleging a monopoly of the »correct and only way« of viewing the history of the GDR.

TILMAN VOGT  
 » ... let's go to it!«  
 The Decline of the GDR in the Light  
 of Friedrich Pollock's Theory of State Capitalism

The title »let's go to it« refers to a slogan chanted in November/December 1989 by demonstrators in the GDR, who showed their readiness to go West, to the D-Mark, if the D-Mark does not come to the East. In contrast to, what

he calls self-righteous and malicious Western political analyses of the fall of the GDR, the author uses Friedrich Pollock's Theory of State Capitalism (1929) to describe the GDR's economic problems as being based on trying to surpass western private capitalism with a planned state capitalism, while simultaneously being incapable of stimulating needs, specific to the latter.

**JOHANNES SCHILLO**

**Humba Humba DäDeRä**

**Political Education Overcomes the Totalitarian  
State with the Three Letters**

The author analyses efforts undertaken by the extra-curricular political education courses to handle the history of the German Democratic Republic (GDR). The mainstream, he says, takes it for granted that the victorious Federal Republic of Germany excludes the history of the GDR from the common history. Its research could be a fruitful source for further development instead of being an object used to indelibly legitimize the »correctness« of its own course and decisions. To be in line with that »mission« institutions of political education have become »harmonized«

**RENATE SCHUSTER**

**The Wende – the Fall of a Myth?**

Debating many of the arguments, which, since the collapse of the GDR, are being used to describe what actually happened during the 40 years of the existence of the second German state, the author proposes to discuss the GDR as a sort of »Promised Society«. This does not bring her to an ultimate opinion, but it helps her to make the contradictions more transparent of that »socialist« society and to show that the Wende itself can be seen as both a victory and a defeat.

**HELMUT BOCK**

**About a Man Who Set Out to Forestall  
the Revolution**

**200 Years Ago the Prussian Reforms Began**

This is in memory of Karl Freiherr von und zum Stein, born on October 26<sup>th</sup>, 1757 – in the period of Frederic II's victories over the French in Rossbach and over the Austrians in Leuthen – who 50 years later, in June, 1807 with his »Nassauer Denkschrift« (Nassau Memorandum) created the spiritual basis for the Prussian Reforms. Under his leadership they began to be implemented on October 9<sup>th</sup>, 1807, initiating the durable transformation from the feudal to the bourgeois Prussian state. Stein's »humanitarian conservative« thoughts and actions, the author says, include elements of solicitude worth revival, even today.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.  
Redaktion:  
WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.),  
GERD KURZE, ULLA PLENER,  
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,  
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH  
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122  
Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)  
E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)  
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin  
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL  
Satz: ELKE SADZINSKI  
Druck: MediaService GmbH  
BärenDruck und Werbung  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)  
Einzelverkaufspreis: 6 €  
Jahresabonnement (incl. Versand):  
57 € (Inland), 75 € (Ausland)  
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €